

Philipps- Universität Marburg

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie

**MIGRATION, KLASSE, GESCHLECHT:
INTERESSENKONFLIKT ODER SOLIDARITÄT?**

Die Rolle von Gewerkschaften und Frauenbewegungen für
Kämpfe von Migrantinnen im Care-Bereich in Spanien

Diplomarbeit im Fach Politikwissenschaft

vorgelegt von

Saida Ressel
im Februar 2012

Erstgutachter: Prof. Dr. Kannankulam
Zweitgutachterin: Prof. Dr. Birsl

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG	4
1.1	FRAGESTELLUNG	5
1.2	VORGEHEN	6
1.3	INTERVIEWS: INTERVIEWPARTNER, ERHEBUNGS- UND AUSWERTUNGSMETHODE.....	7
2	PROBLEMSTELLUNG: KOMPLEXE HERRSCHAFTSVERHÄLTNISSE UND SOZIALE BEWEGUNGEN	9
2.1	INTERSEKTIONALITÄT	10
2.2	AUSSCHLÜSSE IN FRAUENBEWEGUNGEN UND GEWERKSCHAFTEN	14
2.2.1	<i>Gewerkschaften und Ausschlüsse an den Achsen von Geschlecht und Migration</i>	15
2.2.2	<i>Frauenbewegungen und Ungleichheiten an den Achsen Klasse und Migration</i>	17
2.3	ZWISCHENFAZIT	19
3	SOZIOSTRUKTURELLER KONTEXT SPANIEN	20
3.1	WANDEL VON ÖKONOMIE UND ARBEIT	20
3.1.1	<i>Ökonomische Entwicklung und Zunahme der Erwerbsarbeit spanischer Frauen</i>	21
3.1.2	<i>Care-Lücke</i>	22
3.2	EXTERNALISIERUNG DER CARE-ARBEIT	24
3.2.1	<i>Arbeitsverhältnisse</i>	24
3.2.2	<i>Migration im Care- Bereich</i>	25
3.2.3	<i>Abhängigkeiten und Gewalt im Care-Bereich in Spanien</i>	27
	EXKURS: KRISE	29
3.3	UMGANG MIT MIGRATION.....	31
3.3.1	<i>Emigrationserfahrung</i>	31
3.3.2	<i>Arbeitsmigration nach Spanien</i>	32
3.3.3	<i>Einstellungen zu (Arbeits-)MigrantInnen in Spanien</i>	34
3.3.4	<i>Liberale Migrationspolitik</i>	36
4	ZWISCHENFAZIT	37
4.1	NEUE UNGLEICHHEITEN ZWISCHEN FRAUEN	37
4.2	MÖGLICHE INTERESSEGENGENSÄTZE	39
5	EINBETTUNG DER FRAUEN- UND ARBEITER(INNEN)-BEWEGUNGEN	41
5.1	SOZIALE BEWEGUNGEN UND POLITISCHE PARTIZIPATION IN SPANIEN	42
5.2	FRAUENBEWEGUNG IN SPANIEN	46
5.2.1	<i>Entwicklung und heutiger Charakter der Frauenbewegung in Spanien</i>	46

5.2.2	<i>Anfänge breiterer Frauenbewegungen</i>	47
5.3	ARBEITERINNENBEWEGUNG IN SPANIEN	51
5.3.1	<i>Geschichte der ArbeiterInnenbewegung in Spanien</i>	51
5.3.2	<i>Auswirkungen des Franquismus auf die heutigen Gewerkschaften</i>	54
5.4	INTERESSENKONFLIKTE BEI DER REPRÄSENTATION VON CARE-ARBEITERINNEN DURCH FRAUENBEWEGUNGEN UND GEWERKSCHAFTEN.....	58
6	ENTWICKLUNGEN DER KÄMPFE UM DIE VERBESSERUNG DER SITUATION VON MIGRANTISCHEN CARE-ARBEITERINNEN	60
6.1.1	<i>Chronologie der Regularisierung der Aufenthalts- und Arbeitsbedingungen von (migrantischen) Care-Arbeiterinnen</i>	61
6.1.2	<i>Selbstorganisierungen und Chronologie "von unten"</i>	67
7	FRAUENBEWEGUNGEN UND GEWERKSCHAFTEN IN KÄMPFEN UM DIE ARBEITSBEDINGUNGEN VON CARE-MIGRANTINNEN	73
7.1	FRAUENBEWEGUNGEN	75
7.2	GEWERKSCHAFTEN	79
7.2.1	<i>CGT</i>	80
7.2.2	<i>CCOO</i>	82
7.2.3	<i>Konflikte zwischen Care-Arbeiterinnen und repräsentativen Gewerkschaften</i>	86
8	FAZIT	91
	LITERATURVERZEICHNIS	94
	ANHANG 1: INTERVIEWPARTNERINNEN	104
	ANHANG 2: ZEITUNGSANALYSE ÜBER LEXISNEXIS	105
	SUCHBEGRIFFE ÜBER LEXISNEXIS:	105
	HAUPTMEDIEN IN SPANIEN:	106
	FALLAUSWAHL UND JAHRESSCHWANKUNGEN ÜBER LEXISNEXIS	107
	ANHANG 3: BEISPIEL- INTERVIEWLEITFADEN	108
	ERKLÄRUNG	111

1 Einleitung

Demografischer Wandel, DoppelverdienerInnenhaushalte und Pflegenotstand – diese Themen dominieren die öffentlichen Debatten zu Haus- und Pflegearbeit. Die Brisanz dieser Arbeit wird jedoch nicht nur auf Grund der sogenannten Care-Lücke, d.h. aus der Perspektive der Pflege-Empfangenden, deutlich. Besonders aus herrschaftskritischer Perspektive verändert sich die private Pflege- und Haushaltstätigkeit (im Folgenden "Care")¹ zurzeit tiefgreifend.

Während Spanien einen sogenannten "familistischen" "Wohlfahrtsstaat" hat, der die Arbeitsteilung von weiblicher Haus- und bezahlter männlicher Erwerbsarbeit reproduziert, hat die (teilzeitige) Erwerbsarbeit von Frauen einen enormen Aufschwung erfahren (vgl. Kapitel 3.1). Care-Arbeit wird deshalb von der unbezahlten Arbeit weiblicher Familienangehöriger zunehmend als Erwerbsarbeit ausgelagert.

Die Regulierung dieser Erwerbsarbeit ist in Spanien am wenigsten von allen Arbeitsbereichen vorangeschritten. In dem speziellen Gesetz für Care-Arbeit ("Régimen Especial de Empleadas del Hogar") wird der Arbeitsbereich Haushalt explizit von den allgemeinen und weitergehenden Arbeitsrechten ("Régimen General") ausgenommen (vgl. Kapitel 3.4).

In Spanien sind Care-Arbeiterinnen² sowohl als Frauen, als auch als Migrantinnen aus dem globalen Süden und als Arbeiterinnen vielfach gesellschaftlich abhängig positioniert, was die Entstehung neuer Ungleichheiten befürchten lässt.

Dies ist sowohl Thema für Gewerkschaften als auch für Frauenbewegungen. Doch mit dieser Entwicklung geht gleichzeitig einher, dass sowohl zwischen von Frauen als auch zwischen ArbeiterInnen³ Ungleichheiten entstehen.

¹ Birgit Geissler fasst unter *Care* sowohl Hausarbeit, wie beispielsweise putzen, kochen und einkaufen, als auch Sorgearbeit, wie also sowohl Betreuung und Erziehung, als auch Zuhören etc. (vgl. Geissler 2008: 41).

² In der vorliegenden Arbeit wird die weibliche Schreibweise verwendet, da der Großteil der ArbeiterInnen im Care-Bereich Frauen sind (vgl. Kapitel 3.2). Diese Schreibweise wird auch gewählt, um sichtbar zu machen, dass Geschlecht bei der Besetzung und Ausgestaltung von Care-Arbeit – nicht nur als unbezahlte, sondern auch als Erwerbsarbeit – eine große Rolle spielt (vgl. Kapitel 2.1, 3.1 und 3.2).

³ Das Binnen-I wird verwendet, wenn weiblich und männlich wahrgenommene Menschen

1.1 Fragestellung

Das Forschungsinteresse hinter dieser Arbeit zielt darauf, Herrschaftsverhältnisse kritisch zu hinterfragen, insbesondere in sozialen Bewegungen wie Frauenbewegungen und Gewerkschaften. Die Frage der Arbeit knüpft damit an Debatten kritischer Frauenbewegungen an. Die Kritik von Schwarzen⁴ Frauen an Weißen westlichen Frauenbewegungen zwang diese zur Reflektion ihrer eigenen Verflechtung in Herrschaftsverhältnisse wie Klasse und *race*.

Eine Herausforderung für Frauenbewegungen und Gewerkschaften ist es, dass sie einerseits auf eine kollektive Diskriminierung (als Frau oder ArbeiterIn) verweisen, andererseits die Einzelnen der Gruppe – aufgrund unterschiedlicher Betroffenheit durch weitere Herrschaftsverhältnisse – gesellschaftlich ungleich positioniert sind (vgl. Kap.2.2). Dieses Spannungsverhältnis soll hier in einem Konflikt migrantischer Care-Arbeiterinnen untersucht werden. Denn hier werden die Verhältnisse von Migration⁵, Klasse und Geschlecht⁶ relevant für die gesellschaftliche Diskriminierung.

Inwieweit Gewerkschaften und Frauenbewegungen migrantische Care-Arbeiterinnen ein- bzw. ausschließen ist eine offene Frage, die in dieser Arbeit im Hinblick auf den Prozess der Verbesserung von Arbeitsbedingungen von Care-Arbeiterinnen im Jahr 2011 untersucht werden soll. Dazu bieten sich die Prozesse um die Integration des speziellen Arbeitsgesetzes von Hausarbeiterinnen [REEH] ("Régimen Especial de Empleadas del Hogar") in das Allgemeine Arbeitsgesetz [RG] ("Régimen General de Trabajadores") an. Dieses Gesetz stellt den wichtigsten Schritt zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse von Care-Arbeiterinnen dar.

gleichsam gemeint sind.

⁴ Schwarz und Weiß werden hier groß geschrieben, da sie als politische Begriffe verwendet werden.

⁵ Bei Migration wirken sehr unterschiedliche Ungleichheitsstrukturen: als *Nation*, da MigrantInnen je nach Nationalität durch Gesetze rechtlich marginalisiert werden, v.a. durch den Aufenthaltsstatus; durch *globale Arbeitsteilung* (Castro Varela/Dhawan 2002) und durch *Rassismus* wirken im Alltag und bei der Arbeit rassistische Diskriminierungen, einhergehend mit einem *Kulturalismus*, und *Eurozentrismus* (vgl. Bojadžijev 2008: 21ff). Zur Vereinfachung werde ich dies im Folgenden als Achse „Migration“ zusammenfassen.

⁶ Zur Begriffsbestimmung der Herrschaftsachsen siehe Kapitel 2.2.

In dieser Arbeit soll somit zum einen die Verflochtenheit dieser Bewegungen in Herrschaftsverhältnisse untersucht werden, zum anderen soll sie einen Beitrag für Perspektiven eines emanzipatorischen Umgangs mit Ungleichheiten in sozialen Bewegungen und Gewerkschaften leisten. Die These ist, dass sich durch die Positionierung an den Ungleichheitsachsen von Migration, Klasse und Geschlecht die Interessen der Arbeiterinnen und Frauen unterschiedlich darstellen. Der politische Umgang mit den unterschiedlichen Interessen ist deshalb ambivalent zwischen Eigeninteresse und Solidarität zu den migrantischen Arbeiterinnen im Bereich *Care*. Da diese Frage bisher kaum erforscht ist, leistet die vorliegende Arbeit einen Beitrag, um diese Forschungslücke zu schließen⁷ (vgl. Interview DG: 45-48).

1.2 Vorgehen

Zunächst soll die hier angedeutete Argumentation der Fragestellung, von komplexen Ungleichheiten (Kapitel 2.1) theoretisch eingebettet werden, um die Frage der Repräsentation dann in Bezug auf Frauenbewegungen und Gewerkschaften zu betrachten (Kapitel 2.2).

Um die daraus gewonnenen Annahmen auf die Situation von Care-Arbeiterinnen in Spanien zu untersuchen, ist Care-Arbeit in den gesellschaftlichen Kontext in Spanien einzubetten (Kapitel 3). Im Anschluss daran sollen einige Thesen zur leitenden Fragestellung der Arbeit formuliert werden (Kapitel 4). Auch die Frauen- und Gewerkschaftsbewegungen sollen dann in ihrer spezifischen Konstellation in Spanien untersucht werden (Kapitel 5), um dann die oben formulierte Leitfrage empirisch zu untersuchen. Auf Basis von Zeitungen werden zunächst die Ereignisse um die Reformierung der Arbeitsrechte rekonstruiert (Kapitel 6) um dann mit Hilfe der Interviews (vgl. 1.3) die unterschiedlichen Perspektiven der unterschiedlichen AkteurInnen aufzuzeigen (Kapitel 7). Damit werden die AkteurInnen der Frauenbewegungen und Gewerkschaften auf ihre Unterstützung der Care-

⁷ Dies bedeutet gleichzeitig, dass es nicht möglich war, sich auf Sekundärliteratur und Analysen politischen Aushandlungsprozesse zu stützen.

Arbeiterinnen hin untersucht, um schließlich die Frage der Arbeit zu beantworten und einen Ausblick zu wagen.

1.3 Interviews: Interviewpartner, Erhebungs- und Auswertungsmethode

In Interviews mit beteiligten AkteurInnen (aus Selbstorganisierungen, Gewerkschaften und Frauenbewegungen) sowie Wissenschaftlerinnen sollen die Positionen von Gewerkschaften und Frauenbewegungen untersucht werden. Die Interviews werden ergänzt durch offizielle Positionspapiere der Frauenbewegungen und Gewerkschaften sowie durch Zeitungsartikel (Auswahl s. Anhang 2).

Es wurden Interviews mit folgenden AkteurInnen geführt (siehe auch Anhang 1 zu Interviewpartnerinnen): Ein Interview mit (der einzigen) migrantischen Selbstorganisation in Madrid (SEDOAC) und ein Interview mit einem Mitglied einer offenen Plattform von *Care*-Arbeiterinnen (Territorio Domestico); drei Interviews mit migrantischen Arbeiterinnen im Bereich *Care*, die bei Veranstaltungen zu RG waren; vier Interviews mit den beiden relevantesten (vgl. Kapitel 5.3) Gewerkschaften (CCOO und UGT) und eines mit der CGT als einer nicht-institutionalisierten, ehemals sehr relevanten und kritischen/den sozialen Bewegungen zugewandten Gewerkschaft; ein Interview mit Mitgliedern je einer institutionalisierten und einer nicht-institutionalisierten Frauenbewegung; je ein Interview mit den Wissenschaftlerinnen Amaia Orozco (Universidad Complutense de Madrid- Departamento de Economía Aplicada) und Magdalena Gorfinkel (Universidad Carlos III de Madrid- Departamento Análisis Social), die im Bereich *Care*-Arbeit und *Care*-Migration, sowie Frauenbewegungen forschen.

Nach der Interviewführung hat sich herausgestellt, dass die Interviews mit der UGT, Territorio Domestico, den autonomen Frauenbewegungen und dem Instituto de la Mujer nicht ergiebig für die Bearbeitung der Fragestellung waren, da sie keine weiteren Informationen bereitstellen konnten/wollten. Sie wurden deshalb nicht ausgewertet.

Die Interviews wurden problemzentriert (vgl. Flick 2011: 210f), auf der Basis der Kontextanalyse geführt. Die Interviews stützen sich auf die Analysen von Kapitel 2-6 (vgl. Kapitel 7). Als Erhebungsverfahren dient der Interviewleitfaden, der aus der Analyse heraus entwickelt wird (vgl. Gläser/Laudel 2006: 138ff). Die Interviewfragen sind somit auf ein spezifisches Problem fokussiert, werden aber dennoch offen gestellt. So können die Befragten „ihre ganz subjektiven Perspektiven und Deutungen offen legen“ (Mayring 2002:68) und es bleibt ihnen die Möglichkeit, die Annahmen mit neuen Aspekten zu ergänzen. Der Leitfaden (siehe Anhang 3) besteht aus Sondierungsfragen (Einstiegsfragen, mit denen der subjektive Bezug des/der Interviewten identifiziert werden soll) und Leitfadenfragen (zentrale inhaltliche Fragen). Der Interviewleitfaden wurde dabei an einigen Stellen entsprechend der "Beteiligung an dem zu rekonstruierenden Prozess" (Gläser/Laudel 2006: 113) der jeweiligen AkteurInnen modifiziert. Allerdings ist weder die Reihenfolge noch Formulierung der Fragen bindend. Vor allem spontane weitere Fragen sind ausdrücklich erwünscht (vgl. ebd.: 39f). So wurden an einigen Stellen auch zusätzliche "ad-hoc-Fragen" (Mayring 2002:70) gestellt.

Die Auswertung lehnt sich an die qualitative Inhaltsanalyse (vgl. Mayring 2002: 115ff) an. Diese Methode kann einen Spagat leisten zwischen theoriegeleiteten Ausgangspunkten und offenen Ergebnissen (vgl. Gläser/Laudel 2006: 199). Im Zentrum steht der Inhalt des Textes und nicht seine Beschaffenheit (vgl. ebd.: 44). Deshalb wird nicht direkt an dem Originaltext des Interviews gearbeitet, sondern die benötigten Informationen systematisch und selektiv aus dem Material herausgenommen (vgl. ebd.: 193ff). Dies ist möglich durch die deduktive Ableitung der Kategorien aus den Annahmen (vgl. ebd.: 194ff und Mayring 2002: 115ff) und ihrer induktiven Modifikation im Prozess der Auswertung. Die Kriterien dafür werden in Kapitel 7 zusammengeführt.

Dabei sind jeweils die Geltungsrahmen der Interviewaussagen und die eigenen Interessen (wie beispielsweise nach Selbstdarstellung oder nach politischer Macht) aller Befragten zu reflektieren. Somit werden die potentiellen

Widersprüche zwischen ideologischem Anspruch und konkret realisierter Interessenwahrnehmung von Frauenbewegungen und Gewerkschaften fokussiert. Da der Analysefokus in den ambivalenten Positionen liegt, werden in den folgenden Kapiteln die Widersprüche in den Argumentationen herausgehoben. Außerdem werden die Eigenaussagen der AkteurInnen von Gewerkschaften und Frauenbewegungen zum einen an den Aussagen der Wissenschaftlerinnen und *Care*-Migrantinnen und zum anderen an den eigenen theoretischen Ansprüchen kontrastiert. Statt einer Übereinstimmung geht es hier um den Vergleich verschiedener Perspektiven und ihre Ergänzung (vgl. Mayring 2002:148).

Bei der Interviewführung wurde sich auf die Stadt Madrid begrenzt. Dies war notwendig, da Spanien ein regional sehr heterogenes Land ist, in welchem es regional unterschiedliche Gesetze zur Regulierung der *Care*-Migration gibt. Die Hauptstadt bietet sich für die Untersuchung an, da sich hier die zentralen Institutionen der spanienweiten Organisationen befinden. Außerdem sind auch Organisationen von *Care*-Migrantinnen in Madrid sehr aktiv.⁸

2 Problemstellung: Komplexe Herrschaftsverhältnisse und soziale Bewegungen

In diesem Kapitel wird die Frage der Interessenvertretung von migrantischen *Care*-Arbeiterinnen durch Frauenbewegungen und Gewerkschaften aus dem Forschungsstand entwickelt.

Sowohl die Frauen- als auch die ArbeiterInnenbewegungen sind entstanden, um die Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen bzw. ArbeiterInnen zu bekämpfen. Für die politische Sichtbarkeit treten bestimmte Personen in den Vordergrund, um die marginalisierten Interessen zu vertreten. Allerdings entstehen durch diese Art der Repräsentation ebenfalls Ausschlüsse, die durch

⁸ Bei der Zeitungsanalyse stachen Madrid und Vizcaya als Regionen heraus. Vizcaya wäre allerdings weniger repräsentativ, da die baskische Region noch stärkere ökonomische und politische Besonderheiten aufweist.

die unterschiedliche, intersektionale Positionierung der verschiedenen Subjekte innerhalb der Herrschaftsverhältnisse verstärkt werden.

Um diese Schwierigkeiten zu verdeutlichen, unterscheidet Spivak zwei Formen der Repräsentation: zum einen die *Vertretung* als „politische Repräsentation“ und zum anderen die *Darstellung* im Sinne von „Representing: 'proxy' and 'portrait' [...]“ (Spivak zit. in: Castro Varela/Dhawan 2004: 211). Damit macht sie deutlich, dass eine politische Repräsentation nicht als reine Präsentation der Betroffenen gedeutet werden kann, da dabei vergessen werde, dass „[...] Subjekte der Repräsentation immer imaginierte heterogene Subjekte sind. Eine Vertretung ohne Darstellung ist ohne Dissimilierung eigentlich nicht möglich [...]“ (Castro Varela/Dhawan 2004: 211).

Für die Repräsentation von Care-Arbeiterinnen durch Gewerkschaften oder Frauenbewegungen, z.B. in der Öffentlichkeit, muss demnach bedacht werden, dass die Repräsentierenden automatisch sich selbst mit darstellen.

Die Repräsentation von Interessen, wie in Frauenbewegungen oder Gewerkschaften, wird besonders schwierig, wenn innerhalb dieser Kollektive Ungleichheiten bestehen. Diese zu untersuchen, ist die Aufgabe im folgenden Abschnitt.

2.1 Intersektionalität

Die theoretische Grundlage der Identifikation von Ungleichheits- und Machtstrukturen bildet in dieser Arbeit der Ansatz der Intersektionalität. Damit soll im Verlaufe der Arbeit das strukturelle Verhältnis zwischen Care-Arbeiterinnen und den AkteurInnen von Gewerkschaften und Frauenbewegungen untersucht werden.

Der Ansatz der Intersektionalität versucht Ungleichheiten und Herrschaftsverhältnisse von unterschiedlichen gesellschaftlichen Strukturen, wie z.B. Klasse und Geschlecht, in ihrem Zusammenwirken zu analysieren.

Ausgangspunkt dieser Debatte war die Kritik von Schwarzen Frauenbewegungen an westlichen, Weißen Frauenbewegungen. So sei das Verhältnis von Frauen untereinander nicht nur durch ihre

Geschlechtszugehörigkeit bestimmt, sondern durch weitere Herrschaftsverhältnisse wie *race* (aus der Diskussion der USA), Ethnizität bzw. Klasse (vgl. Crenshaw 1989). Die Diskriminierungserfahrungen von Frauen aus der Weißen Mittelschicht sind somit nicht mit denen Schwarzer Frauen oder Frauen aus der ArbeiterInnenklasse vergleichbar, was einer gemeinsamen Politik in einer Frauenbewegung entgegenstehe (vgl. Kapitel 2.2.2.).

Im wissenschaftlichen Diskurs wurde dies zunächst durch die Addition mehrerer Kategorien von Ungleichheiten aufgegriffen. Unter dem Stichwort Intersektionalität wird heute diskutiert, wie verschiedene Herrschaftsverhältnisse – wie Migration, Klasse und Geschlecht – komplex zusammenwirken. Axeli-Knapp argumentiert, dass die Ungleichheitskategorien relational sind, d.h. nur durch die anderen Kategorien und ihren jeweiligen Kontext Aussagen über ihre Beschaffenheit und ihre Wirkmächtigkeit getroffen werden können (vgl. Knapp 2005: 74). So kann die Überschneidung von unterschiedlichen Achsen der Ungleichheit zu komplexen Ausprägungen von Marginalisierung führen, wie z.B. rassistischer Sexismus gegen Schwarze Frauen oder rassistisch-sexistische Zuschreibung bestimmter Arbeiten.

Die Forschung zum Zusammenspiel von verschiedenen „Achsen sozialer Ungleichheit“ (Becker-Schmidt 2007:56), „Achsen der Differenz“ (Knapp/Wetterer 2003) oder "ungleichheitsgenerierende[n] soziale Strukturen (d.h. [...] Herrschaftsverhältnisse [...])" (Winker/Degele 2009: 15) ist und war in den letzten Jahren sehr aktiv (vgl. auch Klinger/Knapp/Sauer 2007; Klinger/Knapp 2008; Lenz 2010; Lutz u.a. 2010; Walgenbach u.a. 2007). Je nach Ansatz werden bis zu 13 Ungleichheitskategorien (vgl. Winker/Degele 2009: 16) unterschieden – und damit vielfältige Merkmale definiert, die je nach individueller Überlagerung zu ganz unterschiedlichen Diskriminierungsformen führen können. Es wurde aber zu Recht kritisch angemerkt, dass eine solche Anhäufung von kategorialen Zuschreibungen die Gefahr birgt, die strukturelle Bedeutsamkeit von gesellschaftsstrukturierenden, historisch gewachsenen Herrschaftsmechanismen zu vernachlässigen (vgl. Knapp 1999: 130).

Der gesellschaftliche Status der Care-Arbeitsmigrantinnen in Spanien wird maßgeblich durch die Achsen Klasse, Geschlecht und Migration bestimmt.

So ist Care-Arbeit eine tief geschlechtsspezifische Arbeit. Die binäre Teilung von unbezahlter Haus- und bezahlter Produktionsarbeit ist seit der Industrialisierung für westliche Gesellschaften systematisch (vgl. Beer 1990: 205f). Indem sie sich auf Knapp (1987) und Nave-Herz (1976) bezieht zeigt Feldmann-Neubert, dass weiblich definierte Eigenschaften im Hinblick auf Machtpositionen negativ und für die Ausübung von Hausarbeit positiv seien (vgl. Feldmann-Neubert 1991: 34f). So werden Frauen gesellschaftlich vor allem die Eigenschaften "Passivität, Emotionalität, Leidensfähigkeit, Hingabebereitschaft, Altruismus und Personenbezogenheit" und Männern im Gegensatz dazu die Eigenschaften "Aktivität, Initiative, Ehrgeiz, Dominanzverhalten, Rationalität, Abstraktionsfähigkeit und intellektuelle Leistungsfähigkeit" (Lehr 1969, zit. in: Feldmann-Neubert 1991: 33) zugeschrieben.

Die Unterscheidung eines "öffentlichen" Bereichs, der auf naturalisierende Weise Männern zugeschrieben wird, von einer "privaten" Sphäre, die als unpolitisch Frauen zugeschrieben wird, ist hingegen schon älter (vgl. dazu Lenz 2001: 31ff und 45ff). Auch das neoklassische Wirtschaftssubjekt, der homo oeconomicus, wird als männlich konstruiert, in Abgrenzung zu weiblich definierten Eigenschaften, "die als 'unökonomisch' erachtet werden und daher als Ausschlusskriterium gelten" (Çaglar, 2004: 184). Damit wird deutlich, dass "[d]er Haushalt [...] zur Projektionsfläche für Nicht-Arbeit" (Thiessen 2004: 341) wird.

Geschlechterverhältnisse haben somit enorme Auswirkungen auf die Form der Externalisierung und die Arbeitsverhältnisse im Bereich der Care-Arbeit (vgl. Kapitel 3.2).

Migration als Ungleichheitsachse wird im Bereich der Care-Arbeit auf unterschiedlichen Ebenen relevant. Zum einen durch die Tatsache, dass unbeliebte Arbeiten, wie Care-Arbeit, auf Personen aus der Peripherie (vgl. Castro Varela/Dhawan 2002) verschoben werden. Außerdem sind illegalisierte⁹ Migrantinnen durch ihren Aufenthaltsstatus rechtlich marginalisiert. Ein

⁹ Der Ausdruck „Illegalisiert“ macht deutlich, dass es sich um einen gesellschaftlich hergestellten Status handelt, der sich von dem Ausdruck „Illegal“ abgrenzt, der falsch ist, denn ein Mensch kann nicht "illegal" sein.

fehlender Aufenthaltsstatus, macht es fast unmöglich, bestehende Arbeitsrechte oder Missbrauch einzuklagen (vgl. Kapitel 3.2.3).

Die Migrantinnen, die in dieser Arbeit untersucht werden, sind außerdem von Rassismus betroffen, wie auch Care-Arbeiterinnen denen aufgrund bestimmter Äußerlichkeiten die Zugehörigkeit zu einer "Minderheitsgesellschaft" (Knapp 2005: 67) zugeschrieben wird, was unterschiedliche Auswirkungen haben kann. So wird dadurch eine homogene "ausländische Bevölkerungsgruppe" konstruiert, was zu Vorurteilen, Xenophobie und Exotismus führt. Damit einher geht oft eine massive Abwertung, indem die "Mehrheitsbevölkerung" die eigene Lebensform als homogen und hochwertiger bewertet.

Statt dieses Verhältnis mit "Rasse" oder *race* zu begründen, soll es hier mit Rassismus bezeichnet werden, um zu zeigen dass, auch wenn "Rassen" nicht existieren, Vorstellungen darüber existieren, die massive Auswirkungen für die Betroffenen haben. Die konkreten Ausprägungen von Rassismen sind sehr verschieden. Als Gemeinsamkeiten der verschiedenen historischen Artikulationen in Europa, benennt Bojadžijev einen „Eurozentrismus, der die kulturalistische Ideologie der Herrschenden reproduziert“ (Bojadžijev 2008: 21). Die beiden Verhältnisse von Rassismus und rechtlicher Diskriminierung durch Nationalität werde ich aus Gründen der Vereinfachung im Folgenden als Achse der *Migration* bezeichnen.

Die Kategorie *Klasse* ist ebenfalls entscheidend für die untergeordnete Stellung von Care-Arbeit. Es wird sich dabei auf die Weiterentwicklung der klassischen, marxistischen Unterscheidung zwischen Lohnarbeiter und Kapitaleigner von Knapp bezogen, um die innere Fraktionierung und Differenzierung der Lohnarbeitenden fassen zu können. Sie unterscheidet eine strukturell machtvolle Klasse des „Block[s] von politischen Führungskräften, kulturellen Gatekeepern, und ökonomischen Share-holdern“, sowie „Funktionseliten, die politische und ökonomische Entscheidungen treffen“ und über Macht hinsichtlich von Entlassungen und „Gegenwehr“ verfügen. Dem gegenüber steht der subordinierte „Rest der Bevölkerung“ (Knapp 2005: 70). Als Kriterien nennt Knapp außerdem Prekarisierung (die mit gesellschaftlicher Ausgrenzung einhergeht), den „sozialen Hintergrund, Ausbildung und

Arbeitsmarktbedingungen“, sowie „Investitionskapital“ (ebd.). Care-Arbeit ist dabei eine "weisungsgebundene" und "körperliche" Arbeit, die in Spanien einen der schlechtesten Status hat (vgl. Kapitel 3.2).

Die Marginalisierung durch Klasse, Migration und Geschlecht bedeutet, dass Care-Arbeiterinnen in Spanien strukturelle Ungleichheit erfahren. Es stellt sich deshalb die Frage, wie soziale Bewegungen für strukturelle Gleichheit, wie Gewerkschaften und Frauenbewegungen, die Verwobenheit dieser Ungleichheiten thematisieren.

2.2 Ausschlüsse in Frauenbewegungen und Gewerkschaften

Inwieweit Ungleichheiten zu Ausschlüssen innerhalb einer Gruppe führen können, ist die Leitfrage dieser Arbeit. Welche politischen Debatten dazu in den Bewegungen geführt wurden und welche Ergebnisse die derzeitige Forschung zu der Frage nach Ausschlüssen aus Frauenbewegungen und Gewerkschaften liefert, wird im Folgenden diskutiert.¹⁰

Zwar müsste davon ausgegangen werden, dass Gewerkschaften alle ArbeiterInnen unterstützen – und somit auch die migrantischen Arbeiterinnen im Bereich *Care*. Bei Frauenbewegungen müsste ebenfalls davon ausgegangen werden, dass sie sich gegen die Abwertung feminisierter Arbeit und für eine Gleichstellung der Arbeiterinnen im Bereich *Care* mit allen anderen ArbeiterInnen einsetzen, und somit auch Kämpfe von migrantischen Arbeiterinnen im Bereich *Care* für ihre Gleichstellung unterstützen.

Es wurde jedoch deutlich, dass nicht a priori davon ausgegangen werden kann, dass Frauenbewegungen oder Gewerkschaften die Interessen aller Frauen bzw. ArbeiterInnen vertreten. Dies gilt vor allem, wenn innerhalb der Gruppen von ArbeiterInnen bzw. Frauen Ungleichheiten bestehen.

Die meisten Gewerkschaften und Frauenbewegungen, v.a. in ihrer

¹⁰ Die Forschungslage erlaubt es jedoch nicht, die Situation dazu in Spanien darzustellen (vgl. Interview DG: 45-48). Auch zu den Differenzen zwischen Frauenbewegungen und Gewerkschaften zu Care-Arbeiterinnen ließen sich keine Forschungen finden. Es werden daher Untersuchungen aus der BRD und den USA genutzt, mit denen sich Konflikte von Frauenbewegungen und Gewerkschaften zu Fragen von Klasse bzw. Geschlecht und MigrantInnen herausarbeiten lassen.

traditionellen Form, thematisieren ihre gemeinsame Betroffenheit (Diskriminierung/Ungleichheit durch Geschlecht bzw. Arbeitsverhältnis) und definieren sich durch die darauf bezogenen Interessen. Damit besteht die Gefahr, dass diese Interessengruppe homogenisiert wird und interne Ungleichheiten sowie unterschiedliche Interessen nicht oder nur marginal thematisiert werden.

Im vorliegenden Beispiel ist es wichtig, die Ungleichheiten sowohl von Klasse, als auch Migration und Geschlecht zu thematisieren. Im Folgenden werden deshalb Forschungsergebnisse aus Studien, die Frauenbewegungen und Gewerkschaften auf ihren Umgang mit diesen Ungleichheiten untersucht haben, rekonstruiert. Damit wird bestimmt, welche Hindernisse einer solidarischen Politik im Wege stehen, aber ebenso welche Möglichkeiten es dafür geben kann.

2.2.1 Gewerkschaften und Ausschlüsse an den Achsen von Geschlecht und Migration

Vielfältige empirische Untersuchungen, v.a. in der BRD und den USA, machen Interessendifferenzen und Ausschlüsse an den Ungleichheitsachsen von Migration und Geschlecht in Gewerkschaften deutlich.

Fabian Wagner zeigt dies exemplarisch an den gewerkschaftlichen Debatten und Positionen zu Migration. So begründet der DGB seine Zustimmung zur Arbeitsmigration mit dessen wirtschaftlicher Notwendigkeit und "sozialer und gewerkschaftlicher Solidarität." (DGB 1988, zit. in Wagner 2010a: 65). Allerdings stimmte der DGB nur mit Restriktionen, vor allem der Festsetzung des Inländerprimats und der Beschränkung auf "saisonale Spitzen" der Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes gegenüber migrantischen Arbeitskräften zu (vgl. ebd: 72). Migrantische Arbeitskräfte waren also nicht aus uneingeschränkt solidarischen Gründen willkommen, sondern nur insoweit deutsche ArbeitnehmerInnen davon profitierten.

Wie sich die Rolle der Gewerkschaften mit der ökonomischen Situation veränderte, zeigt auch Bojadžijev (2008): während der DGB 1971 noch mit den

illegalisierten ArbeiterInnen die Legalisierung des Aufenthaltes und eine Verbesserung der miserablen Arbeitsbedingungen einforderte (vgl. ebd.: 131ff), drängte er 1973 auf einen Anwerbestopp (vgl. ebd.: 134) und beteuerte "auch für die Zukunft die Beibehaltung des uneingeschränkten Anwerbestopps." (DGB zit. in Bojadžijev 2008: 134). Entsprechend ihrer Ablehnung illegalisierter ArbeiterInnen verweigerte der DGB migrantischen ArbeiterInnenorganisationen ihre Zusammenarbeit (vgl. Bojadžijev 2008: 138). Das Verhältnis der DGB-Gewerkschaften ist somit als zeitweise ausschließend zu bewerten, teilweise muss auch kritisiert werden, dass Ungleichheiten aufgrund des Aufenthaltsstatus reproduziert wurden.

Für die Situation in den USA der 1990er Jahre zeigt die Analyse Bocks (zit. in Bojadžijev 2008: 62) ebenfalls empirisch die „Spaltung unter den Arbeitern [...] die sich vielfach und systematisch nach rassistischen, sexistischen aber entlang von Qualifikations- und Lohnstrukturen bestimmte.“ (ebd. 2008: 62).

Auch für den gewerkschaftlichen Umgang mit Geschlechterverhältnissen finden sich einige ältere Studien, die zum einen den Umgang mit Frauen als Arbeitskräften und zum anderen maskulinistische Strukturen in den Gewerkschaften untersuchen.

Während die DGB-Gewerkschaften theoretisch ein allgemeines Gleichheitskonzept vertreten, wurden sie lange „einer letztendlich partikularistischen Interessenpolitik [...] auf Kosten von Frauen bezichtigt“ (Kurz-Scherf/Zeuner 2001 o.S.). So würden insbesondere die großen DGB-Gewerkschaften vor allem die „Interessen männlicher Facharbeiter“ (Honsberg 2001: 9) vertreten und "Frauen, die gleichberechtigt nach Erwerb streben, [...] zu „Schmutzkonkurrenz" [...]“ (Kurz-Scherf/Zeuner 2001 o.S.) deklarieren.

Hier zeigt sich, dass Frauen nicht in das Kollektiv der Arbeiter(Innen) einbezogen wurden, sondern als „Wettbewerbsgefährdung" (Han 2003: 153) sogar zu Feindinnen erklärt wurden. Mittels Gesetzesinitiativen haben die Gewerkschaften sogar lange versucht, Frauen aus den bezahlten Berufen in die unbezahlte Hausarbeit zurückzudrängen (vgl. Han 2003: 153.). Dahinter stehe nach Gesterkamp das „Ideal der proletarischen Hausfrauenehe“ (Gesterkamp 1996: 599), in dem der erwerbstätige Arbeiter von der Hausfrau versorgt

wurde. Ideen anderer Arbeits- Lebens- und VerdiennerInnenmodelle werden weiterhin ignoriert (vgl. Gesterkamp 1996: 597ff; Kurz-Scherf 1994 zit. in ebd.).

Dass die Gewerkschaften vorgeben, alle ArbeiterInnen zu repräsentieren, ist dabei Teil des Problems. „Die Arbeiterbewegung war immer eine Männerbewegung. Sie hat das selten offen ausgesprochen, sondern ihre sozialen und gesellschaftspolitischen Ziele stets allgemein und scheinbar geschlechtsneutral formuliert.“ (Gesterkamp 1996: 596).

So kommen auch Maßnahmen zur geschlechtergerechten Reform nur langsam bei den Gewerkschaften an. Der Anteil von Frauen in politischen Ämtern ist in DGB-Gewerkschaften sehr gering, v.a. bei den Hauptsektoren der Gewerkschaften (Honsberg 2001: 11ff).

In Bezug auf Kapitel 2.1 ist festzustellen, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass Gewerkschaften die Interessen aller ArbeitnehmerInnen vertreten. Ähnlich sieht es bei migrantischen ArbeiterInnen aus, denn die Interessen von weiblichen Lohnarbeiterinnen wurden, zumindest in der Vergangenheit, nicht nur ignoriert, sondern sabotiert. Da männliche Arbeitnehmer von geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung profitieren, sahen sie ihre Interessen durch gleichberechtigte Arbeitsteilung gefährdet.

2.2.2 Frauenbewegungen und Ungleichheiten an den Achsen Klasse und Migration

Um den Umgang mit den Achsen der Ungleichheit von Klasse und Migration in der Frauenbewegung zu untersuchen, kann nicht auf so zahlreiche empirische Untersuchungen wie bei den Gewerkschaften zurückgegriffen werden, stattdessen auf intensive theoretische Debatten und Kritiken innerhalb der Frauenbewegungen.

Nachdem Clara Zetkin schon 1906 (zit. in: Haug 2008) deutlich gemacht hat, dass Frauen je nach ihrer Klassenlage eine andere gesellschaftliche Position haben, wurde diese Debatte zwischen ArbeiterInnen- und Frauenbewegung immer wieder thematisiert. So berichtet Anja Meulenbelt von ihren eigenen

Erfahrungen als Feministin in der BRD in der Zeit der Studierendenbewegungen von 1968. Nachdem die Kritik der Klassenblindheit seitens der sozialistischen Studierendenbewegungen als Sexismus verworfen wurde, kritisierten auch "Feministinnen aus der Arbeiterklasse" deren Marginalisierung in der Frauenbewegung: "es stellte sich heraus, daß es nicht sehr viele waren [...]. Nun begannen Frauen mir zu sagen, daß ich nicht nur wie sie unterdrückt sei, sondern auch ihnen gegenüber Privilegien besäße.“ (Meulenbelt 1988: 33).

In eine ganz ähnliche Richtung zielte die Kritik von Schwarzen Frauenbewegungen der USA, und etwas später auch von Schwarzen Frauen in der BRD sowie von Feministinnen aus postkolonialen Theorierichtungen. Sie kritisierten, dass die westliche Frauenbewegung (vorrangig bestehend aus Weißen Frauen der Mittelschicht) die strukturellen Ungleichheiten zwischen Frauen unbeachtet lasse. Sie kritisierten dabei, dass diese Frauenbewegungen ihren eigenen Rassismus nicht reflektierten, dem sie sich durch seine gesellschaftliche Omnipräsenz aber nicht entziehen könnten. Auch ihre eigene, gesellschaftlich-privilegierte Position (als mittelständisch und Weiß) reflektierte sie nicht, sondern profitiere im Gegenteil von der Unterdrückung von Schwarzen Männern und Frauen (vgl. Collins 2000). So tragen Weiße Frauen trotz ihrer geschlechtlichen Diskriminierung zu der (Re-)Produktion von Gewaltverhältnissen bei, wie beispielsweise im Kolonialismus, aber auch im vorliegenden Fall der Delegation wenig anerkannter Care-Arbeit, um selbst einer stärker anerkannten Berufstätigkeit nachzugehen.

Dass trotz dieser Ausschlüsse die Weiße Frauenbewegung für „die Frau“, also alle Frauen, sprechen könne, wurde deshalb stark kritisiert (vgl. Castro Varela/Dhawan 2004: 206ff).

Gerechtfertigt werden könne dies nur damit, dass dem "Patriarchat ein universeller Status" zugesprochen würde, der die gemeinsame Erfahrung aller Frauen produziert, damit auf die gemeinsame Erfahrung der Unterdrückung verwiesen werden könne (vgl. Butler 1991: 19).

Wie schon oben (Kapitel 2.1) erläutert, bestehen Geschlechterverhältnisse, genauso wie andere Ungleichheitsstrukturen, nicht universell, sondern wirken

immer im Zusammenhang mit anderen Ungleichheiten. Die Debatten und die Verschränkungen von Herrschaftsverhältnissen wurden teilweise im Ansatz der Intersektionalität fruchtbar gemacht, für die Frauenbewegungen brachten diese Kritiken jedoch ein großes Problem mit sich.

Gudrun Axeli-Knapp bezeichnet „das Verhältnis von Ungleichheit und Differenz unter Frauen [...] politisch und epistemologisch als 'innenpolitisches' Kernproblem, als Identitätsfrage der Frauenbewegung und feministischer Theorie“ (Knapp 2005: 74). Denn auf welches Referenzsubjekt könne sich eine gemeinsame Frauenbewegung dann stützen?

Die entscheidende Frage, die sich daraus für die feministische Bewegung, und konkret für diese Arbeit ergibt ist, „herauszufinden, wie das Subjekt des Feminismus durch die Machtstrukturen der emanzipativen Bewegungen produziert und auch eingeschränkt wird“ (Butler 1991: 2).

2.3 Zwischenfazit

Trotz der Schwierigkeiten, die aus unterschiedlicher Betroffenheit von Herrschaftsverhältnissen innerhalb einer Gruppe entstehen können, wurde in den Bewegungen nach Möglichkeiten für eine politische Zusammenarbeit gesucht. Beispielsweise hat bell hooks (1990) das Konzept „politischer Solidarität“ entworfen. Damit verteidigt sie eine „gemeinsame Organisierung“ von Frauen als unbedingt notwendig zur „Überwindung der sexistischen Unterdrückung“. Beispiele, eine politische Solidarität auf Gewerkschaften zu übertragen gibt Bojadžijev (2008: 162ff): Selbstorganisationen sind für migrantische ArbeiterInnen eine Alternative, die ihren Interessen mehr entsprechen können (vgl. Bojadžijev 2008: 67f). Diese werden deshalb auch in dieser Arbeit untersucht.

Beispiele aus der Praxis konnten zeigen, dass Gewerkschaften und Frauenbewegungen nicht immer für alle kämpfen, die sie zu repräsentieren vorgeben. Von einer politischen Solidarisierung von ArbeiterInnen und Angehörigen der Mittelschicht, von migrantischen ArbeiterInnen und Gewerkschaftsfunktionären kann nicht a priori ausgegangen werden. Es wurde

gezeigt, dass unterschiedliche Positionierungen in Herrschaftsverhältnisse Interessengegensätze oder Blindheiten gegenüber den eigenen Privilegien in Gewerkschaften oder Frauenbewegungen produzieren können. Wie in 2.1 deutlich wurde, repräsentieren SprecherInnen/ Repräsentierende immer auch sich selbst, und nicht immer (nur) die zu Repräsentierenden.

Bei der Repräsentation von *Care*-Arbeiterinnen in institutionellen Prozessen, wie dem Reformprozess um das Arbeitsrecht in Spanien, ist es also notwendig den proklamierten Anspruch der Repräsentation und die tatsächliche Praxis sowie die Verortung und Privilegien der einzelnen AkteurInnen kritisch zu untersuchen.

3 Soziostruktureller Kontext Spanien

Um bewerten zu können, in welcher strukturellen Situation sich die AkteurInnen von Gewerkschaften, Frauenbewegungen und *Care*-Arbeiterinnen im Konfliktfeld der *Care*-Arbeit befinden, und um mögliche Ungleichheiten und Privilegierungen feststellen zu können, soll *Care*-Arbeit nun in ihrem soziostrukturellen Kontext untersucht werden.

Dabei ist außerdem wichtig, wie und wodurch sich der *Care*-Bereich entwickelt hat und wie er politisch gestaltet wird. Dadurch sollte deutlich werden, inwiefern *Care*-Arbeit und ihre Externalisierung in Spanien relevant ist. Dazu soll untersucht werden, welche Funktion und – in Bezug darauf – welches gesellschaftliche Ansehen migrantische Arbeitskräfte innerhalb der spanischen Wirtschaft und Gesellschaft haben. Dies beeinflusst auch die Unterstützung durch Frauenbewegungen und Gewerkschaften. Die Ergebnisse werden dann in Kapitel 4 zusammengeführt.

3.1 Wandel von Ökonomie und Arbeit

Die Entwicklung des Sektors der *Care*-Arbeit in Spanien ist eng mit drei

Phänomenen verknüpft: der Zunahme weiblicher Erwerbsarbeit, dem fehlenden sozialen Netz im Bereich der Betreuung und der Persistenz traditioneller Geschlechternormen.

3.1.1 Ökonomische Entwicklung und Zunahme der Erwerbsarbeit spanischer Frauen

Nach dem Scheitern der franquistischen, autarkieorientierten Wirtschaftspolitik wurde die spanische Ökonomie 1957 grundlegend restrukturiert „von einem Agrarland in einen modernen und international wettbewerbsfähigen Industriestaat“ (Nohlen/Hildenbrand 2005: 22). Daraufhin erlebte die Wirtschaft, vor allem die Autoindustrie, einen Aufschwung (vgl. Gallo 2009). Mit dem Ende des Franquismus begann dann eine politisch und ökonomisch instabile Phase (vgl. Köhler 2004: 398). Bis 1985 war die Wirtschaft in einer Krise. Im Rahmen des Beitritts zur Europäischen Gemeinschaft 1986 strukturierte die Regierung der „Partido Socialista Obrero Español“ [PSOE] die spanische Wirtschaft um und der industrielle Sektor wurde wieder gefördert. Daraufhin sank die Arbeitslosigkeit seit den 90ern stetig (Nohlen/Hildenbrand 2005: 163), das Pro-Kopf-Einkommen verdoppelte sich für alle Schichten (vgl. López Casero 2004: 334) und die Mittelschicht wuchs stark (Bernecker 2006:378). Es gab jedoch immer wieder kleinere Krisen. Diese hatten meist eine Verschlechterung des Arbeitsschutzes und Privatisierungen von Sozialleistungen zur Folge (vgl. Nohlen/Hildenbrand 2005: 29). Dennoch wuchs die Wirtschaftsleistung Spaniens stetig und brach erst mit der spanischen Immobilien- und globalen Wirtschaftskrise 2007/2008 ein (vgl. Kapitel 3). Bis zur neuesten Wirtschaftskrise galt die spanische Wirtschaft als eine „hochwertige Dienstleistungsgesellschaft“ (López Casero 2004: 332) mit einer hohen Relevanz des Agrar- und Bausektors.

Die Nachfrage nach – vor allem niedrig qualifizierten und niedrig bezahlten – Arbeitskräften stieg in den Jahren des Aufschwungs stark an und wurde zunächst durch inländische männliche, dann weibliche und schließlich migrantische ArbeiterInnen versorgt. Weibliche Arbeitskräfte sind insoweit

günstiger für die ArbeitgeberInnen einzustellen, da sie weniger Lohn bekommen und ungesichertere Arbeitsverhältnisse haben. Frauen sind von „Schattenwirtschaft“ doppelt so häufig (2000) wie Männer betroffen und die Nettolohndifferenz beträgt 30 Prozent (vgl. Nohlen/Hildenbrand 2005: 348; auch López Casero: 349). Der Anteil befristeter Beschäftigung beträgt bei Frauen 30 Prozent und ist damit doppelt so hoch wie im Durchschnitt der EU (vgl. Bernecker 2006: 392).

Von einem leichten Einbruch zwischen 1994 bis 1999 abgesehen (vgl. Kreis 2004: 508), stieg der Anteil der berufstätigen Frauen zwischen 1970 und 2000 von 14% auf 40% (vgl. Nohlen/Hildenbrand 2005: 348) an. Während Spanien zur Zeit dieser Untersuchungen (2000) trotzdem das Schlusslicht in der EU war, lag der Anteil der weiblichen Beschäftigten 2008 (gemessen an der Gesamtzahl der Beschäftigten) bei über 51%¹¹. Der enorme Anstieg der Frauenerwerbsquote basiert v.a. auf Zeit- und Teilzeitarbeit, die in den Jahren zuvor staatlich gefördert wurde.¹²

Damit wird deutlich, dass das Familienernährermodell mit dem Mann als Alleinverdiener und der Frau als Hausfrau erodiert. Das hat einen sozialen Aufstieg dieser Frauen zur Folge (vgl. Han 2003: 159), allerdings auf Kosten der Arbeitsbedingungen und der sozialen Sicherung.

Durch den Wegfall der unbezahlten Familienarbeit durch die Frauen im Haushalt stellt sich nun die Frage, wie diese sog. "Care-Lücke" gefüllt wird.

3.1.2 Care-Lücke

Die Zunahme der weiblichen Erwerbstätigkeit brachte kaum einen Wandel der geschlechtsspezifischen Rollenaufteilung mit sich. Zwar haben sich die

¹¹ Allerdings sind die Sektoren geschlechtsspezifisch segregiert. 1999 arbeiteten fast 80% der erwerbstätigen Frauen im Dienstleistungssektor (vgl. Kreis 2004: 511f).

¹² Nach einem Rekordniveau der Arbeitslosigkeit von 21,5 % im Jahr 1994 hat die PSOE-Regierung zusammen mit den großen, zur Vertretung legitimierten Gewerkschaften UGT und CCOO und den Arbeitgeberverbänden CEOE und Cepime eine Reform ausgehandelt, mit der unbefristete Arbeitsverträge „mit geringen Entlassungskosten“ (Bernecker 2006: 339) geschaffen wurden.

Normen der Arbeitsteilung verändert, so hatten sich noch 1974 82% der Bevölkerung in Spanien für die alleinige Zuweisung des Haushalts an Frauen ausgesprochen und 68% ihre Berufstätigkeit abgelehnt. 1985 haben sich „nur“ noch 9% der Frauen und 18% der Männer gegen weibliche Berufstätigkeit ausgesprochen (vgl. Kreis 2004: 511). Doch die tatsächliche Arbeitsteilung verändert dies bisher nur wenig: So haben (nach Selbsteinschätzung!) 2001 Frauen mehr als 7 Stunden und Männer nur 3 Stunden Hausarbeit täglich verrichtet. Einer Doppelbelastung ausgesetzt sind 17,3% (2000) der berufstätigen Frauen und nur 4,2% der berufstätigen Männer (vgl. Nohlen/Hildenbrand 2005: 349).

Auch von staatlicher Seite gibt es nur ein sehr schwaches soziales Netz, das die *Care*-Lücke auffangen könnte. Eine Studie von Sabine Beckmann (2008) über die Situation in verschiedenen europäischen Ländern kommt zu dem Ergebnis, dass sich dominante sozialstaatliche Modelle noch immer auf das männliche „Alleinverdienermodell“ stützen (vgl. ebd.: 260f; 273). Dies trifft auf das Wohlfahrtssystem in Spanien exakt zu. So soll in dem familistischen Wohlfahrtsmodell die "Familie" die Lücken des Wohlfahrtssystems unbezahlt auffangen.

Die unbezahlte *Care*-Arbeit von weiblichen Familienmitgliedern ist damit das größte soziale Netz: "[...] it is taken for granted that the family ('women') is the main provider of social protection" (Rubio 2003, zit. in: Calavita 2006).

Dies wird auch an den geringen Sozialausgaben des spanischen Staates deutlich, die in Spanien im Jahre 2000 mit 20,1 Prozent des BIP weitaus geringer sind als in der restlichen EU (durchschnittlich 27,3 Prozent). Vor allem die staatlichen Familienleistungen sind in Spanien mit 0,5 Prozent (EU-Durchschnitt 2,1 Prozent) sehr niedrig (vgl. Nohlen/Hildenbrand 2005: 178). Dies hat sich v.a. mit der Privatisierung von sozialen Leistungen seit 1995 verstärkt. Vor allem der öffentliche Sektor für Fürsorge (insbesondere von pflegebedürftigen Älteren) ist in Spanien viel zu gering, um die Nachfrage auszugleichen (vgl. González 2011: 2008). Nicht zuletzt durch den demographischen Wandel¹³ nimmt die Relevanz dieser Arbeit aber immer

¹³ Um den Geburtenrückgang entgegenzuwirken und das Sozialsystem zu erhalten

weiter zu (vgl. León 2010; Han 2003: 160f).

Durch die Zunahme weiblicher Erwerbsarbeit und gleichzeitig fehlender öffentlicher Fürsorge und der Persistenz feminisierter Hausarbeit entsteht somit in Spanien die sogenannte „Care-Lücke“.

3.2 Externalisierung der *Care*-Arbeit

Die Lücke im Bereich der Haus- und Pflegearbeit wird in Spanien vor allem durch die Externalisierung in Form von bezahlter, meist informeller Arbeit gefüllt. Wie die unbezahlte Hausarbeit ist auch die bezahlte hochgradig geschlechtlich konnotiert (vgl. Kapitel 2.1). In Spanien sind 91,5% (2011) der (offiziell gemeldeten) *Care*-ArbeiterInnen weiblich (vgl. El País, June 1, 2011 Wednesday, Andalucía Edición).

Diese Arbeitsverhältnisse sind in Spanien aus arbeitsrechtlicher Sicht in vielen Punkten problematisch.

3.2.1 Arbeitsverhältnisse

Die Ökonomisierung von Care ist nicht ganz einfach, da es hier weder um bloße Qualifikation, noch um klar definierte Aufgaben geht. Es geht vielmehr um die Herstellung von Beziehungen und die Artikulation von Bedürfnissen: „Die Erledigung dieser Aufgaben ist 'entgrenzt', sie betreffen die ganze Person.“ (Geissler 2008: 41). Kreimer charakterisiert deshalb Care-Arbeit über eine "Dualität von care as an activity und care as a motivation", indem sie sich auf Folbre und Nelson bezieht (Kreimer: 2009: 190). Neben den "instrumentellen", körperlichen Aktivitäten umfasst diese Arbeit auch "kommunikative" Tätigkeiten. Dies ist nur eins von vielen Problemen in den Arbeitsverhältnissen.

Durch die Informalität des Arbeitsplatzes "*Care*" gibt es meist keine Arbeitsverträge. So wird in Spanien 70% der Pflegearbeit informell und ohne

empfiehlt eine UN-Studie Spanien die massive Anwerbung von MigrantInnen (vgl. Wagner 2010b: 131).

Vertragsbasis durchgeführt (vgl. Iglesias 2006, zit. in González 2011: 8).

Eine Analyse der UN-INSTRAW (2009) zeigt, dass Spanien im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, z.B. Italien, die schlechtesten Arbeitsbedingungen für *Care*-Arbeiterinnen aufweist. Neben einer niedrigen Entlohnung bergen sie eine starke Abhängigkeit vom/von der ArbeitgeberIn. Dies liegt auch maßgeblich an dem speziellen Arbeitsrecht für *Care*-Arbeit in Spanien. In den 80ern erkämpften *Care*-Arbeiterinnen in Spanien ein Arbeitsgesetz: das „spezielle Arbeitsrecht für Hausarbeiterinnen“ (*Régimen Especial de Empleo de Hogar*, im Folgenden REEH) von 1985.

Damit wurde zwar eine erstmalige, grundlegende Regulierung dieses Bereiches eingeführt, allerdings wird Hausarbeit in dem Gesetz als „besonderes“ Arbeitsverhältnis definiert, wodurch zahlreiche Mindestrechte nicht gelten (vgl. Mestre 2005: 145). Während bei allen¹⁴ anderen abhängigen Arbeitsverhältnissen das allgemeine Arbeitsgesetz RG greift, ist *Care*-Arbeit explizit davon ausgenommen. So gelten allgemeine Schutzbestimmungen wie beispielsweise Höchstarbeitszeiten und Sozialversicherungsregelungen hier nicht (vgl. Real Decreto 1424/ 1985, insb. Artikel 2.1). Aufgrund des Grundsatzes der Unverletzlichkeit der Familie kann auch keine Kontrolle der Arbeitsverhältnisse durchgeführt werden (vgl. Parella Rubio 2009: 215f). Parella Rubio nennt dieses Gesetz deshalb eine "Pseudoregulierung" (2009: 214f) und "diskriminierend" (ebd.: 216).

3.2.2 Migration im *Care*- Bereich

Seit 2000 übernehmen in Spanien hauptsächlich Migrantinnen¹⁵ diese Arbeit. Dies lässt sich auch an den Migrationszahlen nachvollziehen. Die Anzahl von Migrantinnen in Spanien mit Arbeitserlaubnis stieg seit 1997 um 10%, wovon

¹⁴ Auch im Bereich Agrar und für Selbstständige gab es bis 2006 je ein „Régimen Especial“. Das für Hausarbeiterinnen ist allerdings das letzte, was reguliert wurde (vgl. Interview BV: 7.30-9.30)

¹⁵ Migrantinnen haben dabei selbst sehr verschiedene soziale Hintergründe, *Care*-Migrantinnen haben jedoch meist ein Abitur und oft sogar einen Hochschulabschluss. Sie sind also häufig überqualifiziert für diese Arbeit und migrieren entweder, weil sie sich bessere ökonomische Möglichkeiten in dem neuen Land erhoffen, oder weil sie im Herkunftsland bedroht sind (vgl. Anderson 2006: 50f und Gendra/Haidinger: 11ff)

70% der Erlaubnisse für den Haushaltsbereich, meist für die Pflege von Älteren, ausgestellt wurden (vgl. González 2011: 7f).¹⁶ 1998 waren Privathaushalte der Sektor mit der höchsten Zunahme von migrantischen ArbeiterInnen (vgl. Gregorio 1998: 47).

Anwerbungen für migrantische ArbeiterInnen in Bereich *Care* gab es erstmals 1993 im Rahmen der *sistema de cupos* (vgl. Williams 2010: 7), welches die konservative *Partido Popular* [PP] auf den Weg gebracht hatte. (vgl. El Mundo, 25 agosto 2004). Dabei werden in den einzelnen *comunidades autónomas* zuvor die Arbeitsplätze bestimmt, für die sich in den vergangenen zwei Jahren keine SpanierInnen gefunden haben. Diese Arbeitsplätze werden dann mit begrenzter Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für mögliche Emigrationsländer ausgeschrieben (vgl. Kofman et. al 2000: 118, zit. in Wagner 2010b: 131). Dies ermöglicht zwar eine legalisierte Einreise nach Spanien, allerdings sind die MigrantInnen damit auch an den bestimmten Arbeitsbereich gebunden (vgl. Calavita 2006: 120). Vor allem in den 90ern wurde dieses System zum Großteil (zu 50%) für die Anwerbung von ArbeiterInnen im Bereich häusliche Dienstleistungen genutzt (vgl. (Colectivo IOÉ 2001: 453; auch Rubio 2003: 513, zit. in: Calavita 2006: 120) und durch bilaterale Abkommen mit v.a. lateinamerikanischen Ländern realisiert. Ecuadorianische Migrantinnen, die einen großen Anteil der *Care*-Migrantinnen ausmachen, genossen bis 2000 einen privilegierten Zugang nach Spanien (vgl. Wagner 2010b: 133). Diese Abkommen wurden jedoch nicht wie geplant, sondern von den meisten als Legalisierungsmechanismus genutzt. Auch ArbeitgeberInnen zogen es vor, ihre jeweilige *Care*-Arbeiterin persönlich kennenzulernen und sie direkt einzustellen. Die Quoten verloren deshalb ab 1997 an Bedeutung (vgl. Colectivo IOÉ 2001: 453).

Als indirekte Anwerbepolitik können weiterhin die Regularisierungswellen verstanden werden. Dabei wurde undokumentierten, in Spanien lebenden MigrantInnen bei Vorlage einer längeren Erwerbstätigkeit ein Aufenthalt gewährt, der aber ebenfalls an diese Tätigkeit gebunden blieb. Aufgrund der

¹⁶ Auch allgemein sind Migrantinnen häufiger erwerbstätig als spanische Frauen (2009 48,8%: 69,3%, EPA, zit. in Torns/ Cáceres 2011: 72), zumindestens vor der Immobilien- und Wirtschaftskrise in Spanien.

hohen Nachfrage nach *Care*-Arbeiterinnen wurde v.a. der Aufenthalt von migrantischen Frauen legalisiert (vgl. Parella 2003: 197).

Das Hauptherkunftsgebiet von Migrantinnen im Bereich *Care* ist Lateinamerika. Zwischen 2001 und 2008 hat sich die Zahl lateinamerikanischer Migrantinnen in Spanien vervierfacht (vgl. Vicente/ Setién 2005; Martínez Buján 2009 zit. in: González 2011: 6f). Dies liegt zum einen an den ehemaligen kolonialen Ausbeutungsverhältnissen, wodurch weiterhin Beziehungen zwischen Spanien und südamerikanischen Ländern bestehen. Außerdem ist vor allem im Pflegebereich die sprachliche Verständigung noch wichtiger als in den anderen migrantischen Arbeitsbereichen wie Agrar oder Bau. Zudem spielen die Beziehungen zu (ehemaligen) MigrantInnen in Spanien durch Familiennachzug und migrantische Netzwerke (vgl. Wagner 2010b: 111ff) eine große Rolle.¹⁷

3.2.3 Abhängigkeiten und Gewalt im *Care*-Bereich in Spanien

Durch die Migrationspolitik werden sogar migrantische *Care*-Arbeiterinnen mit Papieren besonders abhängig gemacht. Durch die Abkommen (vgl. 3.2.2) werden sie verpflichtet, im *Care*-Bereich zu arbeiten. Oder sie befinden sich durch einen nicht dokumentierten Aufenthalt in hoher Abhängigkeit von den ArbeitgeberInnen und sind damit der Gefahr der Missachtung der wenigen Arbeitsrechte und des Missbrauchs ausgeliefert (vgl. Parella 2003: 198). Durch die Angst, entdeckt und abgeschoben zu werden, setzen sich illegalisierte Opfer von Gewalt fast nie gerichtlich zur Wehr (vgl. Anderson 2006: 212ff). Umgekehrt wissen die ArbeitgeberInnen um die Macht, die dies für sie birgt (ebd.: 220).

Vor allem illegalisierte Arbeiterinnen sind "auf Arbeit in diesem segregierten Arbeitsmarktsegment angewiesen" (Lutz 2007: 226). Hier verstärken sich die Abhängigkeiten. So arbeiten insbesondere illegalisierte Migrantinnen fast

¹⁷ Außerdem spielen allgemeine Migrationsfaktoren eine Rolle, die in 3.1.1 erläutert wurden.

immer als *live-ins*¹⁸ oder (spanisch) *internas* arbeiten. Damit genießen Illegalisierte zwar einerseits Schutz vor polizeilicher Entdeckung, allerdings liefern sie die Migrantinnen auch den Zugriffen seitens der ArbeitgeberInnen aus. Durch das Wohnen am Arbeitsplatz sind sowohl die Kontrolle der Arbeitszeit als auch die fehlende Privatsphäre, Isolation sowie die größere Abhängigkeit von den ArbeitgeberInnen ein Problem. So weist das Colectivo IOE diesen Arbeitsverhältnissen wesentlich schlechtere Arbeitsbedingungen und wenig Privatsphäre nach (vgl. Colectivo IOE 2001, zit. in Parella Rubio 2009: 216). Anderson zeichnet nach, wie illegalisierte *Care*-Migrantinnen weniger Lohn erhalten als solche mit Aufenthaltsstatus, Weiße mehr als Schwarze Arbeiterinnen und Polinnen mehr als Südamerikanerinnen. Es ist sogar messbar, dass Aufgabenbereiche gemäß der Hautfarbe der Verrichtenden verteilt werden, wobei nicht-weißen Personen die unangenehmsten Tätigkeiten zugewiesen werden (vgl. Anderson 2006: 11, 94, 187ff). Die meisten migrantischen Haushaltshilfen arbeiten 13-15 Stunden pro Tag, und damit deutlich mehr als Spanierinnen (vgl. Colectivo IOE 1991: 10). So sind "Verträge eher die Ausnahme als die Regel" und die Arbeitsbedingungen miserabel (Anderson 2000: 81). Ihre tatsächlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen sind abhängig vom Gutdünken der Familien, da eine Kontrollinstanz fehlt. International wurden häufige, aber unentdeckte Folgen dieser Abhängigkeiten untersucht. Sie reichen von Enthaltung von Freizeit und Urlaub über Einsperrungen und Lohnenthaltungen bis zu Missbrauch und Vergewaltigungen. Dass die Anti-Slavery International (ASI) Hausarbeit als eine der Sklaverei ähnliche Arbeitsbeziehung deklariert, zeigt die Dimension der Gewaltbeziehung.¹⁹ Holmes und Rausch sprechen von der

¹⁸ Beschäftigungsverhältnisse von Hausarbeiterinnen werden zumeist differenziert in *live-ins* und *live-outs*. Erstere wohnen bei ihren ArbeitgeberInnen, verdienen dafür wenig und arbeiten meist nur in diesem Haushalt. *Live-in* Arbeitsverhältnisse gibt es vor allem in Südeuropa und sie sind auch in Spanien weit verbreitet. Das *live-out* Modell ist in Frankreich, Deutschland und in Österreich beliebter. Die HausarbeiterInnen sind in diesem Fall weniger abhängig, hier gibt es jedoch das Problem der ständigen Suche nach einem neuen Arbeitsplatz, da es meist keine Verträge gibt. In diesem Fall haben die Hausarbeiterinnen meist viele ArbeitgeberInnen, verdienen mehr aber haben auch einen größeren organisatorischen Aufwand. Bei Illegalität besteht außerdem ein höheres Entdeckungsrisiko und die Suche nach einer Wohnung gestaltet sich schwieriger (vgl. Gendera/Haidinger 2007: 2f und Anderson 2006: 49f, 63ff).

¹⁹ Zwei der drei wichtigsten Kriterien in der Definition von Sklaverei sind bei *live-in*

„Wiedereinführung von Dienstmädchen“ (2003: 16). Dass sie zumindest menschenunwürdig sein können, zeigt Anderson an vielen Beispielen von Einsperrungen über Vergewaltigungen bis hin zu Essensverweigerungen und Verstümmelungen (vgl. Anderson 2006: 166-175).

Das hat im *Care*-Bereich Tradition. Schon im 19. Jahrhundert wurde die Haus- und Sorgearbeit nicht nur entlang der Kategorie Geschlecht, sondern auch entlang der Kategorie Klasse verteilt.²⁰ So wurden in Oberschichtfamilien Dienstmädchen aus der unteren Mittelschicht eingestellt, um die Hausarbeit zu leisten (vgl. Friese 1995: 230-232). Auch in Spanien wurde die wenig gesellschaftlich anerkannte *Care*-Arbeit schon lange von Privilegierten an gesellschaftlich marginalisierte Menschen übertragen. Schon vor dem Bürgerkrieg und bis in die 90er Jahre war der *Care*-Sektor einer der Haupt-Arbeitssektoren für die (zahlreichen) ärmeren Frauen (vgl. Bianchi 2003: 18f). Der Haushaltsbereich galt "als Arbeit der unteren sozialen Klassen" (ebd.).

Auch heute ist die Einstellung von Haushaltsarbeiterinnen vor allem in den prosperierenden Regionen²¹ verbreitet, in denen es eine breitere Mittelschicht gibt (vgl. Torns/Cáceres 2011: 71). Heute wird sie innerhalb der Geschlechterkategorie an der Ungleichheitsachse Migration verteilt.

Exkurs: Krise

Die aktuelle Wirtschaftskrise hat Folgen für die Verschiebungen im Bereich der *Care*-Arbeit. In der ersten Phase bis 2008 waren spanische Frauen von Erwerbslosigkeit nur wenig betroffen, *Care*-Arbeit galt in dieser Zeit als einer

Hausarbeiterinnen gegeben: die „Kontrolle über fundamentalsten Freiheiten“ und die Macht „zu befehlen“ (Anderson 2006:159).

²⁰ Nach Han (2003) übernahmen auch damals schon Migrantinnen die "von den einheimischen Frauen durchweg abgelehnte und als demütigend empfundene Arbeit" (ebd.: 154). Dies war v.a. für Frauen ohne Qualifikation und ohne Möglichkeit der "Kapitalinvestition" der Fall. Dazu emigrierten nach Großbritannien zunächst "überwiegend Frauen aus der Unterschicht [...]" (ebd: 155).

²¹ Die Entwicklungsdisparitäten zwischen den Regionen ist eine Besonderheit Spaniens, die Nohlen/Hildenbrand (2005: 71) als „traditionelles Schlüsselproblem Spaniens“ definieren - so zählen 76 % Spaniens zu den gering entwickelten Regionen (nach den Kriterien der EU-Regionalförderung). Deshalb beziehen sich die Forschungen in diesem Bereich auch meist auf die Großstädte Madrid, Barcelona, Valencia oder Bilbao und die eigenen Interviews wurden in Madrid geführt.

der sichersten Arbeitsplätze für MigrantInnen: "female migrants can expect better employment possibilities than male migrants in times of crisis due to their access to the domestic service sector" (Dobner/Tappert 2010: 9). Dies führte dazu, dass Migrantinnen und auch ärmere spanische Frauen, die schon in andere Sektoren aufgestiegen waren, wieder in den *Care*-Sektor zurückgekehrt sind (vgl. Dobner/Tappert 2010: 10). In der zweiten Phase, seitdem dritten Quartal 2008, hat sich die Erwerbslosigkeit allerdings auch auf Wirtschaftsbereiche ausgeweitet, in denen primär Frauen arbeiten (vgl. Martínez i Castells/Casanueva Artís 2010: 60f). Dadurch stieg die Arbeitslosigkeit im Bereich *Care* stark an, wovon vor allem Migrantinnen betroffen waren (vgl. El País, June 1, 2011, Andalucía Edición). Diese befinden sich deshalb in einer besonders abhängigen Situation, die von den ArbeitgeberInnen ausgenutzt werden kann. In der Folge haben sich die Arbeitsbedingungen verschlechtert, vor allem wurden die Arbeitszeiten verlängert und der Stundenlohn gekürzt. Dobner und Tappert zeigen, wie sich die besondere Abhängigkeit von Migrantinnen zu einem paradoxen "Wettbewerbsvorteil" entwickelt hat, da diese weniger Lohn verlangen, flexibler seien und ArbeitgeberInnen sich von ihnen eine höhere Treue und ein "besseres" Verhältnis erwarten. Migrantische Arbeiterinnen werden deshalb gegenüber den neuen spanischen *Care*-Arbeiterinnen bevorzugt (vgl. Dobner/Tappert 2010:19ff).

Für die nähere Zukunft zeichnet sich allerdings eine schwierige Situation für Migrantinnen ab, die im *Care*-Sektor arbeiten wollen, denn durch die erhöhte Erwerbslosigkeit von Frauen treten alte Strukturen unbezahlter weiblicher Hausarbeit wieder hervor. *Care*-Arbeiterinnen könnten dadurch ihre Arbeit verlieren, und sind durch keine Arbeitslosenversicherung abgesichert. Langfristig, bei einem Aufschwung der Wirtschaft, ist allerdings zu erwarten, dass sich diese Entwicklung wieder umkehrt.

Da kein Wandel in der wohlfahrtsstaatlichen Politik zu erwarten ist, würde *Care*-Migration wieder gesellschaftlich notwendig werden. "It also does not seem likely that in the medium term the demand for domestic workers is going to contract, since Spanish women have joined the workforce en masse and this

structural change requires what is known as outsourcing of domestic work" (López-Sala/Ferrero-Turrión 2009: 13). Vor allem "[b]ecause the active population in Spain is still aging rapidly, it is necessary to continue recruiting foreign workers" (López-Sala/Ferrero-Turrión 2009: 13).

3.3 Umgang mit Migration

Spanien ist ein sehr junges Einwanderungsland und hat selbst viel Erfahrung mit der Arbeits-Emigration. Die jüngsten Einwanderungen fanden außerdem in einem ökonomischen Aufschwung statt und die Politik gegenüber MigrantInnen ist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern recht liberal. Dies könnte Einfluss auf die Einstellungen der gesellschaftlichen AkteurInnen zu ArbeitsmigrantInnen haben. So könnten beispielsweise gewerkschaftliche AkteurInnen besonders offen und erfahren gegenüber MigrantInnen und deren Problemen sein.

3.3.1 Emigrationserfahrung

In Spanien haben viele Menschen selbst Erfahrung mit eigener Auswanderung aus ökonomischen und politischen Gründen. In ihrer Intensität stark durch politische Ereignisse (v.a. Kriege und Franquismus) geprägt, durchzieht die Emigration die Geschichte Spaniens bis zum Ende der Diktatur Francos 1975 (vgl. Kreienbrink 2004: 46ff). Aufgrund der kolonialen Vergangenheit (Ende des Kolonialreiches 1824) hat Spanien noch immer enge Verbindungen zu lateinamerikanischen Ländern. SpanierInnen wanderten deshalb noch lange in diese Länder aus (vgl. ebd.: 45). Doch Restriktionen zur Emigration in lateinamerikanische Länder seitens der spanischen Regierung sowie wirtschaftliche und politische Krisen führten dazu, dass sich spanische EmigrantInnen zunehmend nach Europa orientierten (vgl. ebd.: 49ff).

Vor allem die „zunehmende Attraktivität der europäischen Arbeitsmärkte“ (Kreienbrink 2004: 48) führte ab 1960 zu einem enormen Anstieg der Arbeitsmigration nach Europa. Hauptgebiete waren Frankreich (Landwirtschaft

und Hotel), Deutschland (Industrie) und die Schweiz (Hotel und Bau) (vgl. ebd.: 51f). Auch diese Migration veränderte sich in ihrer Intensität durch wirtschaftliche Krisen und politische Einwanderungspolitiken der Aufnahmeländer (vgl. ebd.: 52f).

In diesem Kontext haben viele SpanierInnen Erfahrungen mit MigrantInnenfeindlichkeit gemacht: „Europe was experiencing low economic growth coupled with high unemployment and inflation, hardly propitious to granting new right to ‘foreigners’ from other member states, particularly given the large Greek, Spanish, and Portuguese communities within the Community” (Maas 2005:7, zit. in: Wolff/ Ressel).

Durch den Wirtschaftsaufschwung Spaniens und die Demokratisierung ging die Emigration ab 1975 stark zurück (vgl. Kreienbrink 2004: 53). „Trotzdem lebten im Jahr 2002 mit fast zwei Millionen Menschen nach wie vor fast doppelt so viele Spanier im Ausland wie legale Einwanderer in Spanien (Agrela 2002: 8)“ (Laubenthal 2006: 121).

3.3.2 Arbeitsmigration nach Spanien

Die Nachfrage nach – vor allem niedrig qualifizierten und niedrig bezahlten – Arbeitskräften stieg in den Jahren des Aufschwungs stark an und wurde zunächst durch inländische männliche, dann weibliche und schließlich migrantische ArbeiterInnen gestillt. Denn der beschriebene Wirtschaftsaufschwung basierte auf zwei Arbeitsmarktsegmenten: „eines, in welchem soziale Mobilität möglich ist, und ein zweites, in welchem maximal horizontale Mobilität, jedoch kein bzw. nur schwer sozialer Aufstieg erreichbar ist“ (Wagner 2010b: 130). Letzteres besteht aus sogenannter „niedrig qualifizierter“ Arbeit, „die intensiv an Arbeitskraft und niedrig an Produktivität sind“ (ebd.) und in denen niedrige Arbeitsstandards die Regel sind. Hier arbeiteten in der Zeit des Aufschwungs vor allem undokumentierte MigrantInnen, an die man den Anspruch von „billigen, belastbaren, 'anspruchlosen' und bei Bedarf kündbaren Arbeitskräften in den Sektoren Hausarbeit, Sexarbeit, Gastronomie, Landwirtschaft und Bau [...]“ (ebd.)

stellte. ArbeitgeberInnen bewerten deshalb die zunehmende „Vermeidung illegaler Migration“ auch als „mit nachteiligen Wirkungen für das Geschehen am Arbeitsmarkt“ (Eigmüller 2007: 203). ArbeitgeberInnen sprechen sich zudem gegen Arbeitskontrollen aus, da ohne die illegale Beschäftigung die wirtschaftliche Leistung Spaniens unmöglich wäre (vgl. Ebd.: 205f). Für einen Arbeitsinspekteur schien klar: „Wenn nicht diese ausländischen Arbeitskräfte wären, würde unsere Wirtschaft [...] [kollabieren]“ (ebd.: Interview 3.11.03). Denn beide boomenden Sektoren, der Agrarbereich – „Gemüsegarten Europas“ – und der Bausektor, basierten auf der Ausbeutung migrantischer Arbeitskräfte (vgl. Wagner 2010b: 132f). Von den acht Millionen Arbeitsplätzen, die zwischen 1994 und 2007 geschaffen wurden, wurden 2,5 Millionen von migrantischen Arbeitskräften übernommen (ENI, zit. in: Ressel/ Wolff 2012: 19).

Für MigrantInnen stellte Spanien ein immer attraktiveres Zielland dar. Da die Südgrenze Spaniens gleichzeitig die ökonomische Teilung vom Zentrum Europa und Peripherie darstellt („Frontstaat' der EU“, Laubenthal 2006: 122), war sie für nicht-autorisierte Grenzübertritte außerhalb der EU besonders geeignet. Außerdem gibt es in Spanien, anders als in anderen europäischen Ländern, Möglichkeiten auch ohne legalen Status grundlegende Rechte zu erhalten und nach einem Aufenthalt von drei Jahren eine Arbeitsgenehmigung zu erhalten (s.o.). Spanien wandelte sich in Folge der Demokratisierung, des Wirtschaftswachstums, und spätestens mit dem Beitritt zur EG schnell zu einem Arbeitskräfte-Einwanderungsland (vgl. Parella 2003: 201ff).

Die Interessen der spanischen Ökonomie und der spanischen Bevölkerung passten zu den Interessen der ArbeitsmigrantInnen. Eine Migrationspolitik Spaniens war deshalb nicht notwendig und wurde bis 1985 nicht betrieben. Erst mit dem Beitritt in die EU und in den Schengen-Raum „[...] 1986 forderten die Schengen-Kernländer Deutschland, Frankreich und die Benelux-Staaten Spanien auf, eine Einwanderungsgesetzgebung zu entwickeln.“ (vgl. Laubenthal 2006: 122), v.a. aufgrund seiner geografischen Lage. Dem kam Spanien mit dem „Ausländergesetz“ von 1985 zuvor, das die Arbeitsmigration fördern und gleichzeitig temporär und sektoral befristen sollte. Demnach ist die

legale Einreise zu Arbeitszwecken nur in Verbindung mit einem Arbeitsvertrag möglich und verlängerbar (vgl. ebd.: 123). Dieses Gesetz fand allerdings weder bei MigrantInnen noch bei ArbeitgeberInnen viel Beachtung, stattdessen wurde es meist durch die Überziehung des TouristInnenvisums umgangen (vgl. ebd.: 122f). Von 1985 bis 2002 hat sich die Zahl der ZuwandererInnen mit Aufenthaltsgenehmigung verfünffacht: Die Gemeinden (*padrones municipales*, s.u.) haben 1.330.000 legalisierte MigrantInnen und in etwa ebenso viele ohne Aufenthaltsgenehmigung gezählt (vgl. ebd.: 121f). 1993 wurden außerdem Arbeitsquoten (*sistema de cupos*) eingeführt, um Arbeitskräfte aus dem Ausland für in Spanien nicht-besetzbare Arbeitsstellen zu rekrutieren. Dies traf v.a. auf die Bauindustrie, den Agrar-, und *Care*-Sektor zu (zur Arbeitsmigration in den Bereich *Care* siehe Kapitel 3.2.2). Praktisch wurden die Arbeitsquoten aber zur Legalisierung des Aufenthalts von bereits in Spanien lebenden migrantischen ArbeiterInnen genutzt, die in diesen Branchen tätig waren (vgl. Laubenthal 2006: 124).

3.3.3 Einstellungen zu (Arbeits-)MigrantInnen in Spanien

Zum einen hat die Erfahrung vieler SpanierInnen mit migrantInnenfeindlicher Praxis und rassistischen Ausgrenzungen als frühere ArbeitsmigrantInnen in europäischen Ländern, zum anderen der ökonomische Beitrag von MigrantInnen zu einer geringen Feindlichkeit gegenüber MigrantInnen in Spanien beigetragen.

Über 75% der SpanierInnen sind der Meinung, dass MigrantInnen, die bereits in Spanien leben, legalisiert werden und mehr Rechte bekommen sollten. Solche, die regulär in Spanien sind, sollten nach Meinung der Befragten eine Arbeitslosenversicherung bekommen (94,8%) und ihre Familie nach Spanien holen dürfen (86,4%). 85,6% würden ihnen sogar die spanische Nationalität anbieten (Pérez Yruela/Desrues 2007). Insbesondere illegalisierte und daher stärker „ausbeutbare“ Arbeitskräfte, werden in Umfragen der spanischen Bevölkerung positiv bewertet. So schätzten 2007 19% der spanischen Bevölkerung an MigrantInnen, dass sie solche Arbeiten annehmen würden, die

SpanierInnen ablehnten (vgl. MEXEES 2008).

Allerdings basieren die Einstellungen, die MigrantInnen als "positiv" darstellen, häufig auf rassistischen Zuschreibungen, die sich nationalisierend verstärken. MigrantInnen werden je nach Herkunftsland und Geschlecht in „nützlich“ und „gefährlich“ eingeteilt. So spricht Palmira Maya in einem Interview (s.u.) davon, dass es auch im Bereich der *Care*-Arbeit mehr Sympathie gegenüber LateinamerikanerInnen gäbe, und beispielsweise marokkanische Frauen viel stärker diskriminiert werden (CCOO PM Nr. 2: 22). Dies hängt v.a. mit der Bewertung von Wirtschaftsleistung und Vorurteilen zur Kriminalität zusammen. Nicht nur aufgrund der häufig zweifelhaften Motive und zugrunde liegenden Einstellungen ist die Unterstützung gegenüber MigrantInnen ambivalent. Sie ist überdies abhängig vom ökonomischen Nutzen²²: In der Phase des Wirtschaftsaufschwungs 1991-1998 stieg der Anteil der nicht-rassistischen Befragten von 57% auf 71% (vgl. Fischer 2006: 270). „[Spanien] braucht und wünscht Einwanderung, möchte sie jedoch kontrollieren und je nach sozial- und arbeitspolitischer Nützlichkeit sowie ideologischen Zielsetzungen kontrollieren (vgl. Pedone 2003, 34ff)“ (Wagner 2010b: 131).

Negative Einstellungen gegenüber MigrantInnen nehmen seit etwa 10 Jahren zu. Auslöser war vor allem die Diskussion um die „Ley de Extranjería“. Umfragen zeigen die besonderen Zuschreibungen und Ängste von SpanierInnen: 62% sind der Meinung, dass es zu viele MigrantInnen in Spanien gibt (Pérez Yruela/Desrues 2007). Dabei sehen 42% einen Zusammenhang zwischen der Zunahme von Kriminalität und Migration (ebd.). Hauptbild ist der Diskurs um die „Flut von illegalen Einwanderern“ (Fischer 2006: 271). Dieser Diskurs wird verstärkt durch die Wahrnehmung einer starken Zunahme²³ von Migrantinnen, die v.a. darauf basiert, dass sich MigrantInnen auf die wenigen spanischen Großstädte konzentrieren. Dies begünstigt ein Bild

²² Der zunehmende Rassismus seit Beginn der Wirtschaftskrise kann als Indiz für den Zusammenhang zwischen konjunktureller Lage und der Einstellung gegenüber ArbeitsmigrantInnen gesehen werden.

²³ So hat Spanien zwar die höchste Einwanderungsquote in der EU, dass die Zahl der in Spanien lebenden ImmigrantInnen (7%) (vgl. Van Dijk 2005: 16) im Vergleich zu westlichen EU-Ländern sehr gering ist, wird jedoch kaum wahrgenommen.

von einem unkontrollierbaren Anstieg der Zuwanderung, welches durch das Gros der Medien verstärkt wird.²⁴

3.3.4 Liberale Migrationspolitik

Illegalisierte MigrantInnen haben in Spanien die europaweit einzigartige Möglichkeit, sich ohne Aufenthaltsgenehmigung in den *padrones municipales* einzuschreiben und damit grundlegende Rechte wie eine Gesundheitsversorgung und Grundbildung zu erhalten (vgl. Laubenthal 2006: 123f). Es gab außerdem zahlreiche Kampagnen zur Regularisierung²⁵ des Aufenthaltes von bereits in Spanien lebenden MigrantInnen. Diese fanden, meist im Zusammenhang mit Änderung des Ausländerrechts, in den Jahren 1985, 1991, 1994, 1996 und 2000 statt. Für die Genehmigung war je nach Gesetz die Dauer des Aufenthalts in Spanien oder der Besitz eines Arbeitsvertrags ausschlaggebend.²⁶ Das Migrationsgesetz (Ley Organica 7/1985) wurde 1996 so reformiert, dass die Rechte von MigrantInnen (u.a. Familiennachzug) verbessert wurden. Ab dem Jahr 2000 wurde die Migrationspolitik Spaniens in vielen Bereichen weiter reformiert. Es gab drei zusätzliche Regularisierungskampagnen und sechs Gesetzesänderungen, die sich v.a. auf die Arbeitsmigration bezogen. Legalisiert werden konnte der Status vieler MigrantInnen auch durch das oben beschriebene Verfahren *sistema de cupos* (vgl. Laubenthal 2006: 124).

Die ökonomische „Erwünschtheit“ der ArbeitsmigrantInnen, vor allem illegalisierter ArbeitsmigrantInnen, ist nach Laubenthal auch für die liberale Migrationspolitik verantwortlich: So sei die "Präsenz illegaler Einwanderer

²⁴Die Anzahl der Zeitungsartikel über Migration steigt potentiell, wobei zwei Drittel der Berichte negative Implikationen haben, nur ein Sechstel sind eher positiv (CIPIE Observatory of Immigration and Racism, zit. in Van Dijk 2005: 37). Sie berichten bevorzugt von den Ankünften per Boot. Nach Bericht der Menschenrechtskommission der UN 2004 berichten Medien über Immigration oft in Verbindung mit Kriminalität, dies hat sich nach den terroristischen Anschlägen in Madrid vom 11.03.2004 noch verstärkt (zit. in Fischer 2006: 276). Häufigstes Thema ist der illegaler Eintritt (25%) (ebd. und nach Iguarta et al. 2004 Zit. in Van Dijk 2005: 39).

²⁵Zur Analyse der Kämpfe um die Regularisierungen 1991 und 1994 ist die vergleichende Studie von Laubenthal (2006) zu empfehlen.

²⁶Die Regularisierung 1994 sollte der Familienzusammenführung dienen (vgl. Laubenthal 2006: 125f).

auch als ein Konflikt zwischen Staat und Markt zu verstehen [...] in dem ökonomische Erfordernisse über das staatliche Ziel der Migrationskontrolle dominieren" (ebd.: 230).

Vom Großteil der spanischen Bevölkerung ist somit eine prinzipielle Unterstützung zu erwarten. Zum einen aus den bereits genannten Gründen, hinzu kommt jedoch, dass vor allem als „niedrig qualifiziert“ charakterisierte ArbeitsmigrantInnen erwünscht sind. Sie besetzen einen Arbeitsbereich, der vergeschlechtlicht ist, einen niedrigen sozialen Status und extrem schlechte Arbeitsbedingungen bereithält. *Care*-Migrantinnen stellen somit keine Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt dar.²⁷ Außerdem erfahren *Care*-Migrantinnen tendenziell weniger feindliche Zuschreibungen. Sie werden jedoch ebenso inferiorisiert und als besonders gute Hausarbeiterinnen konstruiert. Aufgrund von eigenen Erfahrungen als ArbeitsmigrantInnen könnte es mehr Sensibilität für rassistische Ausgrenzungen von sozialen Rechten geben. Dies muss jedoch in Kapitel 7 untersucht werden.

4 Zwischenfazit

Der erarbeitete soziostrukturelle Kontext erlaubt es nun, *Care*-Arbeiterinnen in gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen zu positionieren und sich damit der Frage möglicher Interessendivergenzen zwischen beteiligten AkteurInnen anzunähern.

4.1 Neue Ungleichheiten zwischen Frauen

Die Entwicklung von *Care*-Arbeit in Spanien hängt eng zusammen mit dem Wandel von (Un-)Gleichheiten an den Achsen von Migration, Klasse und Geschlecht.

Care-Arbeit liegt auch in Spanien seit jeher in der Hand von Frauen. Dadurch, dass im Lohnarbeitsverhältnis *Care* fast ausschließlich Frauen arbeiten (vgl.

²⁷ Dies wandelt sich jedoch in der Krise, vgl. Kapitel 3.

Lutz 2007: 224), wird die geschlechtliche Arbeitsteilung reproduziert: „Die Umverteilung von Haus- und Versorgungsarbeit auf eine andere *Frau* ist genau aus diesem Grunde so weitgehend akzeptiert, weil sie in der Logik des *Doing-Gender* verbleibt, keinerlei Irritationen hervorruft, da mit dieser Lösung das gängige Identitätsmuster nicht zur Disposition gestellt wird" (ebd.: 224. HiO). Die Aufteilung von Hausarbeit muss außerdem nicht zwischen den Geschlechtern neu ausgehandelt werden.

Doch innerhalb der Gruppe von Frauen hat sich seit der Zunahme von Erwerbsarbeit von Spanierinnen einiges verändert. So ist der *Care*-Bereich der einzige, in dem mehr migrantische als spanische Arbeiterinnen beschäftigt sind (vgl. Parella Rubio 2009: 215). Hier zeigt sich also, was in Kapitel 2 schon theoretisch als intersektionale Verschränkung von Herrschaftsverhältnissen beschrieben wurde. Torns und Cáceres (2011) charakterisieren dies als "Polarisierung" zwischen den Frauen. Hier entstehen neue Ungleichheiten. Torns und Cáceres bezeichnen diese Entwicklung als "Transfer von Ungleichheiten nach den Kriterien von Klasse und Ethnizität innerhalb der Gruppe der Frauen [...], die bereits bestehende Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen verschärft" (ebd.).

Damit zeigt sich zum einen die gesellschaftliche Position, aber auch der Nutzen der *Care*-Migrantinnen in Spanien. So ermöglichen sie spanischen Frauen die Erwerbsarbeit in anerkannteren und besser entlohnten Arbeitsverhältnissen. Da diese spanischen Frauen im Großen und Ganzen einen gesellschaftlichen Aufstieg erfahren haben und *Care*-Arbeit noch immer hinsichtlich gesellschaftlichem Status und Arbeitsbedingungen unattraktiv ist, wird diese Arbeit auf Migrantinnen verlagert. Aufgrund des familialistischen Sozialsystems und der Persistenz von Geschlechternormen konnte nur so eine erhebliche Steigerung weiblicher Erwerbsarbeit realisiert werden.

Nach Lutz bedeutet dies für die spanische Frau „[a]uf der persönlichen Ebene [...] dass sie ihr 'Doing Gender' über ein 'Doing Ethnicity' abfedern kann.“ (Lutz 2007: 225).

4.2 Mögliche Interessengegensätze

In Kapitel 2 wurde gezeigt, wie die verschiedenen Verortungen in gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen Interessengegensätze produzieren können. So bauen die Privilegien der einen Gruppe auf der Subordination der anderen auf. Im vorliegenden Beispiel baut die Erwerbstätigkeit spanischer Frauen auf der Delegation von *Care*-Arbeit an Migrantinnen in miserablen Arbeitsverhältnissen auf. Daraus lassen sich einige Interessenkonflikte vermuten:

Erstens rentiert sich die Delegation von *Care*-Arbeit für spanische Frauen in Lohnarbeit ökonomisch nur, wenn die Löhne und Sozialbeiträge der *Care*-Arbeiterinnen unter den Löhnen der Arbeitgeberin liegen. Daraus könnte das Interesse von spanischen Frauen der Mittelschicht entstehen, die Kosten von *Care*-Arbeiterinnen, d.h. Löhne und Sozialabgaben, zu beschränken.

Die Analyse von Peterson (2007) zeigt das ambivalente Verhältnis von Frauen in Spanien zur Verbesserung von Rechten von *Care*-Migrantinnen auf. So würden Sozialabgaben und höhere Löhne die benötigte Haushaltshilfe teurer machen (ebd.: 273). Es steht zu vermuten, dass Frauengruppen gar einen Interessengegensatz sehen und versuchen bessere Arbeits-, Lebens- und Aufenthaltsbedingungen von Migrantinnen zu verhindern.

Zweitens kann die Delegation von Hausarbeit mit identitären Auf- und Abwertungen einhergehen. So werden insbesondere Migrantinnen im *Care*-Bereich andere Rollenbilder zugeschrieben. Der Bereich Haushalt wird durch die Umverteilung der Hausarbeit weiterhin durch die Kategorie Geschlecht, und außerdem entlang der Linien Migration und Klasse strukturiert. Das Ideal des Frauenleitbildes wird von der Weißen Mittelklassenfrau übernommen, während die migrantische Frau die Projektionsfläche für ihr Gegenteil wird. Dies beschreibt Anderson in ihren Studien, in denen Bedienstete dazu „benutzt“ werden, die Identität der „Hausherrin“ als ehrenhafte Frau aufzuwerten (ebd. 2006: 39).²⁸ Im Haushalt wird sich die Hausherrin somit als „Dame“ im

²⁸ Mit den verschiedenen Anforderungen gehe die Weiße Hausfrau - sowohl im Haus als auch im öffentlichen Leben aktiv zu sein und sogleich ihre typische Frauenrolle als auch

Kontrast zur „Hausputzerin“ produzieren.

Offensichtliche Unterschiede entstehen in der unterschiedlichen Aufteilung der beiden Frauen: Lohnarbeiterinnen, die *Care*-Arbeiterinnen einstellen, entledigen sich der körperlichen Hausarbeit, aber nicht unbedingt der emotionalen und moralischen "quality time" mit Kindern und pflegebedürftigen Verwandten (vgl. ebd.: 149). Damit dienen die Aufgaben auch der "Ausdrucks- und Reproduktionsform sozialer Beziehungen" (ebd.: 37). Auch durch die Zuweisung von Aufgaben, die als dienend oder schmutzig wahrgenommen werden, werden Differenzlinien gezogen (vgl. ebd.: 39ff). Anderson bezeichnet diese Gegensätze als "beide verwoben zu voneinander abhängigen weiblichen Stereotypen" (ebd.: 41). Hierarchisierende Differenzen werden hier vor allem durch Rassismen aufgebaut und Eigenschaften wie „Unreinheit“ und „Ehrlosigkeit“ auf die Arbeiterinnen projiziert (ebd.: 2006: 181, vgl. auch 211f).

Becker-Schmidt (1992) hat **drittens** auf Konflikte hingewiesen, die dadurch entstehen, dass der Arbeitsplatz der *Care*-Arbeiterin gleichzeitig der Privatort der Anstellenden ist. So wird das *Care*-Arbeitsverhältnis von den ArbeitgeberInnen oft zu einer privaten Beziehung umgedeutet. Dadurch werden auch Arbeitskonflikte zu privaten Konflikten umgedeutet und so die Missachtung von Arbeitsrechten legitimiert und die Durchsetzung von Arbeitsrechten sehr schwierig. Insbesondere in *live-in* Arbeitsverhältnissen ist es außerdem weit verbreitet Hausarbeiterinnen als "Teil der Familie" zu entpersonalisieren und ihre eigenen Interessen und familiären Beziehungen zu missachten (vgl. Anderson 2006: 150ff).

Wenn also die AkteurInnen von Gewerkschaften oder Frauenbewegungen die Interessen von *Care*-Arbeiterinnen im institutionellen Gefüge Spaniens

eine emanzipierte Rolle auszuführen (ebd. 2006: 39) - mit einer psychischen Abspaltung um. Nach Knapp lässt sich dies bezüglich "Frauenarbeit" in „kulturelle Eigenschaftsverteilungen und damit Klassifikationsangebote differenzieren, die binär organisiert sind: Heilige/Hure; Engel/Xantippe; naiv/berechnend; rein/unrein [...]“ (Knapp 1995: 178). Sie benennt ihre zwei Funktionen als (1.) Stützung des „normative[n] Ideal des Weiblichen als Legitimationsgrundlage männlicher Dominanz, indem ein davon abweichendes, „anderes“ konstruiert und als negativ konnotiert wird“ und (2.) erlaubt es die Stützung der „Normalitätsvorstellung“, vorfindliche Abweichungen vom normativen Weiblichkeitsideal zur Kenntnis zu nehmen, sie aber zugleich im Rahmen des binären Schemas als Negation des Ideals differenzverstärkend zu vereinnahmen.“ (Knapp 1995: ebd).

repräsentieren, muss auch immer deren gesellschaftliche Stellung mit beachtet werden, da sie nicht der von *Care*-Arbeiterinnen gleicht. So entsprechen die Verstrickungen der SprecherInnen der untersuchten Frauen- und Gewerkschaftsbewegungen in die in Kapitel 2.2. beschriebenen Herrschaftsverhältnisse nicht denen der migrantischen *Care*-Arbeiterinnen, die sie politisch repräsentieren.

	Migrantische <i>Care</i>-Arbeiterinnen	Spanische ArbeiterInnen
Ungleichheitsstruktur		
Bürgerrechtlicher Status	Häufig ohne Arbeitserlaubnis und deshalb keine Möglichkeit Arbeitsrechte wahrzunehmen; besonders abhängig durch Illegalisierung; deshalb auch oft als "interna"	Durch allgemeine Bürgerrechte geschützt; weniger Einschränkungen
Arbeit	Vergeschlechtlichte, wenig anerkannte Arbeit; geringfügige Rechte	Unterschiedlich, Arbeit eher wählbar
Interessenkonstellationen zwischen <i>Care</i>-Arbeiterin und Arbeitgeberin		
Interesse und Wahrnehmung der Beziehung	Arbeitsbeziehung, Arbeitsrechte, ökonomische Sicherheit	Private/familiäre Beziehung, vertrauensbasiert
Interessen an Arbeitsort und Arbeitsrechten	Wie alle anderen („regulären“) Arbeitsverhältnisse; Arbeitsraum, in dem Bedingungen kontrolliert werden müssen	Wesentlich niedriger als eigener Lohn, sollte auf Vertrauen aufbauen, Schutz der Familie/ Privatraum

5 Einbettung der Frauen- und Arbeiter(Innen)-Bewegungen

Die Interessen und Solidarisierungspotentiale, sowohl von Frauen und ArbeiterInnen als auch von Frauenbewegungen und Gewerkschaften, sind eingebettet in ihre Geschichte, aber auch in die spezifische Konstellation der Herrschaftsverhältnisse. Es stellt sich die Frage, was sich von den spanischen Gewerkschaften und Frauenbewegungen in Bezug auf Solidarisierungs- und Konfliktpotentiale erwarten lässt. Dabei sind sowohl die Entstehungsbedingungen, als auch die konkreten Konstellationen prägend. Diese sind zum anderen eingebettet in die konkreten soziostrukturellen Bedingungen. Wie sich Migrations- und Geschlechterverhältnisse und die ökonomische Situation in Spanien verändert haben, und in welchen Kontexten *Care*-Migration steht, ist ebenso prägend für die Interessen und Positionen der sozialen Bewegungen.

Die Forschungslage liefert nach meiner Recherche leider keine Antworten auf die Frage des Verhältnisses von *Care*-Arbeit zu den Frauen- und Gewerkschaftsbewegungen (vgl. Interviews), und nur wenig zu seinen näheren Aspekten. Um sich dieser Frage anzunähern, wird im Folgenden deshalb untersucht, welche Hinweise die geschichtlichen und ideologischen Entwicklungen dazu geben können.

5.1 Soziale Bewegungen und Politische Partizipation in Spanien

Das Verhältnis von staatlicher Politik und sozialen und politischen Bewegungen ist in Spanien sehr relevant für die politische Artikulation und Aktivität der sozialen Bewegungen. Allerdings muss an dieser Stelle die Darstellung der politischen Kultur einer komplexen Gesellschaft sehr vereinfacht erfolgen. Für das politische Handeln von Gewerkschaften und Frauenbewegungen sind vor allem drei Tendenzen zu erläutern.

Erstens bringt das Erbe des Franquismus eine Dominanz technokratischer Eliten und kooperatistischer Politik hervor. Die Diktatur unter Francisco Franco ist noch nicht einmal vierzig Jahre beendet und hat noch enorme Auswirkungen auf die spanische Gesellschaft. Vor allem, weil der Übergang von einem

autoritären zu einem parlamentarisch-demokratischen Staat ohne kulturellen und personellen Bruch erfolgte. So waren an diesem „Umbruch“, der *transición*, maßgebend franquistische Eliten aus konservativen Kräften wie der katholischen Kirche, dem Finanzsektor und dem Militär beteiligt. Statt einem Neubeginn wurde beschlossen, sich nicht mit dem Franquismus und seinen Verbrechen auseinanderzusetzen²⁹. So lebt ein "latenter Franquismus" (Izquierdo/Sánchez Leon zit. in: Laubenthal 2006: 118) auch in den politischen Mechanismen und im Bezug zu sozialen Bewegungen fort.

Für Gewerkschaften und Frauenbewegungen hatte das auf verschiedenen Ebenen Folgen, die weiter unten ausgeführt werden. So wurden im Franquismus praktisch alle unabhängigen Institutionen und Organisationen zerstört. Alle bestehenden Gewerkschaften wurden zerschlagen und stattdessen mit dem *sindicato vertical* eine franquistische Organisation für die Stellvertretung aller Erwerbstätigen geschaffen. Dieses hierarchisch strukturierte Organ wurde in die staatlichen Verhandlung über die wichtigen Themen mit einbezogen. So wurde mit allen relevanten gesellschaftlichen Gruppen verfahren.

Dieses Phänomen besteht heute in den meist staatlich geschaffenen und staatlich finanzierten Institutionen weiter. Nicht-Regierungs-Organisationen bezeichnet Laubenthal deshalb als „Satellitenorganisationen“ des spanischen Staates (vgl. ebd.: 117f). Dies hat zur Folge, dass die Regierung wenig kritisch hinterfragt wird, sondern dass die NGOs um die Gunst der Regierung, von der sie finanziell abhängen, konkurrieren (vertiefend hier³⁰). Heywood

²⁹ Erst 2007 beschloss der *Congreso* die Aufarbeitung der franquistischen Verbrechen auf Initiative der PSOE und mit Enthaltung der konservativen Partido Popular (PP), die Ehrenstatue Francos in Madrid wurde vor 6 Jahren entfernt. Und auch das mit Protesten seitens der PP. Diese hatte auch jahrelang die „Fundación Nacional Francisco Franco“ gefördert, die sich zum Ziel gesetzt hat die Ehre des Diktators zu verteidigen. Das letzte Denkmal in Spanien wurde Ende 2008 entfernt, noch immer kann eines in der spanischen Exklave Melilla betrachtet werden. (vgl. Panorama, Montag, 29. Juni 2009, <http://www.n-tv.de/panorama/Franco-kein-Ehrenbuerger-mehr-article388007.html>).

³⁰ Martín Perez, A. 2003 *Asociaciones de inmigrantes: entre la reivindicación de derechos y la prestación de servicios*. Trabajo ganador del 1º premio de la 4º edición del Premio Padre Rubio para Avances en el Conocimiento de la Inmigración, Instituto de Estudios sobre Migraciones, Universidad Pontificia Comillas de Madrid: Madrid.); Navarro, Rafael López Pintor: El estado de la opinión pública española y la transición a la democracia. In: Reis: Revista española de investigaciones sociológicas, ISSN 0210-5233, Nº 13, 1981, págs. 7-48. http://www.reis.cis.es/REISWeb/PDF/REIS_013_03.pdf, Ángel

charakterisiert die politische Kultur in Spanien "Constitutionally-protected executive dominance, combined with strong clientelist relations within political parties and low levels of associational membership, has facilitated the continued primacy of the state in the policy process" (Heywood 1999: 103, zit. in Laubenthal 2006: 117). Subsirats führt das ebenso auf die Unterdrückung von demokratischer Partizipation und der Etablierung von autoritärem Gehorsam im Franquismus zurück (vgl. ebd.: 1999: 25). So hat der Franquismus jede demokratische Kultur unterdrückt. Gallo argumentiert hingegen, dass dies historisch noch weiter zurückgeht. Spanien sei politisch schon jeher hauptsächlich von katholisch-konservativen und militärischen Eliten und unpolitischen Technokraten geführt worden (vertiefend hier³¹).

Statt einem kritischen Umgang mit den bestehenden Strukturen ist somit regierungsfreundliche Politik von Frauenbewegungen und Gewerkschaften zu erwarten. In den Verbänden, Parteien und NGOs arbeiten statt politischen AktivistInnen vor allem Angehörige der Eliten. Für die vorliegende Untersuchung sind hier v.a. die Gruppe „Mujeres Progresistas“, als eine der größten und von der sozialdemokratischen Partei PSOE gegründeten Frauenorganisationen, und die großen Gewerkschaften Comisiones Obreras (CCOO) und Unión General de Trabajadores (UGT) zu nennen.

Zweitens gab es zwar in Zeiten des BürgerInnenkrieges und die Jahre zuvor sehr politisierte Bewegungen, und auch kurz nach dem Franquismus sind kritische Stimmen noch einmal kurz aufgelebt, allerdings hat sich das spätestens 1977 verändert. In diesem Jahr wurde der *Pakt von Moncloa* von postfranquistischen bis moderat linken AkteurInnen unterzeichnet. Er sollte

Calle Collado; Manuel Jiménez Sánchez : transiciones en movimiento: La cultura de protesta en España y el ciclo de movilización,
http://www.caritasalamanca.org/uploads/media/F_1838_Cultura_de_protesta_y_movilizacion_global.pdf global., Movimientos sociales y Estado en la España contemporánea, von Manuel Ortiz Heras, David Ruiz, Isidro Sánchez Sánchez,
http://books.google.de/books?hl=de&lr=&id=VnI3hKmzEp0C&oi=fnd&pg=PA380&dq=espana+transición+independencia+%22movimientos+sociales%22&ots=yOOq4Opt2F&sig=PvHWXBHPwV1mDw8n_8qdXJK2dY#v=onepage&q&f=false, El impacto político de los movimientos sociales: un estudio de la protesta . von Manuel Jiménez Sánchez,
http://books.google.de/books?hl=de&lr=&id=Lcih9_1rghoC&oi=fnd&pg=PR11&dq=espana+transición+independencia+%22movimientos+sociales%22&ots=6l71xAZOW4&sig=2vH11-s4kqk2_6585eFilSezH18#v=onepage&q&f=false

³¹ S. 266 in: Jesus Izquierdo Martin und Pablo Sanchez Leon: Bürgerbeteiligung, Zivilgesellschaft: Soziale Bewegungen in Spanien (1975-2000) (265-284); in: Seidel u.a.

den politischen Frieden garantieren. Dazu „marginalisierte [...] [der Pakt, sozialistische und anarchistische Gruppen der Demokratiebewegung“ (Köhler 2004: 399). Köhler bezeichnet ihn als „politischen Pakt“, um soziale Konflikte zu verhindern. Demokratische und linke Kräfte unterzeichneten diesen Pakt, da sie durch die Erfahrungen aus BürgerInnenkrieg und Franquismus heraus vor allem eine stabile und friedliche Ordnung schaffen wollten (vgl. Nohlen 2005: 255).

In Folge dessen haben sich kritische AkteurInnen zugunsten der Stabilität von einem konfliktorientierten Politikstil entfernt. Damit deuten sich Schwierigkeiten für Gewerkschaften und Frauenbewegungen an, sich kritisch mit Ungleichheiten auseinanderzusetzen. Dies wird noch heute in den politischen Prozessen deutlich und durch die genannte staatliche Nähe von NGOs und Gewerkschaften verstärkt.

Drittens sind kritische, unabhängige Bewegungen desillusioniert und zusätzlich sehr zersplittert (vertiefend³²). Zum einen hat die staatliche Repression im Franquismus gegen demokratische und linke Bewegungen diese enorm geschwächt. Zum anderen setzten linke Kräfte nach jahrelangem Aktivismus im Untergrund nach dem Ende des Franquismus sehr hohe Erwartungen in die Demokratie. Ihre Hoffnung auf „sehr soziale und partizipative Demokratie, auf einen radikalen Bruch mit den diktatorischen Institutionen und Eliten und ein rundum besseres Leben nach Franco“ (Köhler 2004: 398), wurde jedoch enttäuscht. Dieses als „Entzauberung“ (*desencanto*) bekannte Phänomen demobilisierte und entpolitisierte breite Teile der demokratisch orientierten und politisch linken Bevölkerung (vgl. Köhler 2004: 398). Dass die kritische, politische Öffentlichkeit deshalb personell sehr schwach ist, deutet darauf hin, dass auch eine Politisierung der schlechten Arbeitsbedingungen von *Care*-Arbeiterinnen nur schwache gesellschaftliche Unterstützung finden könnte.

Die Ausgangslage für kritische und starke, aktive Frauenbewegungen und

³² S. 237 Sebastian Rinken, “ONGs y sociedad civil en el proceso de integración social de los inmigrantes”. L. Serra Salomón (coord.), *II Seminario sobre la investigación de la inmigración extranjera en Andalucía*. Junta de Andalucía, Sevilla: 235-249 (2002).

Gewerkschaften ist somit schwierig. Die institutionellen Anbindungen verhindern eine kritische Auseinandersetzung. Und die Depolitisierung und Zerschlagung der Strukturen politischer Bewegungen lassen eine starke Partizipation unwahrscheinlicher werden. Welche konkreten Auswirkungen das auf diese Bewegungen hat, soll nun untersucht werden.

5.2 Frauenbewegung in Spanien³³

Neben den Auswirkungen des Franquismus auf die Frauenbewegungen in Spanien, haben auch die historischen Wurzeln Auswirkungen auf die Entwicklung und heutige Konstitution der Frauenbewegungen in Spanien. Inwiefern sich dies auf die Positionierung im Konflikt um *Care*-Arbeit in Spanien auswirken könnte wird im Anschluss daran untersucht.

5.2.1 Entwicklung und heutiger Charakter der Frauenbewegung in Spanien

Die Frauenbewegung in Spanien gilt als sehr schwach, da sie sich erst spät als soziale Bewegung entwickelte (vgl. de Sotelo 2006: 2). Die geschlechtliche Teilung der Gesellschaft wurde in Spanien sehr lange nur durch Einzelkämpferinnen thematisiert, die sich außerdem oftmals auf Teilbereiche (v.a. Bildung und Berufswahl) beschränkten. Einzelne (weibliche) Eliten griffen meist durch Zeitschriftenartikel (vgl. Bianchi 2003: 32f), v.a. zu den Themen Bildung und Berufswahl, in den gesellschaftlichen Diskurs ein.

Diese schwache gesellschaftliche Verankerung hat sich bis heute erhalten. Cantó Milà nennt dafür vier Gründe: a) späte Industrialisierung, wodurch weibliche Arbeitskräfte ökonomisch erst spät notwendig wurden, b) die Kirche als starke Institution wirkte aktiv gegen aufklärerische Ideen, c) Hauptträgerin von aufklärerischen Forderungen war v.a. die Mittelschicht, die allerdings schwach ausgeprägt war, d) das franquistische Leitbild des männlichen Autoritarismus und die starke Kirche mit einem konservativen Familien- und

³³Aufgrund der Literaturlage fällt dieses Kapitel knapper aus als das der Gewerkschaften.

Frauenbild³⁴ (vgl. 2003: 125f).

Als erste spanische Frauengruppe kann man die 1868 gegründete “Ateneo de Señoras” (vgl. de Sotelo 2006: 2) nennen. Ihr Ziel war es, die Stärke von Frauen zu betonen, die sie v.a. in dem angeblichen Talent für emotionale und pädagogische Aufgaben sahen. Als katholischer Verein nahm sie jedoch eher wohlfahrtsstaatliche Aufgaben wahr als dass sie politisierte. In den folgenden Jahren gab es ähnliche, sozial orientierte, meist katholische Gruppen (vgl. de Sotelo 2006: 2f).

Als im eigentlichen Sinne feministische Bewegung kann man aber erst das 1919 gegründete feministische, katholisch orientierte Netzwerk „Asociación Nacional de Mujeres Españolas“ (ANME) bezeichnen. Zwar tasteten sie nicht die traditionell weiblichen Rollenmuster an, allerdings waren sie die „[...] first society to call for the political equality of women in civic, penal and economic issues“ (vgl. de Sotelo 2006: 2f). Forderungen bezogen sich vor allem auf mehr Bildung, sowie mehr Schutz und Rechte in der Ehe. Erst 1924 wurde die Forderung nach Wahlrecht aufgestellt (vgl. Bianchi 2003: 33)³⁵, das 1931 zusammen mit vielen weiteren Verbesserungen, wie beispielsweise der rechtlichen Gleichheit, Gleichheit der EhepartnerInnen und dem Scheidungsgesetz eingeführt wurde (vgl. Cantó Milà 2003:125f).

5.2.2 Anfänge breiterer Frauenbewegungen

Die ersten Ansätze von Frauenbewegungen entwickelten sich im Kontext des Widerstands gegen den Franquismus. Die erste allgemeine Versammlung der Frauenorganisationen fand 1965 in Barcelona statt. Tragend waren Frauen in der kommunistischen Bewegung im Untergrund, v.a. in Katalonien, im Baskenland, Galizien, Madrid, Zaragoza und Valencia. Diese Versammlung war

³⁴ Infolge dessen bewertet Cantó Milà auch die genannten rechtlichen Verbesserungen von 1931 nicht als Resultat der Frauenbewegung sondern als Ergebnis von allgemeinen Demokratisierungsbestrebungen der 2. Republik (vgl. 2003: 125f).

³⁵ Durch die Erfahrungen mit der „Monarchie (1875-1923)“ und „der Diktatur (1923-1930)“, in denen das Wahlrecht keine Mitbestimmung bedeutete, war dieses - im Gegensatz zu anderen Ländern wie den USA und Frankreich - wenig erstrebenswert. Dies hatte nach Bianchi zur Folge, dass die spanische Frauenbewegung eher sozial als politisch orientiert gewesen sei (ebd.: 32).

die Grundlage des "Movimiento Democrático de Mujeres", welche als "erste koordinierte, spezifisch feministische Frauenassoziation, die sich auch selbst als Frauenbewegung verstand" (Cantó Milà 2003: 129f) bewertet werden kann. Die Frauenbewegungen waren aber meist Teil anderer antifranquistischer Bewegungen, wie der anarchistischen, sozialistischen/sozialdemokratischen, kommunistischen oder sozial-katholischen Bewegungen (vgl. Ramos 2005: 538f). Das hat zum einen zur Folge, dass die Frage der politischen und ökonomischen Organisation der Gesellschaft immer mitgedacht wurde. Auch in den anarchistischen Bewegungen wurde in Spanien eine klassenlose, rätekommunistische Gesellschaft als Ziel deklariert. Die Frage der Klasse war somit in den Frauenbewegungen, die sich im Widerstand gegen den Franquismus gegründet hatten, sehr präsent – wenn nicht gar dominant. Die Entstehung der Frauen- im Umfeld der ArbeiterInnenbewegung könnte Ursache dieser Dominanz sein, und Grund dafür, dass sie sich somit besonders mit Arbeitsverhältnissen beschäftigen. Damit sind allerdings weder ein Bewusstsein für geschlechtsspezifische Diskriminierung noch Normen von Geschlechtergleichheit im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert.

Mit der Priorität der politischen Frage ging eine zweite Konsequenz einher. Sie war so präsent, dass sie Fragen des Feminismus in den Hintergrund drängte. So verstanden sich die Frauenbewegungen primär als antifranquistische Gruppen und sekundär als FeministInnen. Der Begriff der "totalen Revolution" bezeichnet die in dieser Situation hegemoniale Forderung der Frauenbewegungen, mit einer anderen politischen Gesellschaft auch die Geschlechterverhältnisse zu verändern (vgl. Cantó Milà 2003: 127). Dadurch wurden jedoch explizit feministische Themen und Forderungen stark in den Hintergrund gedrängt. So waren politische Differenzen viel präsenter als gemeinsame Forderungen. Die sehr unterschiedlichen Frauenbilder in unterschiedlichen politischen Strömungen und die Feindseligkeit gegen Feminismus auch seitens der Sozialisten bestimmte das Verhältnis der verschiedenen Frauengruppen.

Wenn man die Ergebnisse von Kapitel 5.1 für die gesellschaftliche Verankerung ernst nimmt, sticht vor allem ein Aspekt hervor: Die

postfranquistische Tendenz der Institutionalisierung sozialer Bewegungen war in den Frauenbewegungen besonders dominant. Das "Movimiento Democrático de Mujeres" veranstaltete 1975 die erste gesamtspanische Tagung, von der aus sich die Bewegungen ausweiteten (vgl. Cantó Milà 2003: 131ff). Nach de Sotelo war dabei die Unterstützung der UN sehr wichtig (vgl. Sotelo 2006: 2f). Bei den ersten demokratischen Wahlen 1977 wurden in allen Wahlprogrammen auch rechtliche Verbesserungen für Frauen proklamiert, die dann in die Verfassung Eingang fanden. Zwischen 1975 und 1979 gründeten insbesondere die linken Parteien frauenpolitische Gruppen (vgl. Ramos 2005: 543ff). Insbesondere nach Regierungsantritt der PSOE 1982 wurden unzählige staatliche Institute für Frauen gegründet. Die spanische Frauenbewegung wird dementsprechend als "Staatsfeminismus oder Femokratie" (Bustelo, zit. in: Cantó Milà 2003: 134) bezeichnet.³⁶

Nach Cantó Milà haben diese Institutionalisierungen einen großen Beitrag zur Entpolitisierung der Frauenbewegungen geleistet. Statt feministische Forderungen in den gesellschaftlichen Neuaufbau der *transición* zu integrieren, sollten „[...] Frauenbewegungen in die jeweiligen Parteien integrier[t] [werden]. Auf diese Weise wurde, gewollt oder ungewollt, der Versuch unternommen, die Frauenbewegungen gewissermaßen zu domestizieren" (Cantó Milà 2003: 133).

Mit dieser Kritik spaltete sich eine unabhängige Linie der Frauenbewegung ab (vgl. de Sotelo 2006: 5). Diese identifiziert sich eher mit Begriffen von „Feminismus“. Die Organisation in diesem Spektrum ist allerdings relativ schwach. Sie ist eher durch ihre Heterogenität und geringe Zusammenarbeit gekennzeichnet (vgl. Cantó Milà 2003). Damit fehlt es an einer politischen Kraft, die konkrete Forderungen stellt und die Politik zur Umsetzung zwingt (vgl. Ramos 2005: 546ff, vertiefend³⁷). Die als "Femokratie" bezeichnete

³⁶ Zur wichtigen Rolle der EU zur Implementierung von Gleichstellunormen siehe Celia Valiente: Pushing for Equality Reforms: The European Union and Gender Discourse in Post-Authoritarian Spain. In: Liebert, Ulrike (ed.) Gendering Europeanisation. Bruxelles, Bern, Berlin, Frankfurt/M., New York, Oxford, Wien, 2003. 304ff.

³⁷ Celia Valiente, z.B. The feminist movement and the reconfigured state in Spain (1970s-2000) Womens movements facing the reconfigured state (2003)., Threlfall, Monica: The women's movement in Spain. In: New Left review 151 (May 1985): 44-73., <http://www.scielo.org.ar/pdf/aljaba/v9/v9a02.pdf>

Dominanz staatlicher bzw. parteipolitisch gegründeter und finanzierter Frauenorganisationen gegenüber schwachen Frauenbewegungen hat zur Folge, dass eine feministische Kritik an politischen Institutionen nur schwach ausgeprägt ist. Unabhängige Frauenbewegungen sind in den Kämpfen um *Care*-Arbeit vermutlich weniger sichtbar und können politisch nur sehr begrenzt eingreifen.

Heute sind die institutionalisierten Frauenbewegungen zum einen öffentlich sichtbar und finanziell gut ausgestattet. Die wichtigste Rolle spielt das staatliche Institut der Frau (*Instituto de la mujer*), das zuerst dem Kultus-, und heute dem Arbeits- und Sozialministerium untergeordnet ist (vgl. Kreis 2004: 478). Inhaltlich beschäftigt es sich vor allem mit der Umsetzung "der EU-Rahmenstrategie für Gleichberechtigung" (Nohlen/Hildenbrand 2005: 350), wobei es viel mit nationalen und internationalen Gremien zusammenarbeitet. Den politischen Einfluss schätzt Cantó Milà als gering ein (Cantó Milà 2003: 133). Das Institut hat stattdessen beratende Funktionen und beschäftigt sich vor allem mit Fragen von institutioneller Gleichberechtigung (vor allem Quotierung der Besetzung von Ämtern) und der Gewalt gegen Frauen, steht Frauen beratend zur Seite und erstellt entsprechende Analysen.³⁸

Die größte frauenpolitische Gruppe im Bereich Migration ist "Mujeres progresistas". Sie ist sowohl bei den Plattformen und Foren als auch bei den Demonstrationen zum Thema *Care*-Arbeit aufgetreten. Als Ziele benennt sie die Gleichheit, Freiheit und Entwicklung aller Frauen in allen Bereichen. Dieses "aller" betont sie dabei stark und nennt einen der Hauptbereiche ihrer Arbeit die Einforderung von Rechten für migrantische Frauen. Sie nennt sich

Jenson, Jane y Celia Valiente Fernández. 1999. "El movimiento a favor de la igualdad de género en Francia y España", en *Revista Española de Ciencia Política y de la Administración*, 1, 1: pp. 79-110.

Threlfall, Monica: The women's movement in Spain. In: *New Left review* 151 (May 1985): 44-73.

http://www.caritalamanca.org/uploads/media/F_1838_Cultura_de_protesta_y_movilizaci_on_global.pdf

³⁸ Für ausführlichere Informationen siehe Threlfall, Monica: State feminism or party feminism? Feminist politics and the Spanish Institute of Women. In: *European journal of women's studies* 5. 1 (Feb 1998): 69-93; Valiente, Celia: Are Gender Equality Institutions the Policy Allies of the Feminist Movement?; zu Staatsfeminismus: Stetson/Mazur: *Comperative State Feminism und zur Abhängigkeit von Parteien etc*: Roth, Silke (2003): *Building Movement Bridges. The Coaltion of Labour Union Women*. Westport. CT.

eine organisierte Bewegung, die sich 1986 in Madrid gegründet habe³⁹), ist aber die Frauenorganisation der PSOE (vgl. Interview FF, SEDOAC, und Amaia Orozco). In der Praxis bietet sie Hilfestellungen in den Bereichen Aufenthaltserlaubnis, Arbeitssuche und Weiterbildung, psychische Betreuung, Integration im *barrio* und politische Organisierung an. Im Bereich der Arbeitssuche hat sie Angebote zu Bewerbungstraining und Hilfe bei der Jobsuche, aber ebenso zur Vermittlung von Rechten und Pflichten im Arbeitsbereich. Ebenfalls bietet sie für den Bereich *Care* Schulungen an und macht Informationspolitik. (alles vgl. Guía 2009).

Mit diesen Überlegungen sollen Frauenbewegungen in Kapitel 7.1 auf die Thematisierung und Praxis gegenüber *Care*-Arbeiterinnen untersucht werden.

5.3 ArbeiterInnenbewegung in Spanien

Auch die Gewerkschaften müssen in den gesellschaftlichen Kontext eingeordnet werden, um ihre heutige Konstitution und Praxis in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse von *Care*-Arbeiterinnen einschätzen zu können. Dazu gehe ich im ersten Teil dieses Abschnitts der Frage nach, wie die heutigen Gewerkschaften in Spanien entstanden sind und welche Entwicklung sie vollzogen haben. Mit diesem Hintergrund kann ich dann untersuchen, in welchem Verhältnis die verschiedenen Gewerkschaften zu staatlichen Institutionen stehen, wen sie vertreten und welche Wege sie nutzen, um welche Interessen zu vertreten. Auch der Umgang der verschiedenen Gewerkschaften mit weiblicher Arbeit, Geschlechterverhältnissen im Allgemeinen und mit migrantischer Arbeit haben in der spezifischen Geschichte der Bewegungen ihre Wurzeln.

Diese Untersuchungen sollen dann in Thesen zur gewerkschaftlichen Positionierung im Konflikt mit *Care*-Arbeit interpretiert werden.

5.3.1 Geschichte der ArbeiterInnenbewegung in Spanien

³⁹ Vgl. <http://www.rieoei.org/oeivirt/rie06a07.htm>.

Nach López Casero (2004) ist die spanische Gesellschaft eine, die „von der zweiten Hälfte bis zum Bürgerkrieg alle drei Phasen einer echten Klassengesellschaft im Sinne von Marx erlebt hat: „latenter Klassengegensatz, manifeste Klassengesellschaft und organisierter Klassenkonflikt“ (ebd. 2004: 332).⁴⁰ Dem entsprechend kann die spanische ArbeiterInnenbewegung auf eine sehr aktive Tradition zurückgreifen.⁴¹

Allerdings kennzeichneten Spaltungen schon früh die ArbeiterInnenbewegungen. Noch heute ist die spanische Gewerkschaftsbewegung durch einen regionalen und ideologischen „gewerkschaftlichen Dualismus“ (Bernecker 2006: 374) gekennzeichnet.

Eine, noch heute zentrale, gewerkschaftliche Bewegung steht in einer sozialistischen Tradition. Insbesondere in den Regionen „Madrid, den Bergwerkszonen und der Schwerindustrie (Baskenland, Asturien)“ (ebd.: 374) dominierte die sozialistische ArbeiterInnenbewegung. Sie gründete 1879 die "Arbeiterpartei", die 1888 in *Partido Socialista Obrero Español* [PSOE] umbenannt wurde und die heutige große sozialdemokratische Partei darstellt. Als ihre Gewerkschaft gründeten sie 1888 die „gemäßigt reformistische“ *Unión General de Trabajadores*, UGT, die allerdings erst im 20. Jahrhundert eine gesellschaftliche Kraft wurde (vgl. ebd. 2006: 373).

Die andere, ehemals zentrale, Strömung ist die anarchosyndikalistische ArbeiterInnenbewegung, die in Spanien eine der stärksten weltweit ist (vgl. Köhler 2004: 397). Seit ihrer Gründung 1870 bis zum Ende des BürgerInnenkriegs war sie eine starke und stabile gesellschaftliche Kraft. Ein Teil der Bewegung ist, trotz des starken Verlustes an Einfluss (vgl.: Bernecker 2006: 372ff), in Form der CGT heute noch die spanienweit drittstärkste Gewerkschaft.

Gegründet wurde die „revolutionär-syndikalistische Confederación Nacional

⁴⁰Die Klassengegensätze bezeichnet er auch als den „Hauptauslöser des Bürgerkriegs“, dessen AkteurInnen das „Landproletariat“, die „Großgrundbesitzer“ und die „Arbeiterklassen der katalanischen Industrie und ihre Arbeitgeber“ waren (ebd.: 332).

⁴¹Schon 1821 gab es die ersten Aufstände von tausenden Arbeitern, die Maschinen in Textilbetrieben zerstörten (vgl. Bernecker 2006: 325f). 1840 wurde die erste Gewerkschaft von WeberInnen gegründet, die zwei Jahre später 50.000 Mitglieder hatte. In den folgenden Jahren entwickelte sich „immer deutlicher ein Arbeiterbewußtsein“ (vgl. Bernecker 2006: 326).

del Trabajo (CNT)“ (ebd. 2006: 373) 1910. Allerdings war sie schon von Beginn an innerlich gespalten in „soziale (Landarbeiter-Industriearbeiter) und regionale (Andalusien-Katalonien)“ (ebd. 2006: 372) Differenzen. Daraus entwickelten sich unterschiedliche ideologische Strömungen und Einschätzungen der politischen Situation und Strategien. So vertrat die eine Linie die Forderung der Zuspitzung des Klassenkampfes und der Zerstörung des Staates („Dogmatismus der extremistischen Fraktion“), die andere kooperierte zeitweise mit der UGT („Pragmatismus einer gemäßigten Linie“) (ebd. 2006: 375). Dies führte in der zweiten Republik 1931 zur ersten Spaltung der CNT, dabei verließen eine rein syndikalistische Strömung und kooperative Einzelsyndikate die anarchosyndikalistische Gewerkschaft.

Während die CNT während der Diktatur von Miguel Primo de Rivera im Untergrund weiterarbeitete, kooperierte die UGT mit der Einschätzung, dass die „Diktatur die einzige Lösung darstelle, um den sozialen Spannungen der vorhergehenden Epochen ein Ende zu bereiten [...]“ (ebd. 2006: 375). Auch dem Diktator schwebte eine „Interessenharmonie zwischen Arbeit und Kapital vor“ (ebd.). Und tatsächlich: er ernannte den UGT-Chef Largo Caballero zum arbeitspolitischen Staatsrat und die sozialen Auseinandersetzungen nahmen stark ab. Erst 1930, ein Jahr vor Zusammenbruch des Regimes, begannen sie gegen den Diktator zu arbeiten (vgl. ebd. 2006: 375f).

Daran verdeutlicht sich die kooperative Strategie der UGT, die heute noch bemerkbar ist.

Im Franquismus litten die Gewerkschaften unter massiver Repression. Noch im BürgerInnenkrieg 1936 wurden alle bestehenden Gewerkschaften verboten, spätestens im Franquismus wurden sie zerschlagen. An ihrer Stelle wurden alle ArbeiterInnen gezwungen, den autoritär strukturierten, von der Falange geführten, Staatssyndikaten beizutreten (vgl. ebd. 2006: 377f).

Im Untergrund wurden von den Arbeiterkommissionen, den *Comisiones Obreras*, zahlreiche (illegale) Arbeitskämpfe organisiert. Sie waren ein unabhängiger Zusammenschluss der beteiligten ArbeiterInnen, daher sehr basisnah und politisch offen. Dominiert wurden sie jedoch durch kommunistische und sozial-katholische Strömungen. Diese *Comisiones*

Obreras (CCOO) bildeten den Anfang der gleichnamigen Gewerkschaft. Sie entwickelten sich zu einer landesweiten Organisationsform und begannen sich bald auf Branchenebene zu organisieren. Nach der Politisierung ihrer Forderungen wurden sie 1967 verboten, blieben jedoch im Untergrund sehr aktiv (vgl. ebd. 2006: 379).

Auch die CNT versuchte im Untergrund aktiv gegen den Franquismus zu kämpfen und war maßgeblich an den Guerillakämpfen beteiligt. Durch die Schwächen dieser Strategie, die Zerschlagung ihrer Strukturen und innerer Spaltungen war die anarchosyndikalistische Bewegung jedoch spätestens 1960 am Ende (vgl. ebd. 2006: 380f).

Die Rolle der UGT (zusammen mit der PSOE) im antifranquistischen Widerstand war gering, wodurch sie zunehmend den Kontakt mit ihrer Basis verloren.

5.3.2 Auswirkungen des Franquismus auf die heutigen Gewerkschaften

In der Zeit der *transición* nach dem Tod von Franco hatten die Gewerkschaften mit schwierigen Ausgangsbedingungen zu kämpfen. Die Schwächung durch die franquistische Repression war dabei ein wesentliches Moment. Doch auch der „späte Übergang vom Agrar- zum Industriestaat“ (ebd. 2006: 378), der sich 1959 im Rahmen des Wandels von der autarkieorientierten hin zu einer internationalen Wirtschaftspolitik vollzog (vgl. ebd. 2006: 378), wirkte sich negativ auf die Gewerkschaften aus. Durch den Niedergang der traditionellen Industrien hatte sich die gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnenschaft stark vermindert.

Bis zu den ersten demokratischen Wahlen 1977 verfolgten die Gewerkschaften eine sehr kritische konfrontative Strategie, "die sich zumeist [...] antikapitalistischer Rhetorik bediente“ (ebd. 2006: 384) und die sich viel mehr auf einen politischen Wandel als auf die konkrete Situation von Arbeitsbedingungen bezog.

Doch die sehr instabile politische Lage führte dazu, dass die Gewerkschaften

vor der Wahl standen, ob sie die politische Lage nutzten, um ihre politischen Interessen durchzusetzen, oder sich zurücknahmen, um die Demokratie nicht zu gefährden (vgl. Köhler 2004: 398). Es setzte sich letzteres durch: „eine harte Disziplin in ihren Forderungen und Aktionen“ (ebd.: 402). Nach 1977 wandelte sich die Konfrontations- somit in eine Kooperationsstrategie „durch konzentrierte Sozialpakete“ (Bernecker 2006: 384). Diese Strategie ist noch heute dominant.

Die Gewerkschaften haben in der *transición* somit einen mäßigenden Einfluss auf die ArbeiterInnenbewegung ausgeübt (vgl. Bernecker 2006: 385). Damit trat auch in der ArbeiterInnenbewegung das ein, was oben schon als „desencanto“ bezeichnet wurde. Die Demobilisierung und Entpolitisierung der Bevölkerung zeigte sich überdies durch den niedrigen Organisationsgrad in den ersten Jahren nach dem Franquismus, der in der Folge stark gestiegen ist (vgl. ebd.: 389). Während die CCOO bei den ersten Gewerkschaftswahlen 1978 deutlich mehr Unterstützung erhielt als die UGT, wandelte sich dies 1980 und zwei Jahre später war die gemäßigtere UGT die stärkste Gewerkschaft. (vgl. ebd.: 385). Daraus schließt Víctor Pérez Diaz einen „Mentalitätswandel“: „'Konservatives' Gedankengut nahm unter den Arbeitern zu, sie waren weniger streikfreudig und aggressiv, hielten immer weniger vom Klassenkampf und sprachen sich häufiger für 'sozialpartnerschaftliches' Verhalten aus“ (ebd.: 385). Nach der offiziellen Legalisierung von Gewerkschaften handelten die Gewerkschaften CCOO und UGT zusammen mit Regierung und ArbeitgeberInnenverbänden zwischen 1977 und 1984 fünf Rahmenrichtlinien für Arbeitsrecht, Tarifverhandlungen, sowie Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik aus (vgl. ebd.: 382ff). Gesetze zur Vereinigungsfreiheit, Gewerkschafts- und Streikrechte wurden eingeführt. In den folgenden Jahren schloss die UGT weitere Abkommen mit ArbeitgeberInnenverbänden und Regierung (vgl. Bernecker 2006: 384). Die Tarifautonomie ist zwar rechtlich festgesetzt, in der Praxis jedoch schwach: „Die Tarifparteien wenden sich mit ihren Forderungen [...] meist direkt an den Staat, ohne den Weg über Rahmentarifvereinbarungen zu suchen.“ (Köhler 2004: 408f). Bestimmte Gewerkschaften und die ArbeitgeberInnenverbände CEOE und CEPYME sind

an öffentlichen Institutionen (wie Arbeitsamt, Wirtschafts- und Sozialrat, Sozialversicherung, Stiftung für Aus- und Weiterbildung) beteiligt. Welche Gewerkschaften dazu berechtigt sind, bestimmt das 1985 beschlossene Gesetz über „Gewerkschaftsfreiheit“ („Ley Organica de Libertad Sindical“ [LOLS]). Hier wird die Repräsentativität der Gewerkschaften definiert. So finden alle vier Jahre Wahlen in den Betrieben statt, die zum einen auf betrieblicher Ebene „Belegschaftsdelegierte“ wählen, die auch „tarif- und streikfähig“ sind (Köhler 2004: 405). Auf überbetrieblicher Ebene werden in den Betrieben repräsentative Gewerkschaften gewählt. Das bedeutet, bei mindestens 10% der Stimmen eines Sektors bzw. Betriebs landesweit oder 15% in den autonomen Gemeinschaften gelten sie als „repräsentativ“ und haben damit das allgemeine Recht Tarifverträge zu vereinbaren und alle Erwerbstätigen in zahlreichen öffentlichen Institutionen (in den Bereichen Arbeit, Bildung und Sozialem) zu vertreten und „Zugang zu bestimmten staatlichen Subventionen“ (Köhler 2004: 406) zu erhalten (vgl. ebd. und Bernecker 2006: 385ff). Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern legt dies ein System des „voters trade unionism“ fest, in dem alle ArbeiterInnen im Betrieb wählen können, im Gegensatz zum „member trade unionism“, in dem die Mitgliedszahlen der Gewerkschaften ausschlaggebend sind (Köhler 2004: 406). Auch für *Care*-Arbeiterinnen sind die Gewerkschaften UGT und CCOO automatisch die offizielle Interessenvertretung. Ihre offizielle Rolle wäre es deshalb, die Rechte der *Care*-Arbeiterinnen in den Verhandlungen zu vertreten.

Die beiden dominanten Gewerkschaften CCOO und UGT sind sich sehr ähnlich. Während die UGT früher direkt an die PSOE gebunden war und die CCOO anfangs kommunistisch war, lassen sich heute ideologisch keine Unterschiede mehr erkennen. Zwar ist die CCOO eine jüngere Gewerkschaft und offener für Neuerungen und Reformen – was für die Themen von Geschlechterverhältnissen und Migration später relevant sein wird. Allerdings hat sich die CCOO nach ihrer anfänglichen oppositionellen Haltung in den ersten Jahren der *transición*, schnell dem Kurs der wenig konfliktorientierten, kooperatistischen und gemäßigten Sozialdemokratie angenähert: „Heute sind die Unterschiede zur sozialdemokratischen UGT nur noch graduell [...] Die

innergewerkschaftliche Fraktionsbildung ist in der CCOO stärker ausgeprägt als in der UGT, und der sogenannte „kritische Sektor“ übt mit seinen Alternativkandidaturen und Forderungen nach radikaleren Positionen ständigen Druck auf die Mehrheitsströmungen aus.“ (Köhler 2004: 401) „Zwischen den beiden Mehrheitsgewerkschaften besteht inzwischen eine weitgehende Aktionseinigkeit“ (ebd.).

Durch dieses Gewerkschaftsmodell wurden kleine, radikale Gewerkschaften marginalisiert und "ein quasi bi-syndikalistisches Modell mit regionalen Abweichungen installiert[...].“ (ebd.: 406). Heute gibt es deshalb nur noch eine sehr begrenzte Zahl einflussreicher Gewerkschaften. Die Unterschiede zwischen sozialdemokratisch-katholischen, sozialistischen, kommunistischen, anarchistischen und nationalistischen Gewerkschaften sind deshalb heute kaum noch von Bedeutung.

Neben den beiden absolut dominierenden Gewerkschaften CCOO und UGT sind in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen höchstens die – stark an Bedeutung eingebüßt habenden – anarchosyndikalistischen CNT und (aus einer Spaltung in den 80ern hervorgegangene) CGT sowie teilweise regionale Gewerkschaften⁴² sichtbar.

In Bezug auf MigrantInnen scheinen die Gewerkschaften eine sehr liberale Politik zu verfolgen. Da spanische ArbeitnehmerInnen selbst nach Europa migriert sind, und dabei von ihren Gewerkschaften unterstützt wurden besteht ein größeres Verständnis für die Probleme von MigrantInnen. Eig Müller (2007) kommt in ihren Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass "die Gewerkschaften von Anfang an für die gleichen Rechte für Migranten eintreten [konnten, und sie] konnten für diese Rechte der Migranten kämpfen [...] anders als in den anderen europäischen Ländern [...]“ (Eig Müller 2007: 194f). So existieren noch heute gewerkschaftliche Beratungsstellen für MigrantInnen, die

⁴² Im Baskenland sind das die sozial-katholische, nationalistische ELA-STV und die ETA-nahe LAB, die zusammen stärker als UGT und CCOO sind. In Galicien ist die CIG bedeutsam, und in Andalusien die Landarbeitergewerkschaft SOC, mit ihrem Sektorübergreifenden linken Dach SAT. Ebenfalls regional relevant, allerdings nicht beschränkt ist die USO, die ebenfalls aus den Arbeiterkommissionen im Untergrund hervorgegangen ist, sich aber gegen den kommunistischen Einfluss in der CCOO mit einem sozial-katholischen Ansatz gründete (vgl. Köhler 2004: 400f).

„wesentliche Netzwerke für die politische und soziale Integration von MigrantInnen“ (ebd.: 195) bilden.

Auch die Forderung der Legalisierung von MigrantInnen haben die Gewerkschaften unterstützt. Allerdings nicht aus reiner Solidarität, sondern mit dem Interesse, die Entstehung von Schattenwirtschaft zu vermeiden: „Hieraus leitet sich die recht unkonventionelle Forderung der spanischen Gewerkschaften nach einer kontrollierten Grenzöffnungspolitik und besseren Zugangsbedingungen für ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer trotz einer bestehenden hohen inländischen Arbeitslosigkeit ab“ (ebd.: 190). Ihre Position ist weiterhin die „Öffnung der Grenze [...], um so legale Zuwanderung zu ermöglichen und illegale Zuwanderung zu minimieren und damit zudem eine Politik zu verfolgen, die die Interessen der bereits im Land lebenden MigrantInnen berücksichtigt.“ (ebd.: 194).

Eine Unterstützung der MigrantInnen im *Care*-Bereich ist also gut möglich. Aufgrund der inhaltlichen Schwäche der Frauenbewegung (s.o.) ist außerdem zu vermuten, dass geschlechtsspezifische Themen – und damit auch der geschlechtsspezifische Arbeitsbereich *Care* – wenig thematisiert und deshalb wenig präsent ist.

5.4 Interessenkonflikte bei der Repräsentation von *Care*-Arbeiterinnen durch Frauenbewegungen und Gewerkschaften

Führt man nun die Ergebnisse der Kapitel zu gesellschaftlichen Herrschaftsachsen (Kapitel 2) mit den Erkenntnissen der Analyse der soziostrukturellen Verhältnisse in Spanien (Kapitel 3) und der Entstehung der spanischen Frauenbewegungen zusammen, zeigen sich in Bezug auf die Interessenkonflikte um *Care*-Arbeitsverhältnisse für Frauenbewegungen und Gewerkschaften Interessenkonflikte.

Die in Kapitel 2 erläuterten Schwierigkeiten der Repräsentation spiegeln sich hier in den Ungleichheiten in Spanien wider. Die derzeitige Organisation der *Care*-Arbeit kommt dem Großteil von Frauen der spanischen Mittelschicht zugute. Die Erwerbstätigkeit bringt häufig eine gewisse Emanzipation aufgrund

der Erhöhung des Status, vermehrter Anerkennung und finanzieller Unabhängigkeit mit sich. Aufgrund der anhaltenden Geschlechternormen, der geringen Einkommen von Frauen und der höheren beruflichen Positionen von Männern könnte eine Erhöhung der Arbeitskosten für *Care*-Arbeiterinnen für diese Frauen bedeuten, dass sie ihre Arbeit wieder aufgeben müssten. Diese Frauen sind somit vermutlich stark daran interessiert, ihren beruflichen Status zu halten. Dies könnte dazu führen, dass AkteurInnen von spanischen Frauenbewegungen die derzeitige Konstellation mit schlechten Arbeitsbedingungen, und daher *Care*-Arbeitskräften mit geringen Arbeitskosten, erhalten möchten.

Bei der Betrachtung der gewerkschaftlichen Situation, sind folgende Interessenkonflikte gegeben: Zum einen sind die Gewerkschaften die offiziellen Vertreter für *Care*-Arbeiterinnen. Die Legitimation der Verhandlung mit der Regierung ergibt sich aus der Repräsentation dieser Gruppe von Arbeiterinnen. Allerdings würde eine Verbesserung dieser Bedingungen auch eine Kostenerhöhung für diejenigen bedeuten, die *Care*-Arbeiterinnen einstellen. Diese sind Teil der Interessengruppe der Gewerkschaften. Mit einer Kostenerhöhung aufgrund der Verbesserung der Arbeitsbedingungen von *Care*-Arbeiterinnen könnte es passieren, dass sich die Familien eine Hausarbeiterin nicht mehr leisten können.

Eine durchaus realistische zweite Variante wäre es also, dass die Gewerkschaften die DoppelverdienerInnenpaare unterstützen wollen, die *Care*-Arbeiterinnen einstellen.

Dabei ist zu beachten, dass die Gruppe der in diesem Fall Einstellenden sowohl deutlich mehr Gewerkschaftsmitglieder umfasst, als auch, dass *Care*-Arbeiterinnen nicht bei den Gewerkschaftswahlen teilnehmen (da sie keinem Betrieb angehören). Daher könnte vermutet werden, dass insbesondere die stellvertretenden Gewerkschaften ein stärkeres Eigeninteresse an der Popularität unter den meist spanischen mittelständischen Erwerbstätigen, die *Care*-Arbeiterinnen einstellen haben und deshalb eher deren Interessen vertreten.

Für Frauenbewegungen und Gewerkschaften stellt sich jeweils die Frage, wie

sie mit der Diskriminierung entlang der verschiedenen Herrschaftsachsen umgehen, mit wessen Interessen dabei argumentiert wurde und welche politischen Solidarierungen möglich sind. Dies soll im Folgenden mit Hilfe von Zeitungsanalysen und Interviews untersucht werden.

6 Entwicklungen der Kämpfe um die Verbesserung der Situation von migrantischen Care-Arbeiterinnen

Die Ereignisse um die Regulierung von (migrantischer) *Care*-Arbeit sollen nun anhand von Zeitungsartikeln rekonstruiert werden. Es soll untersucht werden, welche politischen Entwicklungen und Diskussionen um die Regulierung (migrantischer) *Care*-Arbeit es zwischen 2007 und 2011 gab. Dies dient dazu, die dann folgenden Positionen der Frauenbewegungen und Gewerkschaften besser einschätzen zu können. Dazu werden Zeitungsartikel untersucht, die Ereignisse auf institutioneller Ebene und politische Bewegungen thematisierten.

Es werden Zeitungsartikel ausgewertet, die Hinweise auf öffentliche Ereignisse geben, die im Arbeitsbereich *Care* in Spanien stattgefunden haben. Mit der Verwendung dieser Quellen werden nur Ereignisse zugänglich, die von den öffentlichen Medien beachtet und als relevant aufgenommen wurden. Damit werden hier Ereignisse zitiert, die für den Aushandlungsprozess relevant waren. Dies gilt auch für die Chronologie der Selbstorganisierungen. Es kann davon ausgegangen werden, dass die AkteurInnen der Frauenbewegungen und Gewerkschaften Möglichkeiten hatten, von diesen Ereignissen zu erfahren und dazu somit Stellung zu beziehen.

Meinungen und Positionen von AkteurInnen werden an dieser Stelle noch nicht wiedergegeben, da eine Verifizierung der Zeitungsaussagen nicht gewährleistet werden kann. Dazu werden die Interviews in Kapitel 7 dienen.

Die Zeitungsrecherche wurde für den Zeitraum 2001-2011 durchgeführt, wobei

der Fokus auf den Jahren 2007-2011 liegt, da dieser die Jahre von den Anfängen der Diskussion um die Reform des REEH bis zur aktuellsten Regulierung umfasst (siehe Anhang 2). Da es sich hierbei um eine spanienweite Regelung handelt, wurden Zeitungen aus ganz Spanien einbezogen (siehe Anhang 2).

6.1.1 Chronologie der Regularisierung der Aufenthalts- und Arbeitsbedingungen von (migrantischen) *Care*-Arbeiterinnen

Die Verbesserung der Arbeitsrechte von *Care*-Arbeit wird in Spanien schon seit den 1980er Jahren von den Arbeiterinnen eingefordert (siehe Kapitel 3.2). Der Regulierung im Jahre 2011 gingen einige wichtige Entscheidungen, Ereignisse und Diskussionen voraus. So haben NGOs im „Foro para la Inmigración“ schon seit 2003 die Integration in das allgemeine Arbeitsrecht "Régimen General" [RG] gefordert; seit 2007 wird jährlich regelmäßig die Integration des REEH verhandelt (June 24, 2007, Vizcaya Edición) und ihre Umsetzung ebenso regelmäßig verschoben. Im Folgenden sollen diese Ereignisse anhand von Zeitungsartikeln näher dargestellt werden.

6.1.1.1 Migrationspolitische Thematisierung 2001 und 2002

Bis zum Jahr 2007 wurde der Situation von Arbeiterinnen im Bereich *Care* öffentlich nur wenig Beachtung geschenkt (siehe Anhang 2 zur Zeitungsanalyse/ Fallauswahl). In den Jahren zwischen 2001 und 2007 ist auffällig, dass vermehrt der migrationspolitische Status – vor allem die Zugänge zum spanischen Arbeitsmarkt und der Aufenthaltsstatus – der *Care*-Arbeiterinnen im Fokus stand.

2001 waren in Spanien 47.817 MigrantInnen in dem Spezialregime der Hausangestellten eingeschrieben. Die meisten von ihnen aus Ecuador, von den Philippinen und den karibischen Inseln (Cinco Dias, February 19, 2001). Sie werden auch in der Diskussion des Entwurfs zur Reform des Ausländerrechts („Tercer borrador del Reglamento de la Ley de Extranjeria“) vom Juni 2001

thematisiert, in dem die Erleichterung der Legalisierung des Aufenthalts von schon in Spanien ansässigen MigrantInnen und deren Familiennachzug vorgeschlagen wird (vgl. El Pais, June 6, 2001). In diesem Kontext kritisiert der *defensor del pueblo* (Ombudsmann), dass *Care*-Arbeiterinnen auf diese Legalisierung ein Jahr warten müssten, und fordert von dem Innenminister Mariano Rajoy, dass *Care*-Arbeiterinnen binnen 6 Monate reguliert werden sollen. (El Pais, April 5, 2001:).

2001 diskutierte das Arbeitsministerium ein neues "Quotensystem" für die Comunidad Madrid, mit dem Arbeitsstellen, die nach einem Jahr nicht von SpanierInnen besetzt wurden, im Ausland ausgeschrieben werden sollen (s. Kapitel 3.2). Die Zahl der ausgeschrieben Arbeitsplätze für Hausarbeiterinnen ist dabei mit 253 die höchste (vgl. El Mundo, 26 junio 2002). *Care*-Migrantinnen waren auch von den anderen genannten Regularisierungswellen (v.a. von 2000, 2001 und 2005) betroffen (siehe Kapitel 3.3.4).

Schon in diesem Zeitraum war der Bedarf an *Care*-Arbeiterinnen somit groß, er wurde allerdings nur spärlich über Anwerbung und Legalisierung von bereits in Spanien tätigen *Care*-Arbeiterinnen reguliert. Die Diskussion beschränkt sich auf die Zuwanderungsmöglichkeiten, Arbeitsrechte wurden in den Zeitungen dabei von keinem/ keiner AkteurIn thematisiert.

6.1.1.2 Welle der Regulierung 2004

Während der *Care*-Sektor bis Ende 2002 kontinuierlich um 20% wuchs, ist bis Mitte 2003 ein Rückgang um 4.285 Arbeiterinnen zu verzeichnen (Cinco Dias, August 9, 2004). Im Jahr 2002 gab es erstmals mehr Nachfrage als Angebote nach Haushaltshilfen (vgl. El Mundo: 17 diciembre 2002).

Daraufhin werden erstmals die Arbeitsverhältnisse im *Care*-Bereich thematisiert: Das Ministerium zeigt sich „geschockt“⁴³ davon, dass mindestens

⁴³ „Ante esta evidencia, han saltado las alarmas en el Ministerio de Trabajo, cuyos responsables se plantean la necesidad de tomar alguna medida que incentive la regularización de un sector que llegó a crecer a tasas del 20% a finales de 2002 y que desde entonces ha ido desacelerando su incremento hasta el punto que desde mediados de 2003 se vienen registrando destrucciones constantes de empleo.“ (Cinco Dias, August 9, 2004)

300.000 der *Care*- Arbeiterinnen nicht in der Sozialversicherung registriert sind. Dies sei aber verständlich, da die Vorteile der Registrierung in das REEH so gering seien, dass sie sich für die Arbeiterinnen nicht lohnen würde.

Aus diesem Grund kündigt das Arbeitsministerium an, "das REEH in das RG oder in das Arbeitsrecht der Selbstständigen zu integrieren"⁴⁴. Auch die besonderen Bedingungen für Migrantinnen sollten verbessert werden. Es wird jedoch angekündigt, dass diese Maßnahmen komplexe Berechnungen der Sozialbeiträge voraussetzen (Cinco Dias, August 9, 2004).

Auch Kritik seitens der *Care*-Nachfrage erhebt sich einige Tage später. So sei das bisherige System der *Care*-Migration nicht flexibel genug für die *Care*-ArbeitgeberInnen.

Das oben erläuterte System der *cupos*, in dem Verträge in den Herkunftsländern unterzeichnet werden (vgl. El Mundo, 25 agosto 2004), wird ergänzt durch bilaterale regionale Abkommen. So beispielsweise eines zwischen der Comunidad Madrid mit der Dominikanischen Republik, durch das 2001 210 *Care*-Arbeiterinnen aus 5.000 Bewerberinnen ausgewählt wurden, um in Spanien unter "den besten Bedingungen"⁴⁵ zu arbeiten (vgl. Spanish Newswire Services, October 28, 2002).⁴⁶ Beide Systeme bringen allerdings Nachteile⁴⁷ für die ArbeitgeberInnen mit sich und führen dazu, dass SpanierInnen sehr lange auf "ihre" Haushaltsarbeiterin warten müssen. Das hat wiederum zur Folge, dass viele SpanierInnen illegalisierte Migrantinnen einstellen und die undokumentierte Arbeit in diesem Bereich stark ansteigt.

Deshalb schlägt das Arbeitsministerium zwei Wochen nach dem Vorschlag der möglichen Abschaffung des REEH vor, den Aufenthaltsstatus aller in Spanien

⁴⁴ „Trabajo quiere, por tanto, cumplir el mandato del Pacto de Toledo e integrar el regimen de empleadas de hogar en el regimen general de la Seguridad Social o en el de autonomos“ (Cinco Dias, August 9, 2004).

⁴⁵ Sie erhalten 14 Zahlungen des Mindestlohnes und sind dabei sozialversichert.

⁴⁶ Die Beteiligten AkteurInnen wie die spanische Botschaft in der Dominikanischen Republik, dominikanische PolitikerInnen, verschiedene Unternehmer und das Arbeitsministerium feiern dies als erfolgreiches Pilotprojekt. Es sei das zweite mal, dass so etwas zwischen den beiden Ländern stattfindet, gemäß dem Abkommen der Regulierung der Migrationsflut, was beide Länder am 17.12. 2001 unterzeichnet haben (vgl. Spanish Newswire Services, October 28, 2002).

⁴⁷ Dabei ergab sich aber das Problem, dass die Familien die *Care*-Arbeiterin nicht kennenlernen konnten. Daraufhin wurde das System so geändert, dass die Arbeiterin nach dem Durchlaufen vieler Stufen im Herkunftsland ein 3-Monats-Visum bekam. In dieser Zeit sollte sie sich dann den spanischen Familien vorstellen. (El Mundo, 25 agosto 2004)

arbeitenden migrantischen Arbeiterinnen im *Care*-Bereich zu legalisieren (vgl. El Mundo, 25 agosto 2004).

Gleichzeitig gibt es eine weitere Reform der Arbeitsmigrationspolitik. Statt der Verpflichtung für ArbeitgeberInnen, einen Nachweis zu erbringen, dass die Arbeitsstelle, die sie an eine Migrantin geben wollen nicht durch SpanierInnen zu decken ist, soll nun jede Provinz dreimal im Jahr Listen mit Arbeitsplätzen aufstellen, die nicht besetzt werden konnten. Diese werden dann im Ausland ausgeschrieben. *Care*-ArbeitgeberInnen wird außerdem die Möglichkeit gegeben, die *Care*-Arbeiterin kennenzulernen; dies sei notwendig, da diese Arbeit auf Vertrauen basiere und man niemanden einstellen könne, ohne sie zuvor kennengelernt zu haben. Um dies zu ermöglichen erhalten migrantische Bewerberinnen für den privaten *Care*sektor ein Drei-Monats-Visum und haben drei Monate Zeit eine Arbeit zu finden (El Pais, September 15, 2004).

Nachdem also erstmals die Nachfrage viel größer war als das Angebot nach Haushaltshilfen wurden ernst zu nehmende Verbesserungen im Bereich der Arbeits- und Aufenthaltsbedingungen diskutiert. Dabei wurde die Reform des REEH auch andiskutiert, sie verlief allerdings im Sande und wurde nicht weiter verfolgt.

Nach den vorrangig migrationspolitischen Reformen sind zweieinhalb Jahre keine relevanten Meldungen in Zeitungen zu *Care*-Arbeiterinnen zu finden.

6.1.1.3 Diskussion um die Abschaffung des REEH ab 2007 und Schweigen 2008-2010

Im Jahr 2007 erhält die Debatte Auffahrt. Im Mai berichtet die linksliberale Zeitung El País im Mai 2007 von den üblichen unerträglichen Arbeitsbedingungen. So sei es verständlich, dass sich illegalisierte Migrantinnen, die sich nach drei Jahren Aufenthalt und Arbeitsnachweis in Spanien regularisieren lassen können, anschließend eine andere Arbeit suchen. Migrantinnen aus dem *Care*-Bereich arbeiten zunehmend in Sektoren, die bessere Arbeitsbedingungen versprechen (El Pais, May 22a, 2007, Andalucía Edición).

Dementsprechend sank die Zahl der *Care*-Arbeiterinnen (vgl. El Correo, September 3, 2007, Vizcaya Edición). Es wird außerdem vermutet, dass mehr als die Hälfte der in Spanien beschäftigten *Care*-Arbeiterinnen sozialversichert sind (vgl. El Pais, May 21, 2007, Andalucía Edición).

Diese Meldungen könnten die Debatte wieder angeregt haben. Am 21. Mai 2007 wird erstmals über eine konkrete Gesetzesinitiative berichtet, mit der *Care*-Arbeit in das allgemeine Arbeitsrecht (Régimen General, RG) integriert werden soll (El Pais, May 21, 2007, Andalucía Edición). Mit dem Jahr 2008 wird sogar ein Datum der Umsetzung festgelegt, beginnend mit dem Recht auf Arbeitslosen- und Urlaubsgeld. Zunächst sollen Arbeiterinnen im Bereich *Care* ein Recht auf Arbeitslosengeld erhalten, bei einem Mindestbeitrag zur Sozialversicherung von 5€/ Monat. Der *Care*-Bereich soll außerdem professionalisiert werden. Die Integration von *Care*-Arbeit in das allgemeine Arbeitsrecht soll innerhalb von sieben bis acht Jahren abgeschlossen sein (El Pais, May 21, 2007, Andalucía Edición).⁴⁸

Auch die nächsten Schritte werden benannt: Die Regierung wolle in den nächsten Wochen mit ArbeitgeberInnenverbänden und Gewerkschaften über die Einzelheiten verhandeln (El Pais, May 22a, 2007, Andalucía Edición). Im Juli findet ein solches Treffen von Regierung und Gewerkschaften statt. Dabei wird die Ausgestaltung des Gesetzes bezüglich Kranken-, Kündigungs- und Arbeitslosengeld sowie die Pflicht eines schriftlichen Vertrags (vgl. El Comercio, July 29, 2007, Gijón Edición) und die Möglichkeiten einer besseren Sozialversicherung diskutiert. Auch die Professionalisierung des Bereiches wurde erwogen (ebd. und Diario Vasco, July 30, 2007 Monday, GENERAL Edición). Noch im Oktober wird wiederholt über die Vorbereitungen des Gesetzes berichtet (Deutsche Presse-Agentur (Spanish), October 16, 2007).

Die Diskussion der Arbeitsbedingungen im Zusammenhang mit der Unbeliebtheit des *Care*-Arbeitsbereiches, zunehmend auch bei Migrantinnen, führte zu einer ernst zu nehmenden Initiative seitens der Regierungen und

⁴⁸ „Todas las mejoras que se introduzcan requerirán, eso sí, un aumento de cotización, a cargo de quien emplee a esas personas. Granada quita hierro a esta cuestión. "No serán más de cinco euros adicionales al mes en ocho años", explica. El responsable de Seguridad Social sostiene que las retribuciones efectivas en el sector "han crecido más que eso", en gran parte para compensar la falta de protección social.“

Gewerkschaften.

Die Verhandlungen scheinen jedoch gescheitert zu sein, denn im Anschluss an diese Meldungen gibt es über zwei Jahre keine Berichte über die Fortsetzung der Verhandlungen oder über andere Reformen im Bereich der *Care*-Arbeit. Im Jahr 2009 gibt es nur eine Meldung, die die fehlende Umsetzung bestätigt: „nicht einmal die staatliche Koordination hat irgendeine Verbesserung in den letzten Jahren erreicht.“⁴⁹ Weder Arbeitslosengeld, noch Arbeitsverträge oder die Festlegung der Wochenarbeitszeiten sei umgesetzt worden. Auch das Recht auf Sozialversicherung oder Arbeitskontrollen sei nicht realisiert worden (El País, April 29, 2009, Galicia Edición).

Im folgenden Jahr versucht die CCOO nochmal der Regierung "einige Vorschläge" zur Regulierung des Bereiches zu unterbreiten⁵⁰ (El Mundo, 26 abril 2010, SEGUNDA Edición). Sogar der spanische Kongress macht noch einmal, aufgrund der „Hinweise“ auf eine starke Schattenarbeit im Bereich *Care*, den (nicht bindenden) Vorschlag an die Regierung, den Arbeitsbereich in das RG zu integrieren (El Mundo, 17 octubre 2010, SEGUNDA Edición)⁵¹.

Die verschiedenen Vorschläge der Regulierung fallen allerdings bis zum Jahr 2011 nicht auf fruchtbaren Boden. Anhand der Zeitungsartikel ist es jedoch nicht möglich Gründe dafür zu finden.

6.1.1.4 Umsetzung 2011/2012

Aufgrund dieses Stockens verwundert es besonders, dass am 27. Juni 2011 plötzlich – ohne dass zuvor in der Presse darüber berichtet wurde – veröffentlicht wird, dass die Regierung ein Gesetz verabschiedet hat, mit dem die Sozialversicherung für Arbeiterinnen im Bereich *Care* in das RG integriert

⁴⁹ "Sus condiciones laborales exigen ser reguladas, pero ni siquiera el hecho de que exista una coordinadora estatal ha conseguido ningún avance en los últimos años. No tienen prestación de desempleo, contrato, horario cerrado, seguridad social, inspecciones de trabajo ni reconocimiento de las enfermedades que afectan al sector." (El País, April 29, 2009, Galicia Edición).

⁵⁰ "el sindicato de CCOO ha realizado unas propuestas que presentarán en una mesa de negociación al Gobierno." (El Mundo, 26 abril 2010 lunes, SEGUNDA Edición).

⁵¹ "Este índice de economía sumergida hizo que el Congreso aprobase hace unos días una proposición no de ley del PNV que reclama la integración de este sector en el Régimen General de la Seguridad Social." (El Mundo, 17 octubre 2010, SEGUNDA Edición)

werden soll (zahlreiche Artikel in EFE Newswire - Economía de España (Spain), Spanish Newswire Service June 27; sowie Diario Córdoba und Diario Vasco und El Mundo, 28 junio 2011, SEGUNDA Edición).

Beweggründe könnten die bevorstehenden Wahlen gewesen sein. Doch insbesondere die Gewerkschaften schmückten sich mit diesem Ereignis: In den Tagen um den 27.06.2011 schreiben die großen Gewerkschaften CCOO und UGT in mehreren Pressemeldungen von dem großen Erfolg, den sie für die "*empleadas domesticas*" in Verhandlungen mit den Ministerien durchsetzen konnten: Am 1. Januar 2012 trat dann das Gesetz zur schrittweisen Integration in das *Régimen General* in Kraft.

Die aufgeführten Ereignisse zeigen zum einen, dass die Regulierung von *Care*-Arbeit ein wichtiges Thema in Spanien ist. Die Lücke im Bereich der *Care*-Arbeit hatte zur Folge, dass Möglichkeiten eruiert wurden, wie Arbeiterinnen für diesen Bereich gefunden werden können. Dazu wurden in den ersten Jahren verschiedene migrationspolitische Maßnahmen beschlossen. Als der *Care*-Bereich allerdings für die nach Spanien migrierten Frauen unattraktiv geworden ist, wurden auch die Arbeitsverhältnisse diskutiert. Die darauf folgende Diskussion zeigt zum zweiten, dass eine Vereinbarung nicht einfach war, so wurde die Regulierung der Arbeitsverhältnisse im *Care*-Bereich seit 2007 mehrfach andiskutiert, einen Beschluss dazu gab es aber erst im Jahre 2011. Warum eine Vereinbarung hier so schwierig zu treffen war, ist an dieser Stelle noch nicht zu beantworten. Dazu sollen die Interviews der beteiligten AkteurInnen hinzugezogen werden, die in Kapitel 7 untersucht werden.

6.1.2 Selbstorganisierungen und Chronologie "von unten"

Um zu untersuchen, ob die Forderungen und Praxen von Frauenbewegungen und Gewerkschaften den Interessen von (migrantischen) *Care*-Arbeiterinnen angemessen sind bzw. um entsprechend die Unterschiede feststellen zu können, müssen die Forderungen und Aktionen von (migrantischen) *Care*-Arbeiterinnen selbst untersucht werden.

Dazu sollen die Forderungen und Aktionen von Organisationen von *Care*-Arbeiterinnen betrachtet werden. Die Gruppe Asociación de Trabajadoras del Hogar de Vizcaya“ (ATH) ist eine der aktiVS-Verlagten Gruppen, die sich mit der Situation von *Care*-Arbeiterinnen auseinandersetzt und viel zu Arbeitsrechten migrantischer Arbeiterinnen arbeitet. Die Selbstorganisation "SEDOAC" ist ebenfalls eine der aktiVS-Verlagten Gruppen von *Care*-Arbeiterinnen in Spanien, außerdem ist sie die einzige Gruppe, in der nur migrantische *Care*-Arbeiterinnen selbst aktiv sind.

Für die Untersuchung der Forderungen und Aktionen sollen neben Flugblättern der Gruppen auch Interviews mit migrantischen *Care*-Arbeiterinnen der Organisation SEODAC dienen. Die Forderungen können in Kapitel 7 dann mit denen von Frauenbewegungen und Gewerkschaften verglichen und bewertet werden.

Mit dieser Untersuchung werden außerdem die Kämpfe einbezogen, die neben den institutionalisierten AkteurInnen und Entwicklungen den Prozess der Reform der Arbeitsrechte ebenfalls beeinflusst haben.

6.1.2.1 Gruppen von *Care*-Arbeiterinnen und ihre Forderungen

Servicio Doméstico Activo "SEDOAC“ ist eine der aktiVS-Verlagten und die einzige Gruppe in Spanien, die ausschließlich aus migrantischen *Care*-Arbeiterinnen besteht (vgl. Interview SEDOAC: 0:40). In einem Faltblatt (vgl. SEDOAC o.J.) stellen sie sich als eine Gruppe vor, welche die Zusammenarbeit von *Care*-Arbeiterinnen verstärken will, damit sie selbstorganisierte Wege schaffen, um voneinander zu lernen. Dazu arbeiten sie auch mit anderen Gruppen zusammen und bauen Unterstützungsnetzwerke auf. Sie entwickeln außerdem Sensibilisierungskampagnen für den Kampf um rechtliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen und beraten *Care*-Arbeiterinnen, wenn sie Probleme mit ihrem Arbeitsplatz haben (vgl. Red GEDEA 2008). Außerdem zeigt das Flugblatt die Zusammenarbeit von SEDOAC und der Gruppe Territorio Doméstico in einer gemeinsamen Auflistung von Empfehlungen „für Frauen, die Arbeiterinnen sind“ (SEDOAC

o.J.).

Die kolumbianische Aktivistin Gracia Gallego, die seit 2006 mit SEDOAC für eine Verbesserung der Situation von *Care*-Arbeiterinnen kämpft, benennt im Interview die Prekarität als das größte Problem von (migrantischen) *Care*-Arbeiterinnen. Damit bezieht sie sich darauf, dass für *Care*-Arbeiterinnen unklar ist ob, wieviel und wann sie Lohn erhalten. Weitere Schwierigkeiten seien die langen Arbeitszeiten, Mehrarbeit und die schlechte Behandlung (Interview SEDOAC: 1.30-2.30). Migrantinnen seien zusätzlich Rassismus ausgesetzt, der sich in noch schlechterer Behandlung und noch schlechteren Arbeitsbedingungen zeigte. So seien Migrantinnen auch noch abhängiger durch fehlende juristische und familiäre Absicherung und würden zusätzlich durch die Arbeitsvermittlungsstellen (*agencias intermediarias*), wie beispielsweise die Caritas, ausgebeutet (vgl. Interview SEDOAC: 3.50-6.15).

Die Hauptforderung von SEDOAC ist deshalb die volle Gleichbehandlung gegenüber anderen Arbeitsverhältnissen (Interview SEDOAC: 8.35-10.45). In dem genannten Faltblatt finden sich weitere Forderungen von SEDOAC. Sie wenden sich „gegen jede Diskriminierung, ob sozial, rechtlich oder institutionell“ und „fordern und handeln für die vollkommene Gleichheit bezüglich der sozialen, politischen, arbeitsrechtlichen und bürgerlichen Rechte der migrantischen und spanischen HausarbeiterInnen“. Konkret wollen sie den „schriftlichen Arbeitsvertrag obligatorisch verankern, indem die Tätigkeit expliziert ist und u.a. die Wochenarbeitszeit von 40 Stunden und der Lohn enthält“ und ein „Recht auf Überprüfung der gesundheitlichen Auswirkungen der Arbeit“. Sie fordern außerdem die „Bewusstseinswerdung und Sensibilisierung der öffentlichen und privaten Einrichtungen und der gesamten Gesellschaft gegenüber der Relevanz von Hausarbeit“, durch die Anerkennung als „eine würdige Arbeit unter dem gleichen Arbeitsbedingungen wie der Rest der Arbeiter“. Dies könnte durch die „Gleichstellung des RE mit dem RG.“ realisiert werden. (vgl. SEDOAC o.J., eigene Übersetzung).

Diese Forderungen bringen die *Care*-Arbeiterinnen auch in die Öffentlichkeit, beispielsweise in Zeitungen ein (Diario Vasco, July 30, 2007, GENERAL

Edición)⁵².

Außerdem sehr aktiv ist die Gruppe "Asociación de Trabajadoras del Hogar de Vizcaya" (ATH) aus dem Baskenland, in der allerdings wenige *Care*-Arbeiterinnen engagiert sind. Trotzdem wird sie als Organisation beschrieben, welche die Interessen der *Care*-Arbeiterinnen sehr gut vertritt (Interview Amaia Orozco). Diese Gruppe ist in der Öffentlichkeitsarbeit sehr aktiv und taucht am häufigsten zum Thema *Care*-Arbeiterinnen in Zeitungen auf. Dort wird sie auch als Organisation beschrieben, die sich für die Inklusion des REEH in das RG einsetzt (vgl. EFE Newswire – Vizcaya, September 25, 2007).

In der Zeitung EFE Vizcaya werden die Forderungen von einer Sozialversicherung ab der ersten Stunde mit einer Kostenaufteilung zu 5/6 ArbeitgeberIn und zu 1/6 ArbeitnehmerIn, so wie es in allen anderen Branchen üblich sei, dargestellt. Die Gruppe fordert außerdem eine Kontrolle der Einhaltung der Arbeitsbedingungen und eine Änderung des Ausländergesetzes, sowie die Aufklärung über die gesundheitlichen Risiken von *Care*-Arbeit und die Einführung klarer Regelungen, beispielsweise bei Fragen der Unterkunft von *Internas*. Dabei argumentieren sie vor allem mit der Forderung nach gleichen sozialen Rechten für alle (vgl. EFE Newswire - Vizcaya (Spain), September 25, 2007). Zur Kritik an der fehlenden Umsetzung der Integration in das RG kommt in der konservativen Zeitung El Mundo eine Repräsentantin der Initiative ATH zu Wort (vgl. El Mundo, 17 octubre 2010, SEGUNDA Edición). Durch diesen kurzen Einblick wird deutlich, dass die Organisationen von (migranitschen) *Care*-Arbeiterinnen sowohl die Arbeitsverhältnisse als auch die Aufenthaltssituation und die geringe Anerkennung von *Care*-Arbeit als Probleme thematisieren. Damit werden die Achsen der Ungleichheit von Migration, Klasse und Geschlecht als relevant für die Problematisierung der Situation.

6.1.2.2 Kämpfe von Selbstorganisationen

Die Gruppen der *Care*-Arbeiterinnen versuchen durch verschiedene Formen ihre Situation zu verbessern. Durch Öffentlichkeitsarbeit sensibilisieren sie für ihre Situation und bringen ihre eigenen Forderungen in den Diskurs ein.

Die Asociación de Trabajadoras de Hogar de Vizcaya (ATH-ELE), kritisiert in Zeitungsartikeln die Missstände ihres Arbeitsbereichs und macht auf die besondere Betroffenheit von Migrantinnen und spezifische Probleme durch die Krise aufmerksam (vgl. El País, June 1, 2011 Wednesday, Andalucía Edición)⁵³. Auch die Gruppe „SEDOAC“ zeigt beispielhaft die miserablen Arbeitsverhältnisse und weist auf die besondere Situation der Migrantinnen hin, die oft über weiterführende Qualifikation verfügen (vgl. El País, June 1, 2011, Andalucía Edición und Interview SEDOAC). In der Aragoner Zeitung berichten Mitglieder der Plattform „Territorio Domestico“ von verschiedenen persönlichen Schicksalen von Migrantinnen im Bereich *Care* und schließen mit einem Bericht einer Demonstration vom 28. März 2010 (vgl. El Periodico de Aragon, 3 Marzo 2011 Jueves).

Zwischen 2008 und 2010 finden besonders viele Aktionen und Demonstrationen für die Forderung der Integration der *Care*-Arbeiterinnen in das RG statt. Höhepunkt war die Großdemonstration in Madrid am 28.03.2010 unter dem Motto "por los derechos de las empleadas del hogar". Bereits 2008

⁵³ „Y es que a la situación de vulnerabilidad se añaden las dificultades provocadas por la crisis. Desigualdades más acusadas entre la población inmigrante, que supone el 60%. Un colectivo que ocupa la mayoría de los trabajos de interna, el sector donde la situación es peor. Una de cada tres empleadas de hogar internas inmigrantes no tiene papeles, según la Asociación de Trabajadoras de Hogar de Vizcaya (ATH-ELE). Estas vulnerabilidades se analizarán esta semana en la conferencia de la Organización Internacional del Trabajo (OIT), donde se debatirán las claves para lograr un empleo doméstico "decente". Esta institución, que alerta de que esta es una de las formas de empleo más desprotegidas, donde la explotación es frecuente, propondrá a sus países miembros -183, incluido España- un convenio para lograr mejores condiciones en lo que considera un trabajo "infravalorado e invisible". Entre las medidas está la de fomentar el contrato escrito o que el periodo de descanso sea, al menos, de 24 horas seguidas a la semana. Condiciones "lógicas" para Isabel Otxoa, asesora de ATH-ELE, quien sostiene que el convenio de la OIT -que los países tendrán que transponer si se aprueba- es un buen punto de partida. En él está también otra de sus reclamaciones históricas: que lo que se denomina en la norma española "tiempo de presencia" -las horas que la empleada interna tiene que estar en el hogar, a disposición de la familia- se contabilicen como tiempo trabajado. No como ocurre en el régimen actual, que fija un tiempo de presencia de siete u ocho horas, independientes a la jornada laboral. La organización a la que pertenece Otxoa, una de las más activas del país, reclama de forma urgente que las empleadas del hogar se incluyan en el régimen general de trabajadores. "El empleo doméstico es un nodo de vulneración de derechos. Y las cosas no mejorarán hasta que se las considere de igual forma que el resto de trabajadores", dice la asesora.“ (El País, June 1, 2011 Wednesday, Andalucía Edición)

fand eine solche Demonstration statt, die 2009 mit mehr UnterstützerInnen wiederholt wurde. Ziel dabei war es, „das Unsichtbare [die Hausarbeit] sichtbar zu machen“ und damit Druck auf die Politik auszuüben⁵⁴ (Interview SEDOAC: 16). In Zeitungen wird von Demonstrationen 2010 und 2011 (vgl. El Periodico de Aragon, 3 Marzo 2011) berichtet. Zu der Demonstration 2010 wurde von SEDOAC, Cita de Mujeres de Lavapiés und Agencia de Asuntos Precarios aufgerufen und es waren etwa 200 *Care*-Arbeiterinnen gekommen, um die Angleichung ihrer Arbeitsrechte an die des *Régimen General* zu fordern (vgl. La Rioja, March 29, 2010 und El Mundo, 29 marzo 2010 SEGUNDA Edición). Dies war eingebettet in einen Workshop, dem “Taller Territorio Doméstico”. Das Ergebnis des Workshops war ein gemeinsamer Forderungskatalog nach gleichen Arbeitsrechten, die eine Konsequenz der Anerkennung von Hausarbeit als gleichwertiger Arbeit sei. Sie thematisierten auch die Situation (illegalisierter) Migrantinnen und kritisierten, dass ihre hohe Qualifikation in Spanien nicht anerkannt werde. Um für diese Forderung die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erlangen, wählten sie eine Mischung aus karnevaleskem Auftreten und politischen Forderungen⁵⁵ (vgl. El Mundo, 29 marzo 2010, SEGUNDA Edición). Aus dieser Mobilisierung gründete sich dann das Netzwerk "Territorio Domestico". Bei der Demonstration 2011 kommt dieses Netzwerk in einem Zeitungsartikel zu Wort, in dem sie betonen, dass die „Care-Arbeit eine Bedingung für viele Frauen und Männer ist, arbeiten gehen

⁵⁴ „Para visibilizar lo invisible. Que era lo invisible? El empleo del hogar. Entonces eso ayudó un poquito a presionar.“ (Interview SEDOAC: 16.10)

⁵⁵ „[...] En la protesta no faltaron tampoco las herramientas más usadas en la higiene doméstica: escobas, fregonas, cubos, bayetas... Todo era poco para exigir un "trabajo, sueldo y trato dignos". Rafaela, una de las portavoces de SEDOAC (Servicio Doméstico Activo), señaló que el cambio del Régimen Especial al General supondría "un reconocimiento verdadero del oficio doméstico". Así, estas mujeres podrían adquirir derechos laborales "básicos", como recibir "una subvención por desempleo o cobrar la baja por accidente laboral desde el primer día", utopías a las que en estos momentos no pueden acceder. "Las empleadas del hogar ejercemos de profesoras, enfermeras, juezas, costureras y cocineras", explicaron desde SEDOAC. "Somos personas cualificadas que recibimos un trato injusto, que incluye sueldos precarios y largas jornadas laborales", señalaron. A pesar de la "precariedad" que, según dicen, sufren en sus empleos, las trabajadoras derrocharon simpatía y alegría durante las casi tres horas que duró su concentración. Al ritmo de María Isabel y de Los Payos, las asistentes cantaban: "Deja el plumero y vente ya, vente tú a la calle a manifestar". También se atrevieron con clásicos infantiles como El Patio de mi casa. "El trabajo que tengo es particular, cuidar de todo el mundo y te pagan fatal. Levántate, empleada del hogar, lucha por tus derechos y visibilidad", corearon muchas de las asistentes. [...]“ (El Mundo, 29 marzo 2010 lunes, SEGUNDA Edición).

zu können“⁵⁶ (El País, July 18, 2011, 1ª Ed. Madrid Edición).

Die Organisationen von *Care*-Arbeiterinnen haben sich in den unterschiedlichen Ebenen von Arbeitsverhältnissen, Aufenthaltssituation und Anerkennung von *Care*-Arbeit als Arbeit in den öffentlichen Diskurs eingebracht.

Bei der Untersuchung der Ereignisse "von unten" wird deutlich, dass die Selbstorganisationen der *Care*-Arbeiterinnen sehr aktiv waren. Die Tatsache der eigenen Organisation, die formulierten Forderungen und die Demonstrationen zeigen das Interesse von (migrantischen) *Care*-Arbeiterinnen an der Veränderung der Arbeitsbedingungen.

In Hinblick darauf stellt sich die Frage, wie und ob Frauenbewegungen und Gewerkschaften sich auf diese Forderungen beziehen und wie bzw. ob sie mit den Selbstorganisationen zusammenarbeiten. Dies wird wertvolle Hinweise auf die Wahrnehmung der Bedürfnisse und Interessen von (migrantischen) *Care*-Arbeiterinnen geben.

7 Frauenbewegungen und Gewerkschaften in Kämpfen um die Arbeitsbedingungen von *Care*-Migrantinnen

In den vorangegangenen Kapiteln wurde der Untersuchungsgegenstand in seinen theoretischen allgemeinen und seinen konkreten gesellschaftlichen Rahmen in Spanien eingebettet. Dabei wurden als relevant für die Unterstützung und die Konflikte vor allem die Ungleichheitsachsen Migration, Geschlecht, Klasse in der *Care*-Arbeit im Zusammenspiel mit den spezifischen Bedingungen des soziostrukturellen Kontextes Spaniens identifiziert. So konnten mögliche Interessenkonflikte in Frauenbewegungen und

⁵⁶ "Queremos que se tome en cuenta el servicio doméstico como una garantía para que muchos hombres y mujeres puedan ir a trabajar", explicaba una portavoz de la plataforma Territorio Doméstico." (vgl. El País, July 18, 2011, 1ª Ed. Madrid Edición).

Gewerkschaften identifiziert werden.

Aus dieser soziostrukturellen und theoretischen Einbettung, ergeben sich nun die Leitfragen der Interviews (vgl. Flick 2011, Kap. 12 und S. 172ff):

1. Was ist im Allgemeinen der ideologische/politische Anspruch, an dem die Praxis der jeweiligen Frauen- und Gewerkschaftsbewegungen zu messen ist?
2. Welche Forderungen vertreten die Gruppen in Bezug auf *Care*-Arbeit? Unterstützen sie Forderungen von migrantischen Arbeiterinnen im Bereich *Care*?
3. Wie sehen sie ihre eigene Rolle in der Verbesserung von Arbeitsbedingungen/Rechten von migrantischen Arbeiterinnen im Bereich *Care*? Was haben sie in diesem Bereich praktisch gemacht?
4. Wo haben sie Kämpfe/Demonstrationen/Veranstaltungen mit Arbeiterinnen im Bereich *Care* unterstützt? Wo haben sie zusammengearbeitet? Wo haben sie diese verhindert?
5. Wie reflektieren Frauen- und Gewerkschaftsbewegungen die vielfache Diskriminierung von migrantischen Arbeiterinnen im Bereich *Care*? Wie beziehen sie die vielfache Diskriminierung von migrantischen Arbeiterinnen im Bereich *Care* in ihren Positionen zu Arbeiterinnen im Bereich *Care* ein? Mit welchen Interessen argumentieren sie bezüglich ihrer Positionen zu Arbeitsbedingungen/ Rechten von migrantischen Arbeiterinnen im Bereich *Care*? Aus welcher Rolle heraus argumentieren sie?
6. Welche Rolle spielt dabei ihre staatliche Verflechtung? Haben die Beziehungen zu Parteien und staatlichen Institutionen Auswirkung auf die Interessenwahrnehmung?

Anhand von Interviews⁵⁷ mit den beteiligten AkteurInnen (AkteurInnen aus Frauenbewegungen und Gewerkschaften) soll nun untersucht werden, welche dieser Interessen die AkteurInnen in Gewerkschaften und Frauenbewegungen im Kampf um die Integration in das *Régimen General* eingenommen haben und

⁵⁷ Die Interviews, Dokumente und Zeitungsartikel wurden durch die Autorin übersetzt.

welche Konfliktlinien es dabei gab. Dazu wurden zwei Mitarbeiterinnen der „stellvertretenden“ Gewerkschaft CCOO interviewt: *Palmira Maya Domingo* aus dem Bereich „Actividades Diversas“ („verschiedene Tätigkeiten“, unter den auch der Bereich der *Care*-Arbeit fällt) und *Blanca Villate*, verantwortlich für den Bereich Sozialversicherung, die die Reform mit verhandelt und unterzeichnet hat. Des Weiteren wurden Interviews mit der CGT geführt, die als oppositionelle Kraft ausgewählt wurde (vgl. Bernecker 2006: 372ff). Dazu wurde *Isabel Perez Ortega*, die Vertreterin für den Bereich „Frauen“ interviewt, die auch für den Bereich „*Care*-Arbeit“ zuständig ist.

Darüber hinaus wurde ein ExpertInnen-Interview mit *Amaia Orozco* geführt, einer Ökonomin der *Universidad Complutense Madrid*, die im Bereich *Care*-Migration forscht sowie mit Magdalena Gorfinkel, einer Soziologin an der *Universidad Carlos III de Madrid* (Departamento Análisis Social). Sowie drei Interviews mit Migrantinnen, die im *Care*-Bereich arbeiten und in der Organisation SEDOAC aktiv sind.

Aus den Interviews mit den AkteurInnen lassen sich verschiedene Argumentationsstrukturen für einen solidarischen und für einen herrschaftsreproduzierenden Umgang mit (migrantischen) *Care*-Arbeiterinnen erkennen. In Bezug auf den theoretischen Rahmen und die soziostrukturellen und politischen Verhältnisse soll untersucht werden, wie die Konfliktlinien innerhalb von Frauen- und ArbeiterInnenbewegungen durch die unterschiedliche Verwobenheit in Herrschaftsverhältnisse geprägt sind.

7.1 Frauenbewegungen

Teresa Nevado, Präsidentin des *Fórum de Política Feminista [Foro]*, einem Sammelbecken feministischer Bewegungen in Madrid, berichtet, dass sich die Frauenbewegungen in Spanien nur wenig mit den Themen von Arbeit oder gar mit der Situation von Hausarbeiterinnen beschäftigen (vgl. Interview FF: 22, 24). Sie berichtet viel mehr davon, dass sie Gesetzesinitiativen zu Themen der Gleichstellungspolitik oder zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen diskutieren (vgl. Interview FF: 24.40-26.30).

In den Interviews wird von allen Seiten bestätigt, dass die institutionalisierten Frauenbewegungen bei der Thematisierung der Situation von migrantischen Frauen nicht sehr aktiv gewesen seien. Die *Care*-Arbeiterinnen von SEDOAC berichten auch, dass größere Frauenbewegungen nicht zu der Situation von Arbeiterinnen im Bereich *Care* arbeiten würden (vgl. Interview SEDOAC: 58). Falls sie sich mit *Care*-Arbeit beschäftigen, würden sie das nach Orozco eher im Zusammenhang mit unbezahlter Hausarbeit tun. Amaia Orozco kritisiert in diesem Zusammenhang die Klassenblindheit der Feministinnen: dass es sich um eine Klassenfrage handle, und vor allem ärmere Frauen diese Arbeit schon sehr lange verrichten würden, würde nicht wahrgenommen werden (vgl. Interview Amaia Orozco: 15.50). Dies zeigt, dass vor allem die institutionalisierten Frauenbewegungen **wenig Interesse** an der Verbesserung der Situation migrantischer Frauen haben.

Das *Foro* benennt zwar ihre Aktivitäten zum „Gesetz gegen die Abhängigkeit“ (*Ley de Dependencia*, hierbei geht es um die Abhängigkeit von Pflegebedürftigen) als Engagement für migrantische Frauen, da sie sich damit für mehr Arbeitsplätze im Bereich *Care* engagierten (vgl. Interview FF: 19). Daraus geht allerdings eher hervor, dass sie sich vor allem mit den *Care*-EmpfängerInnen identifizierten. In diesem Gesetz wird versucht, Menschen, die abhängig sind von Hilfe, wie Alte oder Kranke, zu unterstützen. Dabei würde die Frauenbewegung den Ausbau der öffentlichen Fürsorge und bessere Möglichkeiten der Betreuung im eigenen Haus fordern (vgl. Interview FF: 17.20-19.50). Im Interview nimmt die Präsidentin des *Foro* fast immer **die Position der Arbeitgeberin** ein. So versetzt sie sich häufig in die Position der Arbeitgeberin (vgl. Interview FF: 15-17), aber nie in die der Arbeiterin. So argumentiert sie viel damit, dass es keine Kontrolle des Privattraumes geben dürfe, dass die Arbeitsbeziehung vor allem auf Vertrauen basiere und dass die Kosten nicht so stark steigen dürften (vgl. Interview FF: 5-7.30). Sie gibt außerdem ausschließlich Beispiele von Freundinnen, die *Care*-Arbeiterinnen einstellen würden, und diese sehr gut behandeln würden. Teresa Nevado gibt zu bedenken, dass diese Arbeitsbeziehung nicht mit anderen vergleichbar sei, da sie vor allem auf Vertrauen aufbaue. Deshalb müsse darauf geachtet werden,

dass der Arbeitsplatz nicht einer üblichen Kontrolle ausgesetzt werden kann, weil es sich um einen Privatraum handele. Es wird deutlich, dass sie nicht über die Probleme, die Arbeitsbedingungen und Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen im Bereich *Care* informiert ist und die rechtlichen Unterschiede zwischen Migrantinnen und Spanierinnen negiert (vgl. Interview FF 13.10-14.20). Teresa Nevado bewertet die Löhne als ausreichend (vgl. Interview FF 13.10). Eine Sozialversicherung und eine Rente wären zwar begrüßenswert, allerdings müsse man darauf achten, dass die Kosten für diese nicht zu hoch seien, sondern „sanft“ (Interview FF: 5-7.30).

Die Wissenschaftlerin Amaia Orozco berichtet von Interviews, die sie im Rahmen ihrer Forschungen geführt hat. Dabei hat sie auch mit einigen Feministinnen gesprochen und konnte eine starke Divergenz zwischen theoretischem Anspruch und der Praxis beobachten: In der Position “als Arbeitgeberinnen argumentieren [sie], dass sie [die migrantischen Arbeiterinnen] illegal seien und ihren Aufgaben nicht nachkommen würden.” (Interview Amaia Orozco: 27:15)⁵⁸. Es zeigt sich also, dass die Frauenbewegungen sich in dem Konflikt befinden, sich zwischen den Interessen der migrantischen *Care*-Arbeiterinnen und derjenigen, die *Care*-Arbeiterinnen einstellen positionieren zu müssen.

Trotz allem hat das *Fórum de Política* die Forderungen zur **Integration in das RG** mit unterschrieben (vgl. Interview FF: 22-24). Allerdings wurde darüber lange diskutiert. Es wurde befürchtet, dass die Verbesserung der Arbeitsrechte dazu führen könnte, dass weniger Familien diesen Bedingungen nachkommen könnten und damit die illegale Beschäftigung ansteige oder viele *Care*-Arbeiterinnen entlassen würden (vgl. Interview FF: 1.45-4.00). Eine vollständige Ignoranz des Themas kann also nicht beklagt werden, ein intensives Engagement für das Gesetz hat jedoch aufgrund der unterschiedlichen Einschätzungen nicht stattgefunden⁵⁹.

⁵⁸ "hablaban como empleadoras, [dicen que] es que son informales no corresponden a sus responsabilidades laborales. Pues un discurso propiamente patronal." (Interview Amaia Orozco: 27:15)

⁵⁹ So auch Orozco: “Die Frauenbewegung hat immer auf theoretischer Ebene die Integration des Régimen Especial in das Régimen General gefordert [...], aber es war nie ein eigenständiges Thema.”/ “Entonces el movimiento feminista sienpre ha apoyado

Sowohl sie als auch Amaia Orozco kritisieren außerdem die Gruppe *mujeres progresistas*. Sie würden sich zwar mit dem Thema *Care-Migration* beschäftigen, allerdings v.a. dadurch, dass sie Arbeiterinnen im Bereich *Care* als verletzlich darstellen und keine eigenen Forderungen als Feministinnen aufstellen (vgl. Interview SEDOAC: 36-38), sondern mit einem starken **Paternalismus** argumentieren würden (vgl. Interview SEDOAC: 37:40; 43:30)⁶⁰.

Allerdings gibt es neben diesen auch aus der tatsächlichen Frauenbewegung entstandene **unabhängige Gruppen**, die sich auf die politischen Ziele der Frauenbewegung beziehen. Zwar waren die Interviews, die für diese Arbeit mit autonomen Frauenbewegungen geführt wurden nicht brauchbar, von den Interviewten wird allerdings immer wieder darauf hingewiesen, dass die autonomen Frauenbewegungen sich viel stärker und ernsthafter auseinandersetzen würden. In der Praxis seien die inoffiziellen Organisationen der Bewegungen zugänglicher für MigrantInnen, da sie **weniger hierarchisch** aufgebaut seien (vgl. Interview DG: 3.00-4.00). Die Gruppe SEDOAC vor allem sehr positiv über die Zusammenarbeit mit autonomen und antirassistischen Frauengruppen und betont dabei, dass sie von diesen viel besser als von Gewerkschaften **unterstützt** würden (vgl. Interview SEDOAC: 42:00, 43:00). Auch die Zusammenarbeit mit In straw (vgl. Interview SEDOAC: 47:45) – das Projekt, in dem auch Amaia Orozco mitgearbeitet hat – loben sie (vgl. Interview SEDOAC: 52:00). Dies bestätigen auch Zeitungsartikel. So berichtet die Zeitung *El País* von der Kritik des *Foro* Anfang Juni 2011. Dabei wird die rechtliche **Diskriminierung** von *Care*-Arbeiterinnen im Vergleich zu anderen Arbeiterinnen kritisiert und die hohe **Relevanz** von *Care*-Arbeit für die Gesellschaft betont. Deshalb fordert sie die **Inklusion** in das RG und es wird auf die **Vergeschlechtlichung** des Arbeitsbereiches *Care* verwiesen, die diese Diskriminierung mitbedinge (vgl.

teoricamente la inclusión del Régimen especial al Régimen General [...] pero nunca se ha convertido en un tema importante propio." (Interview Amaia Orozco: 35:50-36:20)

⁶⁰ " [...] nunca se ha considerado el empleo de hogar como una cuestión que nos toca como mujeres como feministas; que es el problema de las migrantes empleadas del hogar, sino que es nuestro problema." (Interview SEDOAC: 37:40)

El País, June 1, 2011 Wednesday, Andalucía Edición)⁶¹. Diese unabhängigen Frauenbewegungen sind allerdings sehr zersplittert und haben nur wenige Ressourcen (vgl. Kapitel 5). Durch ihre Marginalisierung haben sie auch nur einen indirekten Einfluss auf die politischen Aushandlungen.

Die Schwäche der spanischen Frauenbewegungen zeigt sich also in diesem Konflikt. So sind die Bewegungen entweder institutionell vereinnahmt wurden oder marginalisiert. Die sichtbaren, finanziell gut ausgestatteten Frauenbewegungen wurden staatlich aufgebaut, was zur Folge hat, dass sie technokratisch und unpolitisch sind und nur geringfügig mit den Ursprüngen der Frauenbewegungen verwoben sind. Viele Organisationen könnten sich nicht gegen die Ausrichtung der Politik richten, da sie sonst das System kritisieren würde, auf dem sie basieren (vgl. Interview DG: 9.35-10.240).

Die Thematisierung der vielfältigen Diskriminierungen fällt ambivalent aus, die prognostizierten Interessendivergenzen zwischen ArbeitgeberIn und Care-Arbeiterin spiegeln sich in den Interviews deutlich und prägen das Verhältnis in dem Konflikt.

Dass das *Foro Política Feminista* trotzdem unterschrieben hat, zeigt allerdings, dass diese Position umkämpft ist. So stand ein Teil des Forums, wie die Präsidentin selbst, der vollen Integration kritisch gegenüber.

7.2 Gewerkschaften

Nun sollen die Interviews der Gewerkschaften auf die Frage des Umgangs mit vielfältigen Herrschaftsachsen ausgewertet werden. Die Analyse der Interviews mit den Gewerkschaften fällt ausführlicher aus, da hier sowohl das Interview mit der nicht-repräsentativen Gewerkschaft CGT als auch zwei Interviews mit der CCOO ergiebig waren.

⁶¹ „Las empleadas de hogar se enfrentan a una discriminación clara“, critica Begoña San José, del Fórum de Política Feminista. "Son una fuerza vital en la sociedad. Mueven un engranaje de cuidados sin el que las cosas no funcionarían. A pesar de eso, están en una situación de enorme desventaja. Mucho tiene que ver con esa discriminación que la casi totalidad sean mujeres. Si los chóferes domésticos están en el régimen general de trabajadores, ¿por qué las empleadas domésticas no? Eso debe cambiar", exige.“

7.2.1 CGT

Politisch verteidigt die CGT die Rechte von migrantischen *Care*-Arbeiterinnen am stärksten von den interviewten Gewerkschaften.

Die nicht-repräsentative Gewerkschaft berichtet von vielen Treffen mit, hauptsächlich migrantischen, *Care*-Arbeiterinnen (vgl. Interview CGT 1: 6).

Die CGT thematisiert die Diskriminierung entlang des Aufenthaltsstatus und kritisiert diese. Auch die Reform der Integration in RG kritisierten sie, da sie für Migrantinnen würde sie keine Verbesserungen bringen (vgl. Interview CGT 1: 4-5). Dabei bezieht sie sich allerdings auf die Illegalisierten, es gebe hingegen viele Migrantinnen, mit Aufenthaltsgenehmigungen, die von den Verbesserungen profitieren könnten (vgl. Interview CGT 1: 7). Illegalisierte hätten hingegen sogar Nachteile von der neuen Regulierung. Während sie früher ihre Sozialversicherung selbst zahlen konnten und damit einen Nachweis hatten, mit dem sie dann nach zwei Jahren einen Aufenthalt beantragen konnten, geht dies nun nicht mehr. Die CGT fordert deshalb **Legalisierungen** (vgl. Interview CGT 1: 8/9) und die Reformierung des „Ausländergesetzes“ *Ley de Extranjería*, so dass in Spanien arbeitende Personen ohne Papiere legalisiert werden und damit aus der Schattenwirtschaft heraustreten können (vgl. Interview CGT 1: 39-41).

Dementsprechend hat die CGT die Konstellation der spanischen **Geschlechterverhältnisse** und die Struktur des Wirtschafts- und Sozialsystems kritisiert. Auch auf die **Abwertung** von *Care*-Arbeit beziehen sie sich: *Care*-Arbeit solle „wie eine normale Arbeit“ behandelt und allen anderen Arbeitsverhältnissen gleichgestellt werden (Interview CGT 1: 38). Deshalb möchte diese Gewerkschaft durchsetzen, dass sich alle **CGT-Mitglieder**, die eine Arbeiterin im Bereich *Care* einstellen, dazu **verpflichten**, diese sozial zu versichern und gut zu bezahlen. Ein entsprechender Antrag soll auf nächsten Gewerkschaftskongress eingebracht werden (vgl. Interview CGT 1: 37).

Die CGT bettet ihre Position in eine Gesellschaftskritik ein. Perez, die Gewerkschaftssekretärin für Frauen, kritisiert den „klassischen Feminismus“,

womit sie die Emanzipation von Frauen durch Erwerbsarbeiten meint (vgl. Interview CGT 1: 16:55). In der CGT wird deshalb, v.a. von Frauen, eine **Umgestaltung der Gesellschaft** gefordert. Perez kritisiert, dass *Care*-Arbeit nicht gesellschaftlich verteilt wird, sondern andere Frauen „versklavt“ (vgl. Interview CGT 1: 17:00)⁶². Stattdessen solle jedeR das Recht dazu haben, keine *Care*-Arbeit zu leisten, aber umgekehrt auch die Möglichkeit, welche zu leisten, ohne deshalb auf ein gutes Leben verzichten zu müssen (vgl. Interview CGT 1: 16:15)⁶³. Statt zu leben um zu arbeiten, soll das Leben in den Mittelpunkt gestellt werden, wozu im Kapitalismus keine Zeit sei (vgl. Interview CGT 1: 18 und Interview CGT 2: 0-0:40). Stattdessen solle das Sorgen um sich und andere ins Zentrum gestellt werden (vgl. Interview CGT 1: 17:40)⁶⁴.

Eine politische Solidarisierung zeigt sich in dieser Gewerkschaft, da gleichzeitig die Bedingungen der divergierenden Interessen kritisiert werden. Allerdings hat die CGT viel weniger Ressourcen zur Verfügung als die "repräsentativen" Gewerkschaften. Seit dem *Gesetz zur Gewerkschaftsfreiheit* ist sie stark **marginalisiert**. Zur Zeit der Interviewführung war Isabel Pérez (mit der auch das CGT-Interview geführt wurde) für den Bereich Hausarbeit zuständig. Sie war, so gibt Amaia Orozco zu bedenken, selbst lange Zeit Hausarbeiterin. Deshalb war die CGT zu dieser Zeit auch in der Praxis sehr aktiv (vgl. Interview Amaia Orozco: 7.45)⁶⁵, nimmt aber auch eine eher unbedeutende Rolle ein. Perez selbst bewertet die Rolle ihrer Gewerkschaft CGT in der Praxis im Bereich der *Care*-Arbeit als gering. Sie begründet die relativ schwache Rolle der CGT damit, dass sie als Institution aufgrund der „Nicht-Repräsentativität“ wenig Einfluss hat. Sie gibt allerdings zu bedenken, dass die CGT sehr dezentralisiert arbeitet und es dadurch wenig Koordinierung

⁶² „Es que si es una ventaja para mí como mujer que tengo así defendiendo mi trabajo y por venir y no sé que, pero estoy "esclavizando" [...] a otra mujer." (CGT 1: 17:00).

⁶³ "derecho a querer cuidar: yo tengo derecho a cuidar, pero también tengo derecho a no cuidar si no quiero." (CGT 1: 16:15)

⁶⁴ „Nosotras desde CGT [...] [fordern] hay que reorganizar el tema de los cuidados. Hay que poner los cuidados en el centro de la vida. No el trabajo (lacht) y la producción (lacht) en el centro de la vida, que es lo que está pasando" (CGT 1: 17:40).

⁶⁵ Deshalb muss mitreflektiert werden, dass die eigene Betroffenheit sensibel für das Thema macht.

gibt.

Allerdings würden **Einzelpersonen** der CGT bei den verschiedenen Aktivitäten eine wichtige Rolle spielen. Auch in der Öffentlichkeitsarbeit und in der direkten Unterstützung von Arbeiterinnen im Bereich *Care* berichtet sie von einigen Aktivitäten, in denen Einzelpersonen der CGT engagiert waren (vgl. Interview CGT2: 9), bei denen die Gewerkschaft allerdings nicht Hauptorganisatorin war (vgl. Interview CGT1: 2:45/ 3).

In der CGT werden somit die vielfältigen Diskriminierungen benannt und kritisiert. Allerdings ist die Organisation nicht als Ganze bei der Verbesserung der Situation von Care-Migrantinnen beteiligt, sie ist statt dessen abhängig von Einzelpersonen.

7.2.2 CCOO

Ihre Hauptaufgabe für Arbeiterinnen im Bereich *Care* sehen die repräsentativen Gewerkschaften in der institutionellen Repräsentation (siehe auch 3.1.3.3) in Verhandlungen mit der Regierung oder bei internationalen Verhandlungen mit den UN (vgl. Interview CCOO PM Nr. 1: 68/ 69).

Die Gewerkschaften haben deshalb in der Verhandlung zur Reformierung der Arbeitsbedingungen ihre institutionelle **Vertretungsfunktion** wahrgenommen. Palmira Maya von der CCOO ist im Allgemeinen zufrieden mit dem Ergebnis der Integration in das RG (vgl. Interview CCOO PM Nr. 1: 29). Zwar hätte ihre Gewerkschaft auch die Arbeitslosensicherung gefordert (vgl. Interview CCOO PM Nr. 1: 62), was gegen die Regierung aber nicht durchsetzbar gewesen sei (vgl. Interview CCOO PM Nr. 1: 60). Auch die UGT habe sie in dieser Forderung nicht unterstützt (vgl. Interview CCOO PM Nr. 1: 64). Sie betont, dass sie sich sehr stark engagiert hätten (vgl. Interview CCOO PM Nr. 1: 62). Allerdings sehe sie es ein, dass die Integration in das RG ein gesellschaftlicher Prozess sei (vgl. Interview CCOO PM Nr. 1: 62), der nur Schritt für Schritt umsetzbar wäre. Palmira Maya von der CCOO nennt sowohl Studien mit Vorschlägen zur Verbesserung (vgl. Interview CCOO PM Nr. 1: 19/20), als auch öffentliche Veranstaltungen, in denen sie *Care*-Arbeiterinnen informiert

haben (vgl. Interview CCOO PM Nr. 1: 35/36) und die Thematisierung in Demonstrationen (vgl. Interview CCOO PM Nr. 1: 68/ 69) als Beispiele für das Engagement der CCOO. Dieses Engagement weise außerdem weit zurück. So habe sich die Gewerkschaft schon in den 80er Jahren für diese Arbeiterinnen eingesetzt. Als Ergebnis dieses Kampfes wurde der Bereich erstmals reguliert, damals in Form des REEH, dessen Integration in das RG heute gefordert wird. Die besonders schlechten Arbeitsbedingungen skandalisierten sie vor zwei Jahren erstmals auf der 1. Mai Demonstration mit Plakaten und Forderungen für *Care*-Arbeiterinnen (vgl. Interview CCOO PM Nr. 1: 73). Palmira Maya wendet jedoch gleichzeitig ein, dass die CCOO in dem Bereich nicht sehr viel mehr tun könne, da es sehr schwer sei, dafür viele Menschen zu mobilisieren (vgl. Interview CCOO PM Nr. 1: 70).

Auch aus **traditioneller** (Geschichte der Arbeitsmigration) und **politischer** (internationale Solidarität und Kollektiv der ArbeiterInnen) Perspektive, sind sie der Verteidigung der Rechte von *Care*-Arbeiterinnen verpflichtet. So betonen die GewerkschaftsvertreterInnen in den Interviews ihr Selbstverständnis der Vertretung aller ArbeiterInnen und beziehen dabei explizit Migrantinnen ein. Die CCOO sei eine „Gewerkschaft der Klasse“ (Interview CCOO BV: 39.00), betont Blanca Villate, als sie sich von Gewerkschaften abgrenzt, die sich nur um die Rechte von ArbeiterInnen eines bestimmten Sektors bemühen: „Die Aufgabe, die wir haben ist, die Arbeitsbedingungen aller Kollektive anzugleichen“ (Interview CCOO BV: 41)⁶⁶. Dabei betont sie explizit, dass ihre Gewerkschaft auch migrantische ArbeiterInnen in dieses Kollektiv einbezieht: „Ob nun Migrant oder nicht. Alle Arbeiter.“ (Interview CCOO PM Nr. 1: 37).⁶⁷ Diese solidarische Haltung gegenüber migrantischen ArbeiterInnen sei selbstverständlich für die CCOO, vor allem durch ihre Geschichte: Die Gewerkschaft habe die besondere Situation von MigrantInnen „schon immer“ diskutiert, weil SpanierInnen selbst lange „ExporteurInnen“ von Arbeitskräften waren (Interview CCOO PM Nr. 1:

⁶⁶ „Nosotros [...], es el papel que tien [la confederación], equilibrar [...] las condiciones de trabajo de todos los colectivos. ”

⁶⁷ “[...]el sindicato es el que represente a los trabajadores a los trabajadores. Inmigrantes o no. Trabajadores. Todos al fin.”

11: 10). Damals hat die CCOO spezielle Sektionen (CITEs, *Centros de Información de Trabajadores Extranjeros*) innerhalb der Gewerkschaft aufgebaut, die sich mit dieser besonderen Situation beschäftigten, um emigrantische ArbeiterInnen zu unterstützen (vgl. Interview CCOO PM Nr. 1: 12). Diese CITEs sind mehr als 20 Jahren alt, fester Bestandteil der CCOO und sind nun selbstverständlich auch für die immigrantischen ArbeiterInnen da (vgl. Interview CCOO PM Nr. 1: 13; 15).

Die **jüngere Entwicklung der CCOO** in der Zeit des Aufbruchs der Frauenbewegung hat zur Folge, dass Geschlechterverhältnisse eine größere Rolle spielen. Palmira Maya der CCOO ist sich bewusst, dass migrantische illegalisierte *Care*-Arbeiterinnen **viel verletzlicher** sind, da sie nicht in offiziellen Arbeitsverhältnissen arbeiten können, in denen es institutionalisierte, abgesicherte Mechanismen zum Schutz gibt. Sie seien außerdem **viel abhängiger**, was es schwieriger für sie machen würde, ihre Rechte einzufordern (vgl. Interview CCOO PM Nr. 2: 6-7). Palmira Maya zeigt zudem ein Bewusstsein für die Betroffenheit von rassistischen Diskriminierungen und Zuschreibungen (vgl. Interview CCOO PM Nr. 2: 20:40). Dagegen versuche die CCOO in ihrer Politik durch Informationsarbeit zu wirken (vgl. Interview CCOO PM Nr. 2: 21:00).

Andere Aussagen zeigen jedoch eher, dass *Care*-Arbeit und die besondere Situation von Migrantinnen in diesen Arbeitsbereich **wenig Beachtung** geschenkt werde. So kennt sich Maya, als Verantwortliche für *Care*-Arbeiterinnen in der Gewerkschaft CCOO, tatsächlich nicht gut mit der Situation von migrantischen Arbeiterinnen aus (vgl. Interview CCOO PM Nr. 2: 7-9). Auch ihre Kollegin Blanca Villate, die mit für die Integration des „Regimen Especial“ in das „Regimen General“ verhandelt hat, behauptet, dass dieses allen ArbeiterInnen gleichermaßen zugutekomme und verneint, dass es eine Diskriminierung entlang von Migration oder Herkunft im Arbeitsbereich in Spanien gibt: „Was man verstehen muss ist, dass die Unterschiede nicht aus der Herkunft kommen. Es ist irrelevant, ob er/sie MigrantIn ist oder SpanierIn. Die Gesetze machen keine Unterschiede.“ (Interview CCOO BV: 34)⁶⁸. Sie

⁶⁸ "La Regulación nueva [...] sirve para todo el mundo [...] Lo que hay que entender es que

sieht dementsprechend keinen Handlungsbedarf bei ArbeiterInnen, die keine Aufenthaltsgenehmigung haben, da diese „natürlich“ nicht arbeiten können. Damit geht sie mit juristischen Differenzierung entlang des **Aufenthaltsstatus’ affirmativ** um: “Klar, ah klar, klar, klar klar. Das ist weil, aber das ist weil sie nicht können/dürfen. Weißt du, es ist weil sie nicht können/ dürfen; Klar. Weil eine Person, die keine Erlaubnis [des Aufenthalts] hat, nicht arbeiten kann.” (Interview CCOO BV: 34:45).⁶⁹

Der Abwertung von *Care* als Arbeit stellen sie außerdem die **Gleichstellung dieser Arbeit mit anderen Arbeitsverhältnissen** entgegen. Palmira Maya argumentiert dabei ganz klar für die Einhaltung gewisser Mindeststandards, die alle ArbeitgeberInnen einhalten müssten. Dem Argument, dass eine Familie diese Arbeiterin nicht bezahlen könne, entgegnet sie, dass sie diese dann nicht einstellen könne. Dabei vergleicht sie diese Situation mit der in einer normalen Firma, bei der auch gewisse Mindeststandards eingehalten werden müssen. Statt einer Minimierung der Arbeitsrechte solle mehr in die öffentliche Fürsorge investiert werden (vgl. Interview CCOO PM Nr. 1: 51-53). Die Grundposition der CCOO ist deshalb, dass Arbeiterinnen im Bereich *Care* die gleichen Rechte zustehen wie den anderen ArbeiterInnen (vgl. Interview CCOO PM Nr. 1: 46/47).

Die Gewerkschaft CCOO sieht somit ihre vorrangige Funktion in der institutionellen Vertretung. Andere Formen der Unterstützung sind marginal. Inhaltlich gibt es jedoch zwei unterschiedliche Fraktionen, die sich recht gegensätzlich zu den Fragen der Verbesserung des rechtlichen Status äußern. Als Ursache hat sich bei den Interviews vor allem der schon angedeutete Konflikt zwischen ArbeitgeberInnen und Care-Arbeiterinnen angedeutet. Dies soll im Folgenden ausgeführt werden.

las diferencias entre trabajadores no se debe del origen del trabajador. No importa que sea inmigrante o no- o Espanol. La legislación laboral no hace diferencias. [...] Las diferencias son previas. Responden [...] a la regulación de inmigración."

⁶⁹ "Claro, ah claro, claro, claro, claro. Es que, pero es que no pueden. Seas, es que no pueden; Claro. Es que una persona que no tiene permiso, es que no puede trabajar."

7.2.3 Konflikte zwischen *Care*-Arbeiterinnen und repräsentativen Gewerkschaften

Aus der **doppelten Rolle der Gewerkschaften** ergeben sich für *Care*-Arbeiterinnen, aber auch für erwerbstätige Personen, die selbst *Care*-Arbeiterinnen einstellen, Konflikte. Diese ambivalente Position zeigt sich auch in den Widersprüchen innerhalb der Interviews.

Sie würden vor allem ihre **Hauptklientel verteidigen**: die mittelständischen Familien, die selbst *Care*-Arbeiterinnen einstellen, so die Kritik von SEDOAC. Dementsprechend hätten die Gewerkschaften bei den Verhandlungen um dieses Gesetz die Positionen der ArbeitgeberInnen eingenommen.

Wie oben bereits argumentiert, wird dabei die Gefahr gesehen, dass eine Erhöhung der Kosten die Einstellung der *Care*-Arbeit nicht mehr lohnen würde. Stattdessen würden spanische Frauen ihre Erwerbstätigkeit wieder aufgeben und in die unbezahlte Hausarbeit zurückkehren. Damit würden sie eine Politik gegen mittelständische ArbeiterInnen machen, die ihre eigenen WählerInnen bzw. Mitglieder sind – mehr als Arbeiterinnen im Bereich *Care*. Somit habe die UGT nach Blanca Villate "zu viel" (volle Integration in RG) gefordert. So sei eine volle Integration in das RG ihrer Meinung nach nicht umsetzbar (Interview SEDOAC: 16.30). Es müsse beachtet werden, dass es sich um Familien und nicht um Unternehmen handle und dort nicht die gleichen Regeln gelten könnten. Das größte Problem sieht sie darin, dass eine Familie nicht wie eine Firma behandelt werden könne (vgl. Interview CCOO BV: 10-10.30).

Care-Migrantinnen haben die Gewerkschaften dafür kritisiert, dass in den Verhandlungen „die Arbeitgeber nicht die Vereinigung der Unternehmen ist. Sondern die Arbeitgeber sind die eigenen Gewerkschaften, die selbst *Care*-Arbeiterinnen einstellen. Deshalb sagen sie [die Gruppen der *Care*-Arbeiterinnen, S.R.], dass sie [die Gewerkschaften] in diesem Fall ihre eigenen Klasseninteressen vertreten haben. Und das hat man gemerkt! Und zwar sehr

häufig darin, wie sie sich positioniert haben!“⁷⁰ (Interview Amaia Orozco: 6:05-6:30). Dies wird am deutlichsten von der Gewerkschafterin der CCOO selbst bestätigt, als sie von den Regierungsverhandlungen berichtet. Auf meine Frage, warum die Arbeitgebervereinigung CEOE nach einiger Zeit nicht mehr mit verhandelt haben antwortet sie: „Weil sie [die CEOE] hier niemanden repräsentierte. Sie repräsentierten niemanden. In diesem Fall haben wir alle [in den tripartistischen Verhandlungen anwesende: Regierung, Arbeitgeber, Gewerkschaften; S.R.] die gleichen Interessen vertreten: Wir Verhandelnde waren in der Mehrheit – egal ob Arbeitgeber oder Gewerkschaften – meistens Arbeitgeber, im größeren oder kleineren Rahmen.“⁷¹ (Interview CCOO BV: 50:25). Dies rekurriert auf die eigenen Interessen als GewerkschafterIn, die/der *Care*-Arbeiterinnen einstellt.

Nach Aussage von SEDOAC sehen sogar die *Care*-Arbeiterinnen selbst das geringe Engagement als Ausdruck dafür, dass die Gewerkschaften sie nicht als Arbeiterinnen sehen, sondern als Helferinnen für Familien (vgl. Interview SEDOAC: 31.15). Da *Care*-Arbeit nicht als richtige Arbeit gelte, würden sich die Gewerkschaften eher mit den (mittelständischen DoppelverdienerInnen-) Familien, die *Care*-Arbeiterinnen beschäftigen solidarisieren: „(...) weil (Haus)Angestellte nicht als Arbeiterinnen kategorisiert sind, stellen sie sich auf die Seite der Familien“ (Interview SEDOAC: 33:35)⁷². Darin sieht SEDOAC auch begründet, dass Gewerkschaften sie als irrelevante Gruppe ansehen und ihnen weder eine eigene gewerkschaftliche Sparte schaffen, noch richtig mit ihnen zusammenarbeiten (vgl. Interview SEDOAC: 35:30).

Die fehlende Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Selbstorganisierungen ist ein weiterer Konflikt. Während es Palmira Maya als

⁷⁰ "Lo que dicen [...] las companeras de la Asociacion de Empleadas del Hogar de Vizcaya [...]: Que los propios empleadores eran los sindicatos. Entonces, en el caso del empleo de hogar la patronal, no es la organización de empresarios. Es que la patronal son los propios sindicalistas, que son los que contratan las empleadas del hogar. Entonces, digamos que en este sentido iban contrar sus intereses de clase. Y se ha notado! Muchas veces, en como han puesto, pegas!" (Interview Amaia Orozco: 6:05-6:30)

⁷¹ "Porque [la CEOE, S.R.] no representa a nadie. No representan a nadie. En este caso todos representabamos lo mismo. Porque la mayoría de la gente que estabamos en la mesa – lo mismo de la patronal que de los sindicatos – en muchos casos, eramos empleadores de mayor o menor medida." (Interview CCOO BV: 50:25)

⁷² „(...) como las empleadas no estamos categorizadas como trabajadoras, por eso están con las familias"

sehr schwierig beschreibt *Care*-Arbeiterinnen zu organisieren, da sie sehr vereinzelt seien (vgl. Interview CCOO PM Nr. 1: 17), zeigt die Existenz von SEDOAC etwas anderes. Allerdings beteilige sich die CCOO auch nicht an den Aktivitäten der existierenden Organisationen. Ebenso wenig kennt Palmira Maya den 28. März als internationalen Tag der *Care*-Arbeiterinnen (vgl. Interview CCOO PM Nr. 1: 73), an dem seit 2008 jedes Jahr eine Demonstration in Madrid stattfindet. Auf die Nachfrage, mit welchen Organisationen von *Care*-Migrantinnen sie die oben genannten Veranstaltungen durchgeführt haben, nennt sie beispielhaft Caritas und Cruz Roja (Rotes Kreuz) (vgl. Interview CCOO PM Nr. 1: 35/36). Wie oben ausgeführt, nehmen diese die Position als ArbeitsvermittlerIn ein. Caritas wird sowohl von SEDOAC, als auch von der CGT dafür kritisiert, die Position der Familie einzunehmen und nicht auf die Einhaltung von Mindeststandards bei den Arbeitsverhältnissen zu achten (vgl. Interview CGT2: 21). Migrantischen *Care*-Arbeiterinnen würden damit ausbeuterische Arbeitsbedingungen vermittelt (vgl. Interview CGT2: 17-22). Vor allem die Caritas würde „immer zu viel an die Arbeitgeber denken“ (Interview CGT2: 20:20)⁷³. Trotzdem arbeitet die CCOO mit Caritas zusammen und sieht keine Widersprüche darin, sie als Organisationen von *Care*-Arbeiterinnen zu bezeichnen (vgl. Interview CCOO PM Nr. 1: 39). Auch Blanca Villate von der CCOO weist die Kritik mit dem Kommentar, dass diese Organisationen viel Gutes tun würden, zurück (vgl. Interview CCOO BV: 42.30-46.15).

Nach Maya, hätte die CCOO auch SEDOAC nach ihren Vorschlägen zur Veränderung der Arbeitsbedingungen befragt, diese habe sich aber mit denen der Gewerkschaft gedeckt (vgl. Interview CCOO PM Nr. 1: 38-40). Dies kann SEDOAC jedoch nicht bestätigen.

So würde die CCOO weder mit ihnen zusammenarbeiten, noch hätten sie sie zu ihren Vorschlägen befragt. Stattdessen wären sie nur über neue Veränderungen informiert worden (vgl. Interview SEDOAC: 21.50-23.10; 25.20; 29.30). Maya gerät bei der Frage nach der Unterschiedlichkeit von Forderungen der repräsentativen Gewerkschaften und der Arbeiterinnen im Bereich *Care* ins

⁷³ "siempre piensan bastante en los empleadores " (CGT2: 20:20).

Stocken: Die Forderungen „sind haargenau ... sehr gleich. Es gab einige, spezifische Punkte von von ... von ... von ... Unterschieden ... von ... Differenzen ... aber grundsätzlich ... im Wesentlichen ... ihre [von den *Care*-Arbeiterinnen] Vorschläge, also die Vorschläge, die sie uns vorgelegt haben [...] haben wir der Regierung übergeben.“ (Interview CCOO PM Nr. 1: 38)⁷⁴.

Die CGT (vgl. Interview CGT 2: 1:40-2.05) bestätigt die Aussagen von SEDOAC und fügt hinzu, dass CCOO und UGT in der Mehrzahl der Fälle nur die Hälfte der Forderungen der *Care*-Arbeiterinnen aufnehmen würden (vgl. Interview CGT 2: 00-2.00). Die *Care*-Arbeiterinnen selbst fordern tatsächlich gleiche Rechte wie alle anderen ArbeiterInnen. Deshalb kritisieren sie das Gesetz und beschuldigen die Gewerkschaften, dass sie keine große Veränderung durchsetzen konnten. Die Gewerkschaften würden sich öffentlich damit schmücken, die *Care*-Arbeiterinnen in das RG zu integrieren, sie aber gleichzeitig nicht als "trabajadoras plenas" anerkennen, da sie weiterhin als "relacion especial" definiert werden (Interview SEDOAC: 39:10). Außer der Sozialversicherung habe es keine Verbesserungen gegeben, es wäre nicht einmal eine Arbeitslosensicherung (12.55) durchgesetzt worden. Im Gegenteil: die Veränderung könnte sogar Löhne senken, da der vorgeschriebene Mindestlohn von 3,75 € unter dem tatsächlich durchschnittlichen liegt (Interview SEDOAC: 73:20).

Diese **unterschiedlichen Forderungen** verweisen auf einen weiteren Konflikt zwischen *Care*-Arbeiterinnen und repräsentativen Gewerkschaften.

So fühlen sich die in SEDOAC organisierten *Care*-Arbeiterinnen nicht von den Gewerkschaften UGT und CCOO vertreten (vgl. Interview SEDOAC: 27.25; 36.00). Dabei betont Pilar den Unterschied der öffentlichen Positionierung und der tatsächlichen Umsetzung: „In der Theorie werden sie immer sagen: Wir verteidigen die *Care*-Arbeiterinnen, und blablabla. Aber in der Praxis tun sie das nicht.“ (Interview SEDOAC, Pilar, 29:20)⁷⁵. Aus diesem Grund finden sie, dass sie nicht im sozialen Dialog vertreten sind und ihnen eine Repräsentation

⁷⁴ "son exactamente... muy coincidentes. Habrá algunas, concertas notas de de de ... distinction ... de .. diferencia... pero practicamente ... lo esencial... sus propuestas, las propuestas que nos plantean (...) son que las que nosotros hemos llevado al gobierno."

⁷⁵ "Siempre en la teoria (los sindicatos representativos CCOO y UGT) van a decir: Nosotros defendemos a las empleadas del hogar y lalala. Pero en la practica no lo realizan."

fehlt (vgl. Interview SEDOAC: 37:00). Die Kritik der *Care*-Arbeiterinnen selbst geht so weit, dass sie den Gewerkschaften vollständig absprechen die Interessen von illegalisierten Migrantinnen wahrzunehmen. Dementsprechend lassen sich eine sehr schwache Zusammenarbeit und unterschiedliche Positionen von Gewerkschaften gegenüber Organisationen von *Care*-Arbeiterinnen feststellen, die sich in dem Konflikt um die offizielle Repräsentation von *Care*-Arbeiterinnen seitens der Gewerkschaften zuspitzt. Auf Grund der divergierenden Interessen stellt dies den größten Konflikt zwischen den *Care*-Migrantinnen selbst und den Gewerkschaften dar. Denn die Ankündigung der Selbstorganisation SEDOAC, eine **eigene Gewerkschaft gründen** zu wollen, stellt die Rolle der repräsentativen Gewerkschaften als angemessene Interessenvertretung, und damit ihre Legitimationsgrundlage, in Frage.

Wie schon oben erwähnt, haben UGT und CCOO formal einen Vertretungsanspruch für alle ArbeiterInnen in verschiedenen staatlichen Gremien und für die Aushandlung der Arbeitsrechte und Verträge. So hat Blanca Villate von der CCOO am 14.11.2011 die Reform der Sozialversicherung unterschrieben, von der sie berichtet (vgl. Interview CCOO BV: 52-55). Dieser Vertretungsanspruch ist jedoch der größte Streitpunkt zwischen den repräsentativen Gewerkschaften und den Selbstorganisationen. Das bestätigt auch die CCOO (vgl. CCOO PM Nr. 1: 74).

Palmira Maya betont, dass sie kein Problem damit hat, mit den *Care*-Arbeiterinnen zusammenzuarbeiten. Dies finde aber seine Grenze dort, wo die Zuständigkeit der Gewerkschaften anfängt (vgl. Interview CCOO PM Nr. 1: 37): die Verhandlung der Arbeitsbedingungen unterliege immer den Gewerkschaften (vgl. Interview CCOO PM Nr. 1: 74-75). Dazu meint Blanca Villate: „Einige dieser Organisationen [von *Care*-Arbeiterinnen] wollten eine gewerkschaftliche Rolle spielen [...] Und, klar, damit sind wir nicht einverstanden“ (Interview CCOO BV: 39.00)⁷⁶. Dies begründet sie damit, dass sektorale Gewerkschaften nur ihre sektoralen Interessen, auch gegen die

⁷⁶ "Algunas de estas organizaciones [de empleadas del hogar inmigrantes organizadas, S.R.] , lo que querrían era, ejercer un papel sindical. [...] Y entonces, claro, con eso no estamos de acuerdo.[...]"

Interessen von anderen ArbeiterInnen durchsetzen würden (vgl. Interview CCOO BV: um 40-41)⁷⁷. Und Palmira Maya macht klar: „Rechtfertigung haben wir.“, und sie fügt noch einmal hinzu, dass diese ihnen rechtmäßig zusteht (Interview CCOO PM Nr. 1: 74.45-75:15)⁷⁸.

8 Fazit

In der vorliegenden Arbeit wurde deutlich, dass Gewerkschaften und Frauenbewegungen in Bezug auf die Verbesserung der Rechte von *Care*-Arbeiterinnen sehr ambivalent argumentieren und agieren.

Vor allem ist durch die Externalisierung von *Care*-Arbeit in der Mittelschicht ein Konflikt zwischen den ArbeitgeberInnen der *Care*-Arbeiterinnen und den *Care*-Arbeiterinnen entstanden. Dabei bauen die Privilegien der ersteren (meist autochthone Spanierinnen der Mittelschicht) auf der Marginalisierung – u.a. in Form schlechter Arbeitsbedingungen – der (meist migrantischen) *Care*-Arbeiterinnen auf. Die hier entstandenen Ungleichheiten verlaufen an den Achsen von Migration, Klasse und Geschlecht.

Da die Emanzipation der Mittelschicht und der Frauen in Spanien auf den genannten Marginalisierungen aufbauen, stehen Gewerkschaften und Frauenbewegungen im Konflikt zwischen diesen Interessen.

Beim Kampf gegen diese Ungleichheiten, der hier beispielhaft an der Verbesserung der arbeitsrechtlichen Situation untersucht wurde, wird deutlich, dass die Positionen sehr ambivalent sind. Mit Bezug auf die Kritik der Repräsentation wird deutlich, dass die SprecherInnen von Gewerkschaften und Frauenbewegungen auch ihre eigenen Interessen repräsentieren.

Die selbst erwerbstätigen Familien gehören zum Hauptklientel der Gewerkschaften. Für diese sind migrantische *Care*-Arbeiterinnen zwar

⁷⁷ "Ellos [sindicatos corporativos] [...] lo que - sobre todo- busca son los beneficios de ese colectivo. Sin, muchas veces, valuar como eso afecta otros.[...] Nosotros [...], es el papel que tien [la confederación], equilibrar [...] las condiciones de trabajo de todos los colectivos." (Interview CCOO BV: um 40-41)

⁷⁸ "justificación tenemos. Justificada." (CCOO PM Nr. 1: 71.25)

erwünscht, allerdings nur in ihrer unterprivilegierten Position. Denn durch die derzeitige Konstellation der spanischen Geschlechterverhältnisse und der Struktur des Wirtschafts- und Sozialsystems ist die aktuelle Situation für die spanischen Familien nur durch die Übernahme prekärer und unterbezahlter Hausarbeit durch Migrantinnen möglich.

Gleichzeitig ist Solidarität ein hoher Wert in Gewerkschaften, in Spanien werden außerdem traditionell MigrantInnen in dieses Kollektiv einbezogen und Gewerkschaften waren die offizielle Vertretung für Care-Arbeiterinnen. Teile der CCOO und vor allem die GCT haben solidarische Positionen eingenommen.

Dies könnte darauf verweisen, dass die enge Bindung an die staatlichen Institutionen eine politische Solidarität erschwert. Denn die Bewegungen basieren selbst auf den staatlichen Strukturen und deren Herrschaftsverhältnissen. Daraus wird die Problematik deutlich, dass staatlich angebundene soziale Bewegungen – wie sie in Spanien dominieren – gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse reproduzieren.

Eine solche Tendenz zeigt sich auch in den Frauenbewegungen. Die interviewte institutionalisierte Frauenbewegung repräsentiert vor allem die Interessen der Arbeitgeberin. Die Mehrheit der spanischen Frauen profitiert von der Marginalisierung migrantischen *Care*-Arbeiterinnen. Ihre „Emanzipation“ in gesellschaftlich angesehenerer Lohnarbeit basiert auf den schlechten Arbeitsbedingungen der migrantischen *Care*-Arbeiterinnen. Damit treten Solidarisierungen durch die Differenzen in den Hintergrund, die sich aus unterschiedlicher Betroffenheit durch die Ungleichheitsachsen von Klasse und Migration ergeben.

Die autonomen Frauenbewegungen verhalten sich jedoch konträr dazu. Sie scheinen *Care*-Arbeiterinnen inhaltlich und in ihren Handlungen zu unterstützen. So wurden die Forderungen von SEDOAC auch bei den Protesten gegen die Krise auf der Plaza del Sol von der autonomen Bewegung "FeminismoSol" als Forderung der Bewegung übernommen (vgl. El País, July 18, 2011 Monday, 1^a Ed. Madrid Edición).

Es konnte gezeigt werden, dass eine politische Solidarisierung möglich ist,

wenn sich die AkteurInnen der Bewegungen nicht auf die privilegierten Positionen berufen, sondern den Herrschaftsverhältnissen die Legitimität entziehen. Dies ist im vorliegenden Fall die politische Strategie von CGT und „autonomen Feministinnen“. Dadurch wird die Basis der Interessendifferenzen selbst hinterfragt und kritisiert. Der Reproduktion von Herrschaftsverhältnissen können damit emanzipative Alternativen entgegengesetzt werden.

Literaturverzeichnis

Anderson, Bridget (2006): *Doing the dirty work? Migrantinnen und die Globalisierung der Hausarbeit in Europa*. Berlin: Assoziation A.

Barrios, Harald (2004): Grundzüge des politischen Systems Spaniens. In: Bernecker, Walther L. (Hg.): *Spanien heute. Politik, Wirtschaft Kultur*. Frankfurt: Vervuert, 53-84.

Becker-Schmidt, Regina (2007): "Class", "Gender", "Ethnicity", "Race", in: Klinger, Cornelia, Knapp, Gudrun- Axeli und Sauer, Birgit (Hg.): *Achsen der Ungleichheit: zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität*. Frankfurt [u.a.]: Campus, 56-83.

Beckmann, Sabine (2008): *Geteilte Arbeit? Männer und Care-Regime in Schweden, Frankreich und Deutschland*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Beer, Ursula (1990): *Geschlecht, Struktur, Geschichte*. Frankfurt: Campus.

Berliner Sommeruniversität für Frauen (1978): *Frauen als bezahlte und unbezahlte Arbeitskräfte. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen im Oktober 1977*. Berlin: Dokumentationsgruppe der Sommeruniversität.

Bernecker, Walther (2006): *Spanien-Handbuch*. Tübingen: Narr Francke.

Bianchi, Vera (2003): *Feministinnen in der Revolution. Die Gruppe mujeres libres im Spanischen Bürgerkrieg*. Münster: Unrast.

Bieling, Hans-Jürgen (1993): *Nationalstaat und Migration im „Postfordismus“ – Gewerkschaften vor der Zerreißprobe*. FEG Studie Nr. 2. Marburg: FEI-Studien.

Bojadžijev, Manuela (2008): *Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Butler, Judith (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*, Frankfurt: Suhrkamp.

Çaglar, Gülay (2004): *Zum Begriff der Konstruktion in der feministischen*

Ökonomiekritik. In: Helduser, Urte; Marx, Daniela; Paulitz, Tanja; Pühl, Katharina (Hg.): *under construction? Konstruktivistische Perspektiven in feministischer Theorie und Praxis*. Frankfurt: New York: Campus, 191-180.

Calavita, Kitty (2006): *Gender, Migration and Law: Crossing Borders and Bridging Disciplines*. *International Migration Review*, Vol. 40, 104-132.

Cantó Milà, Natàlia (2003): *Frauenbewegungen in Spanien. Ein Blick zurück und ein Blick nach vorn*. In: Miethe, Ingrid/ Roth, Silke (Hg.): *Europas Töchter. Traditionen, Erwartungen und Strategien von Frauenbewegungen in Europa*. Opladen: Leske + Budrich, 119-148.

Castro Varela, María do Mar/ Dhawan, Nikita (2004): *Horizonte der Repräsentationspolitik – Taktiken der Intervention*. In: Bettina Ross (Hg.): *Migration, Geschlecht und Staatsbürgerschaft. Weiterdenken für antirassistische, feministische Politik/-wissenschaft*. Opladen: VS-VERLAG Verlag für Sozialwissenschaften, 203-225.

Colectivo IOÉ (2001): *Mujer, Inmigración y Trabajo*. Madrid: IMSERSO. Ministerio de Inmigración y Trabajo.

Colectivo IOÉ (1991): *Foreign Women in Domestic Service in Madrid, Spain*. Geneva: International Labour Office.

Collins, Patricia Hill (2000): *Distinguishing. Features of Black Feminist Thought*. *Black Feminist Thought*. New York/ London: Routledge, 21-43.

Crenshaw, Kimberle (1989): *Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics*. In: *The University of Chicago Legal Forum*, 139–167.

De Sotelo, Elisabeth (2006): *Feminist theory and feminist movement in Spain*. In: *gender...politik...online*. Januar 2006. http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/tagungen/feminist_de_sotelo.pdf, , aufgerufen am 20.01.2011.

Del Río, Sira/ Pérez Orozco (2002): *La economía desde el feminismo: trabajos y cuidados*. In: *Rescaldos. Revista del diálogo social*, 7, 15-36.

Eigmüller, Monika (2007): Grenzsicherungspolitik. Funktion und Wirkung der europäischen Außengrenze. Wiesbaden: VS-VERLAG- Verlag.

Federación de Mujeres Progresistas (2008): Tenemos la persona que necesita. Tres meses de garantía. Una mirada con perspectiva de género al sector empleo doméstico. Madrid.

Feldmann-Neubert, Christine (1991): Frauenleitbild im Wandel 1948-1988: von der Familienorientierung zur Doppelrolle. Weinheim: Deutscher Studien-Verlag.

Fischer, Daniela (2006): Spaniens Umgang mit Immigration. Eine Studie zum migrationsbedingten Kulturkontakt. Passau: Karl Stutz.

Flick, Uwe (2011): Qualitative Sozialforschung: eine Einführung. 4. Auflage. Reinbek b.H.: Rowohlt.

Friese, Marianne (1995): Modernisierungsfallen im historischen Prozess. Zur Entwicklung der Frauenerwerbsarbeit in einem gewandelten Europa. In: Berliner Journal für Soziologie. Heft 2, 149-162.

Gallo, Ernesto (2009): Italy and Spain: Different Patterns of State/Society Complexes in the Contemporary Era. In: Journal of Contemporary European Studies, 17, 2, 255-270.

Gather, Claudia (2002): Weltmarkt Privathaushalt: bezahlte Haushaltsarbeit im globalen Wandel. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Gather, Claudia/ Hanna Meißner (2002): Informelle Erwerbsarbeit in privaten Haushalten. Ein blinder Fleck in der Arbeitssoziologie? In: Gather, Claudia/ Birgit Geissler/ Maria S. Rerrich (Hg.): Weltmarkt Privathaushalt, Münster: Westfälisches Dampfboot, 120-139.

Geissler, Birgit (2008): Die Dienstleistungslücke im Haushalt. Der neue Bedarf nach Dienstleistungen und die Handlungslogik der privaten Arbeit. In: Weltmarkt Privathaushalt: bezahlte Haushaltsarbeit im globalen Wandel. Münster: Westfälisches Dampfboot, 30-49.

Gendera, Sandra und Haidinger, Bettina (2007): Ich kann in Österreich als

Putzfrau arbeiten. Vielen Dank, ja. Bedingungen der bezahlten Haushalts- und Pflegearbeit von Migrantinnen. In: Grundrisse, 23, 28-40.

Gesterkamp, Thomas (1996): „Männerbund Gewerkschaft“, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 47, 596-600.
<http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1996/1996-09-a-596.pdf>

Gottschall, Karin (1995): Geschlechterverhältnis und Arbeitsmarktsegregation. Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt: Campus, 125-162.

Gläser, Jochen/ Laudel, Grit (2006): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. 2. Auflage. Wiesbaden: VS-VERLAG.

González, Elaine Acosta (2011): Care Crisis and Migration. In: Making Connections: Migration, Gender and Care Labor in Transnational Contexts. University of Oxford. 14-15 April 2011.

Gruppe Berliner Dozentinnen (1977): Frauen und Wissenschaft. Berlin: Courage.

Gregorio Gil, Carmen (2010): Debates feministas en el análisis de la inmigración no comunitaria en el estado español. Reflexiones desde la etnografía y la antropología social. In: Relaciones internacionales. n. 14. Juni 2010. Madrid: Grupo de Estudios de Relaciones Internacionales, 93-115.

Gregorio Gil, Carmen (1998): La migración femenina y su impacto en las relaciones de género. Madrid: Narcea.

Han, Petrus (2003): Frauen und Migration: strukturelle Bedingungen, Fakten und soziale Folgen der Frauenmigration. Stuttgart: Lucius Lucius.

Haug, Frigga 1996: Männergeschichte, Frauenbefreiung, Sozialismus. Zum Verhältnis von Frauenbewegung und Arbeiterbewegung. In: Dies.: Frauenpolitiken. Hamburg: Argument, 155-175.

Haug, Frigga (2008): Attacken auf einen abwesenden Feminismus. Ein Lehrstück in Dialektik. In: Das Argument 274/2008.

Holmes, Amy/ Rausch, Renate (2003): Geschlecht und Globalisierung.

Materialreihe des Zentrums für Gender Studies und feministische Zukunftsforschung der Philipps-Universität Marburg. Heft 2.

hooks, bell (1990): Schwesterlichkeit: Politische Solidarität unter Frauen. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis. In: Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V. (Hg): Geteilter Feminismus, Bd. 27/1990.

Honsberg, Sylvia (2001): Frauenlos. Geschlechterverhältnisse in den Gewerkschaften. Hamburg: VS-VERLAG.

Jessop, Bob (1990): State Theory: Putting the Capitalist State in its Place. Cambridge [u.a.]: Polity Press.

Kannankulam, John/ Georgi, Fabian (2012): Die europäische Integration als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen: Hegemonieprojekte im Kampf um das ‚Staatsprojekt Europa‘. Arbeitspapier der Forschungsgruppe Europäische Integration. Nr. 30. Institut für Politikwissenschaft des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaft und Philosophie der Philipps-Universität Marburg.

Klinger, Cornelia/ Knapp, Gudrun-Axeli/ Sauer, Birgit (2007): Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität. Frankfurt: Campus.

Klinger, Cornelia/ Knapp, Gudrun-Axeli (2008): ÜberKreuzungen. Fremdheit, Ungleichheit, Differenz. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Knapp, Gudrun-Axeli (2005) “Intersectionality” – ein neues Paradigma feministischer Theorie? Zur transatlantischen Reise von „Race, Class, Gender“. In: Feministische Studien, Jg. 23, Heft 1, 68-81.

Knapp, Gudrun-Axeli (1999): Fragile Foundations, Strong Traditions, Situated Questioning: Critical Theory in German-speaking Feminism. In: O’Neill, M. (Hg.): Adorno, Culture and Feminism. London: Sage, 119 – 141.

Knapp, Gudrun-Axeli (1995): Unterschiede machen: Zur Sozialpsychologie der Hierarchisierung im Geschlechterverhältnis. In: Becker-Schmidt R., Knapp G.A. (Hg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der

- Sozialwissenschaften. Frankfurt/New York: Campus, 163-194.
- Knapp, Gudrun-Axeli und Wetterer, Angelika (2003): Achsen der Differenz. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Kofman, Eleonor/ Phizacklea, Annie/ Raghuram, Parvati/ Sales, Rosemary (2000): Gender and International Migration in Europe: Employment, Welfare and Politics. London/ New York: Routledge.
- Köhler, Holm-Detlev (2004): Arbeitsmarkt und Arbeitsbeziehungen in Spanien zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In Bernecker, Walter; Dirscherl, Klaus (Hg.): Spanien Heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt: Vervuert, 397-414.
- Kreimer, Margareta (2009): Ökonomie der Geschlechterdifferenz: zur Persistenz von Gender Gaps. Wiesbaden: VS-VERLAG.
- Kreienbrink, Axel (2004): Einwanderungsland Spanien. Migrationspolitik zwischen Europäisierung und nationalen Interessen. Frankfurt/London: IKO.
- Kreis, Karl-Wilhelm (2004): Zur Situation der Frau in Spanien: Ein Vierteljahrhundert. Demokratie. In: Bernecker, Walther L/ Dirscherl, Klaus: Spanien heute: Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt: Vervuert, 477-532.
- Kurz-Scherf, Ingrid/Zeuner, Bodo (2001): Politische Perspektiven der Gewerkschaften zwischen Opposition und Kooperation. Für eine neue Debatte über alte Grundwerte. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 3/01., 147-160. <http://www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/grundwerte.html>, aufgerufen am 20.01.2011.
- Kvist, Alin und Peterson, Elin (2010): What Has Gender Equality Got to Do with It? In: NORA - Nordic Journal of Feminist and Gender Research 18, 185-203.
- Laubenthal, Barbara (2006): Der Kampf um Legalisierung. Soziale Bewegungen illegaler Migranten in Frankreich, Spanien und der Schweiz. Frankfurt: Campus.
- Lenz, Ilse (2010): Intersektionalität. In: Becker, Ruth/ Kortendiek Beate (Hg.): Handbuch der Frauen- und Geschlechterforschung. Wiesbaden: VS-VERLAG,

S. 158-165.

Lenz, Thorsten (2001): *Frauenarbeit - Männerarbeit: politikwissenschaftliche Aspekte der geschlechtlichen Arbeitsteilung*. Marburg: Tectum.

León, Margarita (2010): *Migration and Care Work in Spain: The Domestic Sector Revisited*. In: *Social Policy and Society*, Nr. 9, 409-418. <http://journals.cambridge.org/action/displayAbstract?fromPage=online&aid=7788200>, aufgerufen am 20.01.2011.

López-Casero, Francisco (2004): *Gesellschaftliche Dimensionen der spanischen Wirtschaft*. In: Bernecker, Walther L./ Dirscherl, Klaus (Hg.): *Spanien heute. Politik- Wirtschaft - Kultur*. Frankfurt: Vervuert, 315-353.

Lutz, Helma (2008): *Transnationalität im Haushalt. Bezahlte Haushaltsarbeit im globalen Wandel*. In: *Weltmarkt Privathaushalt*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 86-102.

Lutz, Helma (2007): *„Die 24-Stunden-Polin“ – Eine intersektionelle Analyse transnationaler Dienstleistungen*. In: Klinger, Cornelia/ Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.): *Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität*, Frankfurt am Main: Campus, 210-234.

Lutz, Helma/ Herrera Vivar, Maria Teresa/ Supik, Linda (2010): *Fokus Intersektionalität*. Wiesbaden: VS-VERLAG.

Martín Perez, Alberto (2003): *Asociaciones de inmigrantes: entre la reivindicación de derechos y la prestación de servicios*. Instituto de Estudios sobre Migraciones. Universidad Pontificias Comillas de Madrid.

Martí Gual, Ana/ Poveda Rosa, María M. (2009): *El empleo de hogar: Desigualdad y poder entre las mujeres*. In: *Asparkía. Investigación Feminista*, 20, 99-121.

Mayring, Philipp (2002): *Einführung in die qualitative Sozialforschung*. 5. überarbeitete und neu ausgestattete Auflage. Weinheim/ Basel: Beltz.

Mestre, Ruth (2005): *Trabajadoras de cuidado. Las mujeres de la ley de Extranjería*. In: Checa y Olmos, Francisco (Hg.): *Mujeres en el Camino*. El

- fenómeno de la migración femenina en España. Barcelona: Icaria Editorial.
- Meulenbelt, Anja (1988): Scheidelinien. Über Sexismus, Rassismus und Klassismus. Reinbek b.H.: Rowohlt.
- MEXEES (2008): La medición de la xenofobia en la España de comienzos del siglo XXI: nuevos indicadores y diseños de encuesta para las políticas de integración social de los inmigrantes.
- Ministerio de Trabajo e Inmigración (2008): Madrid: CIS-OBERAXE.
- Nohlen, Dieter/ Hildenbrand, Andreas (2005): Spanien: Wirtschaft - Gesellschaft - Politik. Ein Studienbuch. Wiesbaden: VS-VERLAG.
- Parella Rubio, Sonia (2003): Mujer, inmigrante y trabajadora. La triple discriminación. Barcelona: Anthropos.
- Parella Rubio, Sonia (2009): La gestión política del género y de la mujer inmigrante. In: Zapata-Barrero, Ricard (Hg.): Políticas y Gobernabilidad de la Inmigración en España. Barcelona: Ariel Ciencias Políticas.
- Pérez Yruela, Manuel/ Desrues, Thierry (2007): Opinión de los Españoles en materia de racismo y xenofobia. Observatorio Español del Racismo y la Xenofobia (Oberaxe). Instituto de Estudios Sociales avanzados de Andalucía. Madrid: Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales.
- Peterson, Elin (2007): The invisible Carers: Framing Domestic Work(ers) in Gender Equality Policies in Spain. In: European Journal of Women's Studies 14/ 3, 265-280.
- Ramos, María Dolores (2005): Identidad de género, feminismo y movimientos sociales en España. In: HISTORIA SOCIAL: 2005, 53, 523-552.
- Real Decreto 1424/1985, de 1 de agosto, por el que se regula la relación laboral de carácter especial del servicio del hogar familiar. http://noticias.juridicas.com/base_datos/Laboral/rd1424-1985.html, aufgerufen am 20.01.2011.
- Red GEDEA (2008): ONGD, Organizaciones sindicales y empresariales. Recursos en género y desarrollo. Universidad Autónoma de Madrid.

http://www.uam.es/ss/Satellite/es/1242650818238/1242651347171/generico/generico/Servicio_Domestico_Activo__SEDOAC_.htm, aufgerufen am 20.01.2011.

Ressel, Saida/ Wolff, Sebastian (2012): Kontextanalyse Spanien. Reihe des Forschungsprojektes Staatsprojekt Europa (unveröffentlichtes Arbeitspapier der Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“, Goethe-Universität Frankfurt).

Rodriguez Magda, Rosa Maria (2011): Zur aktuellen Lage des Feminismus in Spanien, in: Feministische Studien. Heft 1/11, 20-38.

Romero Pérez, Rosalia (2011): Philosophie, Gender und Gesellschaft In: Feministische Studien. Heft 1/11, 39-51.

SEDOAC (o.J.): Servicio Domestico Activo. (Flugblatt)

Schwenken, Helen (2006): Rechtlos, aber nicht ohne Stimme: politische Mobilisierungen um irreguläre Migration in die Europäische Union. Bielefeld: Transcript.

Subirats, Joan (1999): ¿Existe una sociedad civil en España? Estudios de la Fundación Encuentro. Madrid: Fundación Encuentro.

Thiessen, Barbara (2004): Re-Formulierung des Privaten: Professionalisierung personenbezogener, haushaltsnaher Dienstleistungsarbeit. Wiesbaden: VS-VERLAG.

Torns, Teresa/ Cáceres, Carolina Recio (2011): Frauen auf dem spanischen Arbeitsmarkt. In: Feministische Studien, 29, Heft 1, 65-78.

UN-INSTRAW (2009): La Reforma del Régimen Especial de Empleo del hogar. Un diálogo en torno a la reforma del empleo de hogar, las migraciones y el derecho al cuidado. 27/09/2009. Madrid: UN-INSTRAW.

Van Dijk, Teun A. (2005): Racism and Discourse in Spain and Latin America. Discourse Approaches to Politics, Society and Culture, 14. Amsterdam/ Philadelphia: John Benjamins B.V.

Wagner, Fabian Benjamin (2010a): Gewerkschaften und Migration in der Bundesrepublik Deutschland. Magisterarbeit im Fach Politikwissenschaft am

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität Marburg.

Wagner, Heike (2010b): Dasein für Andere – Dasein als Andere in Europa. Ecuadorianische Hausarbeiterinnen in Privathaushalten und katholischen Gemeinden Madrids. Wiesbaden: VS-VERLAG.

Walgenbach, Katharina/ Dietze, Gabriele/ Hornscheidt, Antje/ Palm, Kerstin (2007): Gender als interdependente Kategorie. Neue Perspektiven auf Intersektionalität, Diversität und Heterogenität. Opladen: Budrich.

Williams, Fiona (2010): Care, Migration and Citizenship. Migration and Homebased Care in Europe. Swindon: Economic and Social Research Council.

Winker, Gabriele und Degele, Nina (2009): Intersektionalität: zur Analyse sozialer Ungleichheiten. Bielefeld: Transcript.

Anhang 1: Interviewpartnerinnen

Mittwoch, 23.11.2011

- 12.00 CGT Isabel Pérez Ortega
C/ Sagunto, 15, 1º, Metro línea 1, parada Iglesia.
- 16.30 CCOO Blanca Villate
Calle Fernandez de la Hoz, número 10.

Donnerstag, 24. 11.2011

- 12.30 Foro Política Feminista Teresa Nevado
Barquillo 44, 2º planta

Freitag, 25. 11.2011

- 17.00 Soziologin UnivCarlos Magdalena Diaz Gorfinkiel
Bar Griottinen la calle Costa Rica nº 2
- 19.00 FeminismosSol
Plaza Opera

Samstag, 26. 11.2011

- 19.30 Ökonomin UAM Amaia Orzco
metro lavapies

Sonntag, 27. 11.2011

- 9.00 SEDOAC Grace y Pilar
C/ Navarra n.35, metro Estrecho
- 13.30 Territorio domestico
C/embajadores 52
- 16.00 Charla de Feministas CNT

Montag, 28. 11.2011

- 10:00 UGT Anna Corral
C/Hortaleza, 88. (Metro Chueca)
- 12.00 Instituto de la Mujer Dirección General
C/ Condesa de Venadito nº 34
- 14.00 CCOO Carmen Bravo, ec. conf. de la
mujer
Fernandez de la Hoz, 12,3. planta,
- 16.30 CCOO Palmira Maya Domingo, Fed. de
Act. Diversas
Plaza Cristino Martos

Anhang 2: Zeitungsanalyse über LexisNexis

Suchbegriffe über Lexisnexis:

1: Migration und *Care*:

("empleadas del hogar" ODER "empleadas domesticas" ODER "trabajadoras del hogar" ODER "trabajadoras domesticas") UND (migración ODER inmigrantes)

2: *Care*-Arbeiterinnen und Regulation

("empleadas del hogar" ODER "empleadas domesticas" ODER "trabajadoras del hogar" ODER "trabajadoras domesticas") UND (regulación ODER „régimen general“ ODER „régimen especial“ ODER regularizacion)

3: Kämpfe von *Care*-Arbeiterinnen

("empleadas del hogar" ODER "empleadas domesticas" ODER "trabajadoras del hogar" ODER "trabajadoras domesticas") UND (campaña ODER manifestacion ODER asamblea ODER lucha ODER huelga)

4: Gewerkschaften und *Care*-Arbeiterinnen

("empleadas del hogar" ODER "empleadas domesticas" ODER "trabajadoras del hogar" ODER "trabajadoras domesticas") UND (sindicato ODER CCOO ODER UGT ODER SOC)

5: Frauenbewegungen und *Care*-Arbeiterinnen

("empleadas del hogar" ODER "empleadas domesticas" ODER "trabajadoras del hogar" ODER "trabajadoras domesticas") UND (feministas ODER (ONG I/3 mujers) ODER (ONGs I/3 mujeres) ODER (organización I/3 mujers) ODER "instituto de la mujer" oder (grupos I/4 mujeres) oder (asociación I/4 mujers) ODER (federación I/4 mujers) ODER (asociacion I/4 mujeres))

Hauptmedien in Spanien:

- ♣ ABC
- ♣ Cinco Dias
- ♣ Diario Cordoba
- ♣ Diario Montañés
- ♣ Diario Vasco
- ♣ EFE Newswire - Albacete (Spain)
- ♣ EFE Newswire - Almeida (Spain)
- ♣ EFE Newswire - Asturias (Spain)
- ♣ EFE Newswire - Barcelona (Spain)
- ♣ EFE Newswire - Bienestar Social (Spain)
- ♣ EFE Newswire - Cadiz (Spain)
- ♣ EFE Newswire - Coruna (Spain)
- ♣ EFE Newswire - Cuenca (Spain)
- ♣ EFE Newswire - Madrid (Spain)
- ♣ EFE Newswire - Toledo (Spain)
- ♣ EFE Newswire - Valencia (Spain)
- ♣ EFE Newswire - Vizcaya (Spain)
- ♣ El Comercio
- ♣ El Correo
- ♣ El Mundo
- ♣ El Norte de Castilla
- ♣ El Pais
- ♣ El Periodico de Aragon (Grupo Zeta)
- ♣ El Periodico de Catalunya
- ♣ El Periodico de Catalunya - Castellano
- ♣ El Periodico Extremadura
- ♣ El Periodico Mediterraneo
- ♣ Expansion (MADRID)

Anhang

- ♣ Hoy
- ♣ Ideal
- ♣ La Rioja
- ♣ La Verdad
- ♣ La Voz de Cádiz
- ♣ Sur

Fallauswahl und Jahresschwankungen über Lexisnexis

01.01.- 01.01.	1: Migration und Care- Arbeiterinnen	2: Care- Arbeiterinnen und Regulation	3: Kämpfe von Care- Arbeiterinn en	4:Gewerksch aften und C.A.	5:Frauen- bewegungen und C.A.	Anzahl der Meldungen insg.
x-2002	25	5	11	9	5	keine relevanten Ergebnisse vor 1999
2003:	9	1	4	1	2	17
2004:	21	4	6	8	2	41
2005:	21	7	7	4	1	40
2006	16	4	7	5	1	33
2007:	50	17	19	29	6	124, Regulierung
2008:	66	12	26	24	8	136
2009:	51	10	20	22	11	114, Kämpfe um Regulierung
2010:	64	9	62	46	13	194, Kämpfe
2011 (-12.08.)	31	13	22	25	6	97, Kämpfe (entspricht 145/Jahr)

Anhang

Anhang 3: Beispiel- Interviewleitfaden

Blanca Villate, Gewerkschaft CCOO

Secretaría Confederal de Seguridad Social y Previsión Social Complementaria de CCOO

Mittwoch, 23.11.2011, 16.30

Presentarme

- estudiante, escribiendo mi tesis de diploma, y colaboradora en el proyecto de investigación, en el cual la tesis está integrada
- Mi tesis consiste en el análisis del papel que ocupan los movimientos de mujeres y los sindicatos en el contexto de las luchas de las trabajadoras inmigrantes del hogar.
- Una parte de mi tesis voy a publicar en el libro final del dicho proyecto.
- Puedo garantizar el anonimato de la entrevista, si lo quieres.
- Permites grabar la conversación?

1. Para empezar, puedes presentarte en breves palabras y contarme de tu función/posición en la CCOO y cuánto tiempo ya llevas trabajando en ella.

Empleadas del hogar

2. Puedes contarme algo de procesos de la mejora de la situación de las mujeres inmigrantes que trabajan como empleadas del hogar?

- ¿Qué piensas fueron los acontecimientos los más importantes?
- ¿Qué pasó en el ámbito de la política migratoria?

¿Qué campañas hubo?

¿Dónde crees han tenido lugar las luchas (instituciones/calle)?

3. Que hace la CCOO en el ambito de las trabajadoras domesticas inmigrantes?

- Que hiciisteis concretamente?
- Que medidas tienen para apoyarlas?
- Hay documentos de decisiones de asambleas sobre este tema?

Proceso de la integración del REEH en el Régimen General

4. Hace 5 meses, al fin de junio proclamaron un gran éxito: la integración de las empleadas del hogar en el RG.

- Que papel jugará la CCOO? de que manera han influido el desarrollo de la política en este ambito?
- Como lo afecta la situación de las inmigrantes trabajadoras del hogar?
- Porque se ha realizado ahora, en situación de crisis? Hubo una iniciativa similar 2007. Que pasó con esta?

Socioeconomía y Sociedad en España

5. La CEOE: "fuentes de la negociación aseguran que los empresarios ven con buenos ojos la regulación de ese colectivo." [El Correo, 24.06.2007]

- Porque?
- Porque no existe una política que atraiga a las inmigrantes en este ambito?

6. Como crees la sociedad Española apoya las inmigrantes que trabajan como empleadas del hogar?

- Existen grupos que no apoyan las trabajadoras inmigrantes del hogar o que incluso hacen una política en contra de ellas?
- Como es su influencia y con quien colaboran?

7. Hay personas que se benefician de los salarios bajos de las e.d.h.?

- Ellas también tienen un lobby?

Anhang

Otros Grupos

8. Como funciona la colaboracion entre los sindicatos y las organizaciones de las EDH?

- Tenían las mismas exigencias que las edh? (ley extranjera)

9. Cuales fueron otros actores relevantes?

- Que papel juegan los movimientos feministas en la mejora de la situacion del las empleadas del hogar? En los periodicos no aparecen mucho.

10. Estabas a la jornada de UN-INSTRAW “la reforma del régimen especial de empleo de hogar: cruces con la migración y un debate de fondo”, al 17.11.

- Que papel juega este grupo?

- es un grupo de activistas?

Diferencias

11. Puedes contar un poco que pasos habían en la CCOO para realizar la discriminación de genero dentro del colectivo de [l@s](#) trabajadores?

- Y como se trata el tema de la inmigrantes femininas?

- en un blog leí que los sindicatos grande no apoyaron los e.d.h. suficiente, y demasiado tarde.

12. Me puedes recomendar alguien para una entrevista?

Erklärung

Hiermit versichere ich, die vorliegende Arbeit selbstständig, ohne fremde, unerlaubte Hilfe und mit keinen anderen als den angegebenen Hilfsmitteln verfasst zu haben.

Marburg/L., den _____

Unterschrift der Studierenden _____